



Das  
Bundesarchiv

# Mitteilungen aus dem Bundesarchiv

Heft 1/2011  
19. Jahrgang

**ACTA**  
der Livländischen  
Gouvernements Regierung.

*Acta des Livländischen Gouvernements  
vom 1. April 1801 bis zum 31. December 1810  
Herausgegeben von J. H. v. S. v. S.*



<b>Zu diesem Heft</b>	3
-----------------------	---

**Ereignis**

**Amtseinführung des neuen Präsidenten**

***Ansprache***

<i>Staatsminister Bernd Neumann MdB, Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien</i>	4
---	---

***Dank***

<i>Dr. Michael Hollmann, Präsident des Bundesarchivs</i>	6
--	---

***Grußwort***

<i>Dr. Michael Diefenbacher, Vorsitzender des Verbands deutscher Archivarinnen und Archivare e.V.</i>	9
---	---

**Beitrag**

Das Komintern-Projekt. Ein Modellfall internationaler Kooperation <i>Hans-Dieter Kreikamp</i>	11
--	----

**BEITRÄGE AUS DEN ABTEILUNGEN**

**Abteilung B**

Die Nutzung der Quellen der Zentralen Stelle für die historische Bildungsarbeit <i>Tobias Herrmann</i>	16
---	----

Hauptstadtanspruch und symbolische Politik. Die Bundespräsenz im geteilten Berlin 1949 bis 1990 <i>Kerstin Schenke</i>	21
---	----

Staatsoberhaupt und Privatmann. Die persönlichen Papiere von Walter Scheel im Bundesarchiv <i>Manuela Lange</i>	28
--	----

**Abteilung Deutsches Reich**

Der Bestand R 4701 Reichspostministerium, Teil 2: Die Organisation der Post <i>Karl-Heinz Friedrich</i>	31
--	----

Das Projekt „Informationsportal Zwangsarbeit im NS-Staat“ – <a href="http://www.zwangsarbeit.eu">www.zwangsarbeit.eu</a> <i>Sylvia Rogge-Gau</i>	41
---	----

**Abteilung DDR**

Retrokonversion + Nachbearbeitung = Online-Findbuch zum Bestand DF 1 Amt für Kernforschung und Kerntechnik <i>Gisela Haker</i>	49
---	----

Von der DEUTSCHEN LUFTHANSA der DDR zur INTERFLUG GmbH. Die Anfänge der zivilen Luftfahrt in der DDR <i>Elke Vogel</i>	56
--	----

„Den Besuchern der DDR die Augen öffnen“. Das ‚Berliner Büro der Internationalen Konferenz zur friedlichen Lösung der deutschen Frage‘ <i>Christoph Stamm</i>	61
--	----

### **Abteilung MA**

- Die Nachlässe von Wilhelm von Dommès, Rudolf Koch-Erpach, Fritz Ortlepp und Bogislav Freiherr von Selchow in der Abteilung Militärarchiv 72  
*René Rohrkamp, Markus Hasterok, Jan Ludwig, Annika Souhr*

### **Abteilung FA**

- Archivfilme auf großer Leinwand. Die Höhepunkte des Jahres 2010 76  
*Babette Heusterberg*
- Ein deutsches Kabinettstück. Zur Überlieferung der Monatsschau „Panorama“ im Bundesarchiv 80  
*Martina Werth-Mühl*

### **Nachrichten**

- Akten des „Beratenden Finanzausschusses der Französischen Zone“ 87  
*Walter Rummel*
- Übergabe von Archivalien an die Generaldirektion der Lettischen Staatsarchive 88  
*Sabine Herrmann*
- „Regie und Regiment. Deutschland und das Militär in dokumentarischen Filmen von 1914 bis 1989“ 90  
*Barbara Heinrich-Polte*
- Informationsforum „Massenhaft und heiß geliebt – Der Umgang mit dienstlichen E-Mails“ 90  
*Kerstin Schenke*

Im letzten Jahr ist leider nur eine Ausgabe der „Mitteilungen“ erschienen und auch Heft 1/2011 liegt später vor als geplant, wodurch sich aber die Möglichkeit bietet, über die Amtseinführung des neuen Präsidenten am 3. Mai zu berichten. Die Ansprache von Staatsminister Bernd Neumann MdB, der aus diesem Anlass nach Koblenz gekommen war, der Dank von Dr. Michael Hollmann und das Grußwort von Dr. Michael Diefenbacher, dem Vorsitzenden des Verbands deutscher Archivarinnen und Archivare e.V., können hier nachgelesen werden. Für die Angehörigen des Hauses überbrachte Lothar Pies als Vorsitzender des Personalrats die Glückwünsche. Dass der neue Präsident „dem Hause entstammt“ sei eine erwartungsfroh stimmende Grundlage für die Zusammenarbeit: „Sie kennen das Haus, das Haus kennt Sie. ... Wir sind sicher, dass Sie die Klaviatur der Kommunikation – gerade zum Wohl des Hauses – und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschickt bedienen werden“. Personalrat wie auch der Staatsminister dankten dem Amtsvorgänger Prof. Dr. Hartmut Weber, der nach den elf Jahren seiner Amtszeit „ein gut bestelltes Haus, gerüstet für alle anstehenden Aufgaben“ hinterlassen habe, so Neumann.

Informationen über die Bearbeitung von Beständen nehmen wie immer breiten Raum ein. Dieses Mal geht es um das Reichspostministerium, das Amt für Kernforschung und Kerntechnik der DDR, die DEUTSCHE LUFTHANSA der DDR, das „Berliner Büro der Internationalen Konferenz zur friedlichen Lösung der deutschen Frage“ und Nachlässe hochrangiger Militärs. Dass ein früh-

zeitiger Blick über den „Tellerrand“ des eigenen Archivs den Zugang zu Archivgut erheblich verbessern kann, belegt die Vereinbarung von Bundesarchiv und Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung, gleichzeitig Findmittel zum Nachlass des ehemaligen Bundespräsidenten Walter Scheel online zu stellen. Über die Weiterentwicklung des „Informationsportals Zwangsarbeit im NS-Staat“ berichtet Sylvia Rogge-Gau. Auf welchem verwickelten Weg die „Monatsschau“ PANORAMA ins Bundesarchiv gelangt ist, hat Martina Werth-Mühl aufgezeichnet.

Wenn Erschließungsarbeiten über nationale Grenzen hinausgehen, kann es sogar erforderlich werden, dass beteiligte Firmen eine gemeinsame Tochter ins Leben rufen. Warum dieser Weg beschritten wurde, beschreibt Hans-Dieter Kreikamp in seinem Bericht über das KOMINTERN-Projekt, das nicht nur deshalb ein „Modellfall internationaler Kooperation“ ist.

In der Regel sind die „Mitteilungen“ ein Forum für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesarchivs, um Ergebnisse ihrer Arbeit vorzustellen. Für Gäste, die einen Vortrag gehalten oder bei einer Tagung gesprochen haben, galt schon immer die Ausnahme von der Regel, die dieses Mal erweitert wird: Walter Rummel berichtet aus dem Landesarchiv Speyer über die Rückgabe von Akten, die in der französischen Besatzungszone entstanden waren.

*Gisela Müller*

## Amtseinführung des neuen Präsidenten

### Ansprache

Es gibt zwei Gründe, weshalb ich heute gern nach Koblenz gekommen bin: Erstens natürlich zur Amtseinführung des neuen Präsidenten. Aber zweitens möchte ich zum Ausdruck bringen, dass ich das Bundesarchiv zu den wichtigsten und bedeutendsten Einrichtungen meines Ressorts zähle.

Das Bundesarchiv ist mir gut vertraut durch Besuche vor Ort wie auch als Dienstherr der Behörde. Ich kenne das Haus hier in Koblenz aber auch aus meiner langjährigen Mitwirkung in der Jury des Deutschen Filmpreises. Im Filmsaal haben wir in jedem Jahr eine Woche lang von morgens bis abends Filme gesichtet; das Bundesarchiv hat also Filmgeschichte geschrieben – und das nicht nur als der Ort, an dem vom Großteil der deutschen Filme eine Kopie vorhanden ist. Zudem war ich Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 1987 bei der Ausarbeitung des Bundesarchiv-Gesetzes.

Als „Gedächtnis unseres Staates“ genießt das Bundesarchiv ein hohes Ansehen. Die Zahlen sind beeindruckend: Es werden 311.000 laufende Meter Akten, eine Fotosammlung mit mehr als 12 Millionen Bildern, eine Million Filmrollen, 43.000 Tonträger und über 10 Millionen Dateien sowie umfangreiches Bibliotheksgut verwahrt. Und ständig kommen neue Zeugnisse unseres kulturellen Erbes hinzu. Dies alles für die Öffentlichkeit, für die Forschung und die Verwaltungen zu erhalten, verfügbar zu machen und an künftige Generationen weiterzugeben, ist eine unverzichtbare gesamtstaatliche Dienstleistung und eine wichtige Investition in die Zukunft!

Das Bundesarchiv ist im digitalen Zeitalter, das uns eine schier unüberschaubare Menge flüchtiger Informationen beschert, ein stabilisierender und qualitätssichernder Faktor. Der technologische Wandel, der sich seit den 90er-Jahren vollzieht, stellt nicht nur uns alle, sondern gerade das Bundesarchiv jeden Tag vor neue Herausforderungen. Die Öffentlichkeit erwartet, Archivgut als Kulturgut auch digital nutzen zu können. Darauf muss ein Archiv, das morgen noch zukunftsfähig sein will, bereits heute hinarbeiten. Aber: Das Faszinosum eines solchen Archivs liegt aus meiner

Sicht vor allem in den Originalen. Der Wert des Authentischen, der Wert von Archivgut als Kulturgut darf nicht aus dem Blickfeld geraten. Nur hier, im Archiv, können Quellen unmittelbar eingesehen werden – dies ist und bleibt der Schlüssel zu hochwertiger wissenschaftlicher Forschung. Die Bundesregierung hat sich die Sicherung und Erhaltung der Originale auf die Fahnen geschrieben. Bei der von mir ins Leben gerufenen politischen Initiative zur Rettung des schriftlichen Kulturguts hat das Bundesarchiv mit seiner Erfahrung eine unverzichtbare Rolle.

Lieber Herr Dr. Hollmann, heute übernehmen Sie mit dem Präsidentenamt große Verantwortung als Hüter des Gedächtnisses unserer Nation. Denn das Bundesarchiv mit seinen über 700 Mitarbeitern ist die wichtigste, über zehn Dienststellen verteilte Archivbehörde der Bundesrepublik Deutschland. Sie, lieber Herr Dr. Hollmann, sind auf die Bewältigung der damit verbundenen – bereits bekannten und auch neuen – Aufgaben bestens vorbereitet, denn Sie kennen das Bundesarchiv wie kaum ein anderer. Nach Ihrer archivfachlichen Ausbildung haben Sie seit 1991 bereits mehrere Referate im Bundesarchiv geleitet, zuletzt als Abteilungspräsident den Bereich „Bundesrepublik Deutschland“ mit ca. 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie sind mit den Erwartungen der Nutzer vertraut und darüber hinaus maßgeblich an der Weiterentwicklung der Informationstechnik des Archivs beteiligt. Bereits jetzt vertreten Sie das Bundesarchiv in nationalen und internationalen Gremien. Sie haben sich außerdem mit zahlreichen historischen und archivfachlichen Veröffentlichungen und Rezensionen in die wissenschaftliche Diskussion eingebracht. All dieses qualifiziert Sie im besten Maße für die anstehende Position.

Lieber Herr Dr. Hollmann, Sie haben bewiesen, dass Sie neben Ihrer unbestrittenen fachlichen Kompetenz auch die erforderliche menschliche Führungskompetenz besitzen, um in Zukunft die Mitarbeiter des Bundesarchivs zu besonderen Leistungen zu motivieren. Deshalb sage ich an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerichtet: Zu Ihrem neuen Chef kann man Ihnen gratulieren!



*Kulturstaatsminister Bernd Neumann MdB während seiner Ansprache im Foyer des Bundesarchivs in Koblenz.  
Bild: Bundesarchiv*

Allerdings sind die Weichen für die Amtsübernahme von Herrn Dr. Hollmann optimal gestellt. Sie, lieber Herr Professor Weber, hinterlassen ein gut bestelltes Haus, gerüstet für alle anstehenden Aufgaben. Frau Dr. Berggreen-Merkel hat Sie bereits am Tage Ihres Ausscheidens am 31. März 2011 offiziell verabschiedet und Ihnen für Ihre hohen Verdienste um das Bundesarchiv und Ihre überaus erfolgreiche Tätigkeit gedankt. Diesem Dank möchte ich mich an dieser Stelle ausdrücklich anschließen. Sie haben als Präsident mehr als elf Jahre wertvolle Arbeit für das Bundesarchiv geleistet, insbesondere haben Sie das Bundesarchiv ins digitale Zeitalter geführt und seine Modernisierung damit maßgeblich vorangetrieben. Dass das Bundesarchiv heute nicht nur innerhalb der Bundesverwaltung einen exzellenten Ruf und einen hohen Stellenwert genießt, sondern auch von der Forschung und von interessierten Bürgern als attraktiver und moderner Dienstleister wahrgenommen wird, ist Ihr Verdienst. Lieber Herr Professor Weber, ich danke Ihnen für Ihren erfolgreichen Einsatz und wünsche Ihnen für den neuen Lebensabschnitt im verdienten Ruhestand alles Gute!

An dieser Stelle bedanke ich mich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundesarchivs für ihren qualifizierten, engagierten und loyalen Einsatz. In der Zukunft steht das Bundesarchiv vor neuen Aufgaben und Herausforderungen. Ich denke da zum Beispiel an die Übernahme der Unterlagen der Wehrmachtsauskunftsstelle und eine mögliche institutionelle Partnerschaft mit dem Internationalen Suchdienst in Bad Arolsen. In dem

einen Fall geht es um die Personalakten der deutschen Wehrmacht. In dem anderen insbesondere um Unterlagen aus den ehemaligen Konzentrationslagern. Für den Nutzer hätte dies den Vorteil des zentralen Zugangs. Das Bundesarchiv könnte sich hier mit seiner hohen Professionalität hervorragend einbringen. Gegen Ende dieses Jahrzehnts wird auch die Integration der BStU auf das Bundesarchiv zukommen. Und last but not least: Wir wollen eine Novellierung des Bundesarchivgesetzes in dieser Legislaturperiode vornehmen. Hier geht es nicht nur darum, das geltende, aber inzwischen auch in vielen Bereichen schlicht veraltete Bundesarchivgesetz umfassend zu modernisieren. In erster Linie wollen wir dem Bundesarchiv selbst die Beantwortung aktueller Rechtsfragen und die Bewältigung künftiger Herausforderungen erheblich erleichtern. Darüber hinaus streben wir eine aus meiner Sicht notwendige Harmonisierung mit der Informationsfreiheitsgesetzgebung an. Ebenso sollte das Filmarchiv des Bundesarchivs mit einer neuen Aufgabe – nämlich mit der Pflichtregistrierung für Kinofilme – betraut werden. Dies halte ich für einen notwendigen ersten Schritt, um die Sicherung des nationalen Filmerbes effektiv auszuweiten.

Ich freue mich auf diese neuen gemeinsamen Herausforderungen und wünsche Ihnen, lieber Herr Dr. Hollmann, für Ihre zukünftige Aufgabe viel Erfolg.

*Staatsminister Bernd Neumann MdB,  
Beauftragter der Bundesregierung  
für Kultur und Medien*

## Dank

Stolz, geehrt und dankbar fühle ich mich in diesem Moment, nachdem Sie - Herr Minister - mir die Leitung des Bundesarchivs anvertraut haben: aus archivarischer Sicht und ganz persönlich darf ich wohl sagen, ein beruflicher Traum geht in Erfüllung. Dabei bin ich mir - heute mehr denn je - bewusst, dass eine solche Beförderung nicht - zumindest nicht in erster Linie - als Belohnung für bereits erbrachte Leistungen gesehen werden darf, sondern vielmehr Ausdruck der Erwartung ist, dieses großartige Haus sicher durch die Herausforderungen der kommenden Jahre zu bringen. Angesichts des hinter dieser Erwartung stehenden Vertrauens bin ich sehr stolz.

Geehrt fühle ich mich durch die Anwesenheit so vieler Gäste, die trotz des kurzen Vorlaufs die Zeit gefunden haben, Zeugen meiner Ernennung zu sein und damit auch dem Bundesarchiv als Institution ihre Referenz erweisen. Dabei sehe ich heute mit Dankbarkeit in die Gesichter so vieler, die mich auf meinem bisherigen Weg begleitet, unterstützt und gefördert haben, dass ich sie nicht alle einzeln benennen kann. Nur einige wenige muss, will ich heute herausheben.

Meiner Familie, meiner Frau, meinen Kindern, meinen Eltern und Schwiegereltern, meinen Geschwistern und Freunden werde ich bei anderer Gelegenheit meinen Dank sagen; dafür ist hier nicht der Ort. Nennen und begrüßen möchte ich dagegen meine beiden Geschichtslehrer am Koblenzer Eichendorff-Gymnasium, die mein weiteres Leben wesentlich beeinflusst haben. Herr Studiendirektor a.D. Herbert Meyer hat mir schon in der Mittelstufe gezeigt, dass Geschichte nicht bloßes Erinnern und antiquarische Lust am Vergangenen ist, sondern auch politische Verpflichtung für Gegenwart und Zukunft - das Verständnis der Gegenwart muss ohne die historische Dimension zwangsläufig zu kurz greifen - und die Gestaltung von Zukunft ohne Herkunft ohne Erfolg bleiben wird. In der Oberstufe hat Herr Prof. Bernd Schwenk mir den wissenschaftlich-methodischen Umgang mit den Quellen der Geschichte so eindrucksvoll nahe gebracht, dass schon vor dem Abitur kein Zweifel bestand, was ich studieren würde. Dass ich ihn heute nach vielen Jahren wiedersehen kann, freut mich ganz besonders.

Nennen möchte ich auch Herrn Prof. Heyen, der mir - obwohl ich wissenschaftlich aus dem Bereich der geschichtlichen Landeskunde kam - 1988 geraten hat, das Referendariat im Bundesarchiv anzutreten, auch - und das beweist seinen sprichwörtlichen Realitätssinn - weil das Bundesarchiv damals im Gegensatz zum Landeshauptarchiv Koblenz, seinen Referendaren noch eine Übernahmegarantie aussprechen konnte. Lieber Herr Heyen, was für ein guter Rat! Viele andere würde ich jetzt gerne namentlich begrüßen, bitte aber um Verständnis, dass ich das lieber im Anschluss an den offiziellen Teil persönlicher und unmittelbarer tun möchte.

Seit meinem Eintritt in das Bundesarchiv am 1. Februar 1989 habe ich drei Präsidenten kennen gelernt, die jeder für seine Zeit Prägendes für das Bundesarchiv geleistet haben und deren Arbeit daher für mich in gewisser Weise auch Vermächtnis ist. In der langen Amtszeit des leider bereits 2007 verstorbenen Professor Hans Booms ist das Bundesarchiv und damit das deutsche Archivwesen insgesamt wieder zu einem gleichberechtigten Partner in der europäischen Archivwelt aufgestiegen. Sein Bemühen wurde 1984 mit dem Internationalen Archivkongress in Bonn und der Berufung zum Präsidenten des Internationalen Archivrats belohnt. In seine Amtszeit fielen auch die Errichtung des nach wie vor großartigen modernen Archivgebäudes, in dem wir uns heute befinden, und die Verabschiedung des Bundesarchivgesetzes vom 6. Januar 1988. Welches Renomé das Bundesarchiv zu diesem Zeitpunkt bereits gewonnen hatte, mag daraus hervorgehen, dass ihm nicht nur die Edition der Kabinettsprotokolle der Bundesregierung anvertraut wurde, sondern das Bundesarchiv auch die beiden Jubiläumsausstellungen zum 30. und 40. Bestehen der Bundesrepublik Deutschland verantworten durfte.

Professor Friedrich P. Kahlenberg hat in seiner Antrittsrede im Sommer 1989 noch seine Absicht bekundet, nach vielen Jahren der Außenorientierung nun das Bundesarchiv nach innen konsolidieren und modernisieren zu wollen. Da konnte er allerdings noch nicht ahnen, in wie kurzer Zeit und wie radikal die Geschichte seine Agenda als Präsident des Bundesarchivs umschreiben würde.

Mit dem Fall der Mauer 1989 und der deutschen Wiedervereinigung 1990 fiel ihm die große Aufgabe zu, das nun um die zentralen staatlichen, Partei- und Verbändearchive der DDR angewachsene Archivwesen des Bundes unter dem Dach des Bundesarchivs zusammenzuführen. Wie komplex diese Aufgabe war, kann man sich heute kaum noch vorstellen. Dass die Integration des deutlich gewachsenen Bundesarchivs heute soweit fortgeschritten ist, verdankt sich nicht zuletzt Ihrem enormen persönlichen Einsatz, lieber Herr Kahlenberg.

Sie, lieber Herr Professor Weber, haben zu Beginn ihrer Amtszeit die Frage „Was will Weber?“ mit der Benennung folgender Schwerpunkte beantwortet:

- Ausbau der Dienstleistungen des Bundesarchivs gegenüber Verwaltung, Wissenschaft und Bürgern,
- Verbesserung des Zugangs zum Archivgut des Bundes bei gleichzeitiger Verstärkung der Bemühungen um dessen Erhalt,
- konstruktives Mitwirken des Bundesarchivs auf der nationalen und internationalen Ebene der Archivwelt,
- eine an den Geboten der Wirtschaftlichkeit orientierte Weiterentwicklung der Organisation des Bundesarchivs und
- die verstärkte Nutzung des Internets als Präsentations- und Kommunikationsplattform.

In all diesen Bereichen sind wir in den vergangenen elf Jahren weit voran gekommen. Als Symptome dieses Fortschritts möchte ich nennen: die stetig wachsende Zahl von im Internet verfügbaren Erschließungsinformationen, die selbstverständliche Nutzung des Intranets als internes Kommunikations- und Informationsmedium, die Fertigstellung des Ernst-Posener-Baus als erster Stufe des Ausbaus der Berliner Dienststelle des Bundesarchivs. Die Liste ließe sich leicht verlängern.

Ihnen, Herr Professor Kahlenberg und Herr Professor Weber, und Ihnen, liebe Frau Booms, stellvertretend für Ihren verstorbenen Mann, möchte ich meinen hohen Respekt für Ihre großen Leistungen im Amt des Präsidenten des Bundesarchivs hier öffentlich bekunden.



*Nach der Übergabe der Ernennungsurkunde: der neue Präsident des Bundesarchivs Dr. Michael Hollmann und Kulturstaatsminister Bernd Neumann MdB. Bild: Bundesarchiv*

Wenn ich von Vermächtnis sprach, meinte ich, dass all die von meinen Vorgängern im Amt angegangenen Herausforderungen sich ständig in verändertem Gewand neu präsentieren und bewältigt werden wollen. Angesichts der Verteilung des Bundesarchivs auf acht Dienstorte wird die organisatorische und fachliche Konsolidierung und Integration des Bundesarchivs eine Daueraufgabe bleiben, für die ich mich mit besonderem Engagement einsetzen werde. Dies liegt nicht allein im Interesse eines wirtschaftlichen und mit den eher schmaler werdenden Ressourcen verantwortet umgehenden Arbeitens, sondern ist auch eine wesentliche Voraussetzung für nachhaltiges Arbeiten in einer Zeit, in der Medien und technische Randbedingungen so rasch und bisweilen grundlegend sich verändern, dass nur ein an gemeinsamen Standards orientiertes archivisches Arbeiten die Aussicht bietet, alle Arbeitsergebnisse über alle Medien- und Technologiebrüche hinweg bewahren zu können.

Integration und Konsolidierung sind aber auch die Voraussetzungen für die Übernahme neuer Aufgaben, die auf das Bundesarchiv in der Zukunft bei der Bewältigung des „digital turns“ und mit der Übernahme weiterer großer Bestände zukommen mögen. Wer neue Baustellen beginnt, sollte die alten nach Möglichkeit abgeschlossen haben.

In den letzten Jahren ist immer stärker ins allgemeine Bewusstsein getreten, dass alles Bewahren, und damit auch das Archivieren, nutzlos ist, wenn es Selbstzweck bleibt und nicht letztlich auf den Zugang, auf die Benutzung wie auf einen Fluchtpunkt hin orientiert ist. Und so werden wir uns im Bundesarchiv auch weiterhin bemühen, beides zu tun, das Archivgut auf Dauer zu sichern und die Bedingungen für den Zugang zu verbessern. Dazu werden wir uns weiter beharrlich für eine angemessene Lagerung des gesamten Archivguts des Bundesarchivs einsetzen und mit Nachdruck auf das Ziel hinarbeiten, dass alles nach den Regeln des Bundesarchivgesetzes nutzbare Archivgut bewertet und erschlossen wird und die zugehörigen Erschließungsdaten für jedermann im Internet verfügbar sind.

Den Partnern des Bundesarchivs in Archivwesen, Verwaltung, Wissenschaft und Gesellschaft soll das Bundesarchiv auch in Zukunft ein verlässlicher Partner bleiben. Dies gilt nicht zuletzt für die zahlreichen Gedenkstätten, das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn und das Deutsche Historische Museum in Berlin. Ist das Bundesarchiv auch selbst keine Gedenkstätte, so garantiert es mit seinem Archivgut doch das quellenmäßige Substrat allen Gedenkens. Im Bundesarchiv geht es um Geschichte: Es ist der Ort, an dem Geschichtsbilder und Geschichtsdeutungen von jedermann auf ihre ideologischen und zeitlich-situativen Bedingtheiten hin überprüft und revidiert werden.

Bei all dem bin ich guten Mutes, denn das Bundesarchiv verfügt über großartige Voraussetzungen, die angedeuteten Herausforderungen auch weiterhin zu bewältigen. Damit meine ich in allererster Linie die Kolleginnen und Kollegen im Bundesarchiv, von denen ich in der vergangenen 22 Jahren so viele kennen und deren Kollegialität, Kompetenz und Leistungsbereitschaft ich schät-

zen lernen durfte. Ich hoffe sehr, in meiner neuen Rolle auf die guten Kontakte und Beziehungen aufbauen zu können, wenn ich in den nächsten Wochen allen Abteilungen einen Besuch abstatten werde, um mich überall auf den aktuellen Stand der Dinge bringen zu lassen.

Leider kann ein Festakt wie der heutige nur an einem Dienstort des Bundesarchivs stattfinden. Dass das in Koblenz geschieht, bedeutet in keinsten Weise eine Herabsetzung oder Geringschätzung der Kolleginnen und Kollegen in Berlin und Freiburg, in Bayreuth und Hangelar, in Hoppegarten, Ludwigsburg und Rastatt.

Viele Kolleginnen und Kollegen haben mir in den vergangenen Tagen und Wochen gratuliert und ihre Wünsche, aber auch Erwartungen anvertraut. Über das Maß des dabei zum Ausdruck gebrachten Vertrauens bin ich froh und dankbar. Denn damit verbindet sich für mich - auch wenn ich es nicht jedem werde recht machen können - doch die Hoffnung, dass „Wir im Bundesarchiv“ - wie eine Artikelserie der FAZ vor einigen Jahren hieß - die vor uns stehenden Herausforderungen als Team angehen und gemeinsam bewältigen werden. Dass ich dabei der Personalvertretung ein vertrauensvoller und zuverlässiger Partner sein möchte, hebe ich dabei eigens hervor.

Besucher des Bundesarchivs weise ich gerne darauf hin, dass derjenige, der es wagt einen Archivar nach seinem Beruf zu fragen, in der großen Gefahr schwebt, dafür mit nicht weniger als 50.000 Worten bestraft zu werden. Daran möchte ich mich heute selbst erinnern.

Ich danke Ihnen allen von Herzen.

*Dr. Michael Hollmann,  
Präsident des Bundesarchivs*

## Grußwort

Dass ich heute hier bei der feierlichen Amtseinführung des neuen Präsidenten des Bundesarchivs als Vorsitzender des VdA die Grüße und Wünsche des Fach- und Berufsverbandes überbringen darf, hat nicht nur Tradition, sondern sehe ich auch als gegenseitige Wertschätzung zwischen dem Bundesarchiv und dem VdA an.

Für fachlich fundierte und zukunftsorientierte Archivarbeit ist das „erfolgreiche Netzwerken“ unverzichtbar. Das wussten auch schon die Archivargenerationen vor uns. Viele renommierte Archivare aus dem Bundesarchiv nutzten seit 1953 unseren Verband als Plattform, um die Fachlichkeit in die Fläche zu tragen - und das nicht nur in Vorstandsämtern. Auch heute gehören die meisten Archivarinnen und Archivare aller Abteilungen der Behörde unserem Verband an und bringen sich in die fachliche Arbeit des VdA ein.

„Netzwerken“, neudeutsch „Networking“, ist bekanntlich geprägt durch ein Geben und Nehmen.

Das Bundesarchiv, die größte und überregional bedeutendste Archiveinrichtung in Deutschland, hat Dank seiner exzellenten Arbeit in den vergangenen Jahrzehnten sehr viel zu geben. Die Innovationen und Qualitätsstandards dieser Bundesbehörde strahlen auf das gesamte nationale Archivwesen aus und haben Vorbildcharakter.

Auch auf internationaler Ebene genießt das Bundesarchiv heute große Anerkennung - und das nicht nur durch die aktive Mitarbeit in den Gremien des ICA (International Council on Archives), sondern auch durch konkrete Projekte.

Ohne hier eine fiskalische Geber- und Nehmerrechnung aufmachen zu wollen, möchte ich aber an dieser Stelle als Repräsentant unseres Fachverbandes auch gerne aufzeigen, was das Bundesarchiv und was Sie, sehr verehrter Kollege Hollmann als neuer Kapitän dieses archivischen Flaggschiffes und die FachkollegInnen Ihres Hauses vom VdA „nehmen“ können.

Kontakte ergeben sich zufällig oder zwangsläufig, sei es durch die Ausbildung oder punktuell durch spezielle Problemstellungen. Professionelles und

fachliches „Networking“ - und dabei ist das Archivwesen keine Ausnahme in der Berufslandschaft - geschieht heute mehr denn je über die Netzwerke der Fachverbände und Ihrer Gremien. Der VdA bietet deshalb das nationale Forum, auf dem berufsspezifische Fachfragen aufgeworfen, diskutiert und fachspartenübergreifend geklärt werden können. Auch wenn die Arbeitsfelder der beispielsweise in staatlichen, kommunalen, kirchlichen oder privaten Archiven tätigen Kolleginnen und Kollegen unterschiedlich sein mögen, das heutige Berufsbild von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Archiven wird von übereinstimmenden Leitgedanken geprägt, welche vom VdA erarbeitet und verabschiedet wurden. Danach werden unser Berufsbild und unsere Tätigkeit von folgenden Leitgedanken geprägt:

- der Bedeutung der Archive für die Gesellschaft
- dem Auftrag der Archive
- den Tätigkeiten in einem Archiv
- den archivfachlichen Kompetenzen
- die fachübergreifenden Kompetenzen.

Nur gemeinsam und nur im Zusammenspiel der einzelnen Archiveinrichtungen und der dort tätigen Archivarinnen und Archivare werden wir die an unseren Beruf im 21. Jahrhundert von Ar-



*Dr. Michael Diefenbacher, Vorsitzender des Verbands deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. (links), mit dem Leiter des Sächsischen Staatsarchivs Dr. Jürgen Rainer Wolf und der Vizepräsidentin des Bundesarchivs Prof. Dr. Angelika Menne-Haritz. Bild: Bundesarchiv*

chivträgern, von der Wissenschaft und von den Bürgern gestellten Anforderungen und Herausforderungen bewältigen können. Fachfragen beschäftigen tagtäglich alle Kolleginnen und Kollegen in diesem Beruf, egal ob in einer großen oder kleinen, ob in einer staatlichen, kommunalen oder einer privat getragenen Archiveinrichtung.

Mein Appell richtet sich deshalb heute wiederholt an alle Archivarinnen und Archivare: Vernetzen Sie sich weiter, mischen Sie sich aktiv in Fachdiskussionen ein! Nur wenn wir im ständigen fachlichen Diskurs miteinander und untereinander stehen werden wir wahrgenommen, können wir den neuen Anforderungen der heutigen Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft genügen.

Mein Wunsch und meine Bitte, das Networking der MitarbeiterInnen im Bundesarchiv auch mit FachkollegInnen außerhalb der Behörde aktiv zu unterstützen, richtet sich an dieser Stelle an den neuen Präsidenten. Lieber Herr Hollmann, bitte

fördern Sie nach Kräften, wie es auch Ihre Amtsvorgänger getan haben, die aktive Mitarbeit der in den Abteilungen des Bundesarchivs tätigen KollegInnen in den einschlägigen nationalen und internationalen archivischen Gremien, Verbänden und Kommissionen. Dass der VdA und der Deutsche Archivtag dabei eine besondere Rolle spielen, spricht für sich!

Ich freue mich heute schon auf unsere Zusammenarbeit und wünsche Ihnen, sehr verehrter Herr Präsident, lieber Herr Kollege Hollmann, für Ihr neues Amt und die damit verbundenen Aufgaben von Herzen alles Gute. Der VdA weiß das Bundesarchiv sowohl menschlich als auch fachlich in den allerbesten Händen!

*Dr. Michael Diefenbacher,  
Vorsitzender des Verbands deutscher  
Archivarinnen und Archivare e.V.*



*Kulturstaatsminister Bernd Neumann  
MdB im Gespräch mit Prof. Dr. Hartmut  
Weber, Präsident des Bundesarchivs a.D.  
Bild: Bundesarchiv*



*Der neue Präsident des Bundesarchivs mit Dr. Susanne Olbertz, BKM (links) und  
Dr. Katharina Knüppel, BKM.  
Bild: Bundesarchiv*

## Das Komintern-Projekt. Ein Modellfall internationaler Kooperation

Die Kommunistische Internationale (Komintern oder KI), auch Dritte Internationale genannt, war ein internationaler Zusammenschluss kommunistischer Parteien zu einer weltweiten gemeinsamen Organisation. Auf Initiative Wladimir Iljitsch Lenins erfolgte die Gründung im Jahre 1919 in Moskau. 1943 wurde die Komintern als ein Zugeständnis Stalins an die westlichen Alliierten, die USA und Großbritannien, aufgelöst. Für die historische Forschung, insbesondere zur Weimarer Republik, war die Bedeutung der Komintern für die deutsche und europäische Geschichte hinlänglich bekannt. So wundert es nicht, dass nach der Öffnung der Archive in Ost- und Ostmitteleuropa zwei deutsche von Hermann Weber<sup>1</sup> inspirierte Historiker, Jürgen Mothes aus Leipzig<sup>2</sup> und Bernhard Bayerlein aus Köln, sich an den Europarat wandten, um dessen Unterstützung für ein Projekt der systematischen Öffnung des Komintern-Archivs in Moskau zu erbitten. Der Bestand im Russischen Staatsarchiv für soziale und politische Geschichte (RGASPI) in Moskau setzt sich aus 521 Teilbeständen zusammen und umfasst 230.000 Archivalieneinheiten in einem Gesamtumfang von 55 Millionen Seiten, deren Inhalt in zahlreichen Sprachen, vor allem auch auf Deutsch verfasst ist.

### Kooperationspartner

Michael Vorbeck als zuständiger Bediensteter des Europarats stellte die Verbindung zum Internationalen Archivrat her, insbesondere zu dessen Generalsekretär Charles Kecskeméti, und besorgte seit Sommer 1993 das Geld für die vorbereitenden Besprechungen, an denen für die russische Seite neben dem Leiter von ROSARCHIV, Rudolf Pichoja<sup>3</sup>, von Anfang an der Direktor des zuständigen Staatsarchivs für soziale und politische Geschichte (RCHIDNI, RGASPI), Kirill Anderson<sup>4</sup>, teilnahm. Die Gründungsväter stimmten ohne längere Diskussion darin überein, das Projekt in Form einer Digitalisierung sowohl der Findmittel (opisi) als auch ausgewählter Archivalieneinheiten zu konzipieren.

Eine Kette von glücklichen Umständen und Kecskeméti umfassende internationale Beziehungen innerhalb und außerhalb des Internationalen Archivrats begünstigten das weitere Vorgehen. Die damalige Leiterin der spanischen Archivverwaltung, Margarita Vázquez de Parga, stellte dem Projekt die zur Digitalisierung des Archivo General de Indias in Sevilla verwandte Software kostenlos zur Verfügung<sup>5</sup> und ermöglichte bereits im Frühjahr 1994 die Ausbildung russischer Archivare in Spanien.

Kurze Zeit später verständigten sich der damalige Direktor des Schweizerischen Bundesarchivs, Christoph Graf, und Kecskeméti auf einen Kooperationsvertrag, in dessen Rahmen das Eidgenössische Department für auswärtige Angelegenheiten durch dessen Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEZA) die Digitalisierung des Kominternarchivs so großzügig förderte, dass neben dem Europarat weitere Geldgeber mit Hinweis auf die Schweizer Initiative gewonnen werden konnten: das Schwedische Reichsarchiv im Juni 1994, das Spanische Kulturministerium im Herbst 1995 sowie die Soros Foundation (Open Society Archives)<sup>6</sup> in Budapest und das Bundesministerium des Innern im Laufe des Jahres 1996. Den entsprechenden Antrag des Präsidenten des Bundesarchivs Friedrich P. Kahlenberg genehmigte Bundesminister Manfred Kanther persönlich. Damals hieß es, mit den bis dahin bewilligten Mitteln sei die Finanzierung des Projekts gesichert.

Wichtig, wenn nicht entscheidend war schließlich, dass auf russischer Seite nicht nur Wladimir Koslow als Nachfolger Pichojas das Projekt unterstützte, sondern vor allem der prominenteste und als Berater von Präsident Jelzin politisch einflussreiche russische Historiker Alexander Tschubarian<sup>7</sup> mit Klugheit, Tatkraft und diplomatischem Geschick half, wo und wann er nur konnte. Kecskeméti sorgte schließlich dafür, dass auch prominente westliche Kommunismusforscher dem Projekt als Berater zur Verfügung standen. Die Namen von Brigitte Studer (Universität

Bern), Hermann Weber (Universität Mannheim) und Serge Wolikow (Universität Dijon) seien hier ausdrücklich genannt.

### **Das International Committee for the Computerization of the Komintern Archives (INCOMKA) – Arbeitsgremium**

Es darf nicht verschwiegen werden, dass Beratungen über Planung und Durchführung des Projekts nicht nur aus finanziellen Gründen mehr als nur schwierig waren. Aus diesem Grunde war die Einrichtung eines Koordinierungs- und Entscheidungsgremiums unabweisbar erforderlich. Daher wurde das Committee for the Computerization of the Komintern Archives (INCOMKA) gegründet, in dem ROSARHIV und jeder Geldgeber aus guten Gründen ein Veto-Recht hatte. INCOMKA wurde im Laufe der Zeit durch den Beitritt der Direction des Archives de France, der Library of Congress und der italienischen Archivverwaltung ein immer größeres Gremium, das sich bis zur Auflösung zum 30. Juni 2004 insgesamt achtmal zu Plenarsitzungen traf, meist in Moskau, aber auch in Budapest, Koblenz, Rom und Roubaix, von Treffen in kleinerem Kreis etwa in Basel, Bern, Dijon, Madrid, Rastatt, Sevilla und Straßburg ganz abgesehen.

Wesentlich für den Erfolg war:

1. Der Europarat hat auch nach Übernahme der Zuständigkeit Vorbecks durch den Franzosen Jean Gattégno<sup>8</sup> und den Italiener Giuseppe Vitiello stets seine schützende Hand über das Projekt gehalten.
2. Die international geäußerte Kritik an der spanischen Software, die nach Privatisierung in die Verfügungsgewalt des Lebensmittel-Konzerns El Corte Inglés übergegangen war, konnte durch die Zusammenarbeit der IT-Experten Jean-Marc Comment (Schweizerisches Bundesarchiv), Oleg Naumov (RCHIDNI, RGASPI) und Julian Bescos (El Corte Inglés) so weit entkräftet werden, dass die Leiter der Geld gebenden Archive – in Deutschland seit Dezember 1999 Hartmut Weber – sich von äußeren Einmischungen nicht mehr beeindrucken ließen.
3. Die Bezahlung der Arbeiten vor allem in Moskau erfolgte grundsätzlich nachträglich. Die Ausbildung russischer Archivare an der Software in Spanien verlief erfreulich unkompliziert.
4. Der intellektuelle Beitrag der Library of Congress in Washington insbesondere bei der Herstellung der Urfassung von Eigennamen erfolgte kostenlos. Die zur Verfügung stehenden Mittel für die Rückübertragung in Sprachen mit lateinischen Buchstaben wurden also nicht für die maschinellen Vorarbeiten in Washington benötigt, sondern konnten ausschließlich für die Schlussredaktion durch Archivare oder andere besonders qualifizierte Experten in deren Muttersprache eingesetzt werden. In Deutschland wurden diese Arbeiten von Gerlinde Grahn, Helma Kaden und Bernhard Bayerlein<sup>9</sup> präzise und schnell erledigt.
5. Unter Berücksichtigung der zwischenzeitlichen technischen Entwicklung erschien mehreren Archivverwaltungen eine online-Präsentation der Projektergebnisse erforderlich. Eine Minderheit musste indes aus zwingenden haushaltsrechtlichen Gründen auf der Lieferung von CD-ROM bestehen. Die aufwändigen Mehrkosten konnten dadurch gerechtfertigt werden, dass die CDs als Sicherungsstücke angesehen wurden.
6. Manche, insbesondere atmosphärische Schwierigkeit wurde durch die meisterhafte Verhandlungsführung Alexander Tschubarians überbrückt.

### **Arbeitsergebnisse – Abschluss der ersten Projektphase**

Die Auswahl der zu bearbeitenden Archivalien – nur die Findmittel wurden vollständig digitalisiert – gelang überraschend schnell. Das historisch-wissenschaftlich relevante Ergebnis ist unter [www.komintern-online.com](http://www.komintern-online.com) abrufbar.

Das elektronische Inventar ist für jedermann frei zugänglich, während 1,2 Millionen digitalisierte Dokumente nur in den Lesesälen in Moskau und bei den acht Partnerorganisationen – in Deutsch-

land bei der SAPMO<sup>10</sup> – ohne Zahlung einer Subskription zugänglich sind. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) hat im Jahre 2005 die Zugriffsrechte für alle deutschen Universitäten für die Dauer von zehn Jahren erworben.

Die Mittel des Projekts in einem Gesamtvolumen von 1.647.634,68 € konnten zu fast 93 Prozent für fachliche Arbeiten im engeren Sinne eingesetzt werden, der Anteil der Verwaltungskosten lag mit knapp über 7 Prozent erfreulich niedrig. Ein auf die Geldgeber nicht aufteilbarer Überschuss in Höhe von 6.278,35 € konnte der Nachfolgeorganisation überwiesen werden. Wichtig war schließlich, dass alle Partner darin übereinstimmten, das INCOMKA-Projekt formal abzuschließen, ohne dass damit die Möglichkeit verbaut werden sollte, mit der Digitalisierung weiterer Archivalien fortzufahren. Aus diesem Grunde wurde unabhängig von der Lieferung der CDs an die Partner, u.a. das Bundesarchiv, die online-Präsentation beschränkt ausgeschrieben. Den Zuschlag erhielt die Inter-Documentation Company (IDC)<sup>11</sup> in Leiden (Niederlande), die sich außerdem bereit erklärte, mit der russischen Firma Electronic Archives (ELAR),

die das elektronische Erschließungs- und Archivsystem im Lesesaal des Russischen Staatsarchivs in Moskau technisch betreut, eine gemeinsame Tochterfirma zu gründen.

## Die Vereinigung zur Förderung des Archivwesens (VFA)

Es war allen Beteiligten des INCOMKA-Projekts klar, dass eine Fortsetzung der Digitalisierung von Archivalieneinheiten der Komintern im Interesse der historischen Forschung wünschenswert sei. Freilich wäre die angestrebte online-Präsentation durch die niederländische Firma Inter-Documentation Company (IDC) ohne Anschubfinanzierung durch öffentliche Mittel nicht möglich gewesen. Um jedoch die Schwerfälligkeit einer gemeinsamen Organisation mehrerer in- und ausländischer Verwaltungen zu vermeiden, wurde beschlossen, eine private Vereinigung zur Förderung des Archivwesens (VFA) zu gründen, die im Vereinsregister beim Amtsgericht Koblenz eingetragen, vom Finanzamt Koblenz als gemeinnützig anerkannt ist und mit ihren Partnern, bisher aus-

COMINTERN Electronic Archives - Mozilla Firefox

http://www.comintern-online.com/

COMINTERN Electronic Archives

COMINTERN online [Russian version](#)

Welcome to COMINTERN online. COMINTERN online consists of two components:

1. A free online inventory to the complete Comintern Archives (55,000,000 pages)
2. A subscription-based service to 1.2 million digital images of the most frequently used documents.

Related info will be available through this homepage and the [News](#) section.

**Registering or subscribing**  
First-time users of the inventory need to register here as soon as they enter COMINTERN online. The options to subscribe in order to get access to the available documents are explained in the [Price list](#).

**Back to RGASPI**  
RusAR is pleased to announce about successful transition of Comintern-online servers to a new place. Now the access to the recourse is given directly from State Archive for Social and Political History, Moscow ([RGASPI](#)).

**Manifest**  
kommunistischen Internationale  
der ganzen Welt.

[News](#)

[ENTER COMINTERN online](#)

[Content description](#)

[Example documents](#)

[Price list](#)

[Specifications](#)

[Licensing terms](#)

[Documents accessible at..](#)

[Keep me posted](#)

[Contact](#)

[Background information](#)

**Other COMINTERN sources**

[Congresses and Plenums](#)

[Communist Party of the USA](#)

[Communist Party of Japan](#)

[Communist Party of Mexico](#)

[RusAR Publishers](#)

[RGASPI](#)

RUSSLAND  
statt Young  
Deutschland

schließlich mit dem Russischen Staatsarchiv für soziale und politische Geschichte, Verträge über gemeinsame Projekte und deren Finanzierung schließt.

Mitglieder sind die Direction des Archives de France, die Bundesarchive in Bern und Koblenz/Berlin, die Library of Congress in Washington D.C., das Institut für Zeitgeschichte (IfZ) in München/Berlin, das Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam sowie 12 Archivarinnen und Archivare (davon acht aus dem deutschen Bundesarchiv), wenige Historiker und ein Unternehmer aus Frankreich, der Schweiz und Deutschland. Den Vorsitz führte Martine de Boisdeffre, bis 2009 Directrice des Archives de France, Generalsekretär ist Hans-Dieter Kreikamp, Abteilungsleiter R im Bundesarchiv in Berlin. Die Geschäfte des Schatzmeisters führte bis zum Dezember 2009 Klaus Oldenhage, langjähriger Schatzmeister des ICA.

Die VFA hat im Jahr 2004 durch eine Anschubfinanzierung in Höhe von 50.000 € die online-Präsentation der digitalisierten Akten aus der er-

sten Projektphase ermöglicht und durch weitere Digitalisierungsmaßnahmen in den Jahren 2004 bis 2006 die Zahl der im Internet online zugänglichen Seiten um 103.000 erhöht.

Die gewonnenen Erkenntnisse bei der Auswahl der zu digitalisierenden Überlieferungsbereiche aus der Gesamtmenge der Komintern-Bestände richteten die weitere Suche auf möglichst geschlossene Komplexe. Dies war im Falle der Internationalen Brigaden des Spanischen Bürgerkrieges gegeben. Sie sind im Russischen Staatsarchiv für soziale und politische Geschichte (RGSAPI) im Fond 545 überliefert, dessen Akten in einer Vielzahl von Sprachen abgefasst sind und damit in ihrer internationalen Ausrichtung an den Vorgängerprojekt anknüpfen. In der Zeit von September 2006 bis November 2009 wurde so die gesamte, nahezu 400.000 Seiten umfassende Überlieferung mit Ausnahme der ungeordneten Fotosammlung digitalisiert und online zugänglich gemacht. Seit dem Sommer 2009 ist diese Überlieferung unter [www.interbrigades.com](http://www.interbrigades.com) für die wissenschaftliche Forschung verfügbar. Dadurch wird ein wichtiger Beitrag geleistet, diese historische Phase am Vor-



abend des Zweiten Weltkrieges im stärkeren Maße bei der Erforschung der europäischen Geschichte zu berücksichtigen.

## Fortsetzung der Arbeit und ein neues Projekt

Während die VFA auf der einen Seite die Digitalisierung der Komintern-Bestände fortsetzte und das Angebot an digital verfügbaren Dokumenten stetig erweiterte, begann parallel hierzu die Ausschau nach einem neuen Projekt. Es war insbesondere der damalige Direktor des Schweizerischen Bundesarchivs, Christoph Graf, der auf die enge Verbindung zwischen der politischen Tätigkeit der Komintern und den Beratungen und Beschlussfassungen des Politbüros der Kommunistischen Partei der Sowjetunion hinwies. Der Entschluss, die im RGASPI archivierten Protokolle des Politbüros zu erschließen und zu digitalisieren, wurde der VFA dadurch erleichtert, dass große Teile der zuvor als geheim eingestufteten Dokumente erst kurz zuvor deklassifiziert worden waren. Auch lag ein besonderer Reiz dieses Vorhabens darin, neben der an zahlreiche politische Institutionen verteilten, gewissermaßen offiziellen Protokollfassung auch die nur den Mitgliedern des Politbüros zugängliche Version

und darüber hinaus auch die als Geheimprotokoll ausgewiesenen Einzelabschnitte präsentieren zu können. Dadurch sollte ein unmittelbarer Textvergleich und eine differenzierte Interpretation der Protokolltexte ermöglicht werden.

Nachdem in einer ersten Phase im Jahre 2004 die methodische und technische Machbarkeit des Vorhabens getestet und die Ergebnisse evaluiert worden waren, begann im Februar 2005 die praktische Umsetzung. In den folgenden Jahren erfassten Archivarinnen und Archivare des RGASPI bis zum Dezember 2009 alle Protokolle der Politbüro-Sitzungen bis zum Ende des Jahres 1932. Dabei wurden die Protokolle von insgesamt 912 Sitzungen mit einer außerordentlichen Vielzahl von Tagesordnungspunkten ausgewertet und 62.470 Images erstellt. Auch diese Quellensammlung, die Aufschluss über eine Vielzahl politischer Vorgänge in der Sowjetunion unter Lenin und Stalin gibt, steht der Forschung dank der finanziellen Unterstützung aus Frankreich, der Schweiz und Deutschland online unter [www.polit-buro.com](http://www.polit-buro.com) zur Verfügung. Die VFA hat sich zum Ziel gesetzt, die erfolgreiche Kooperation mit den russischen Kollegen im RGASPI fortzusetzen und den digital verfügbaren Quellenbestand sukzessive zu vergrößern.

*Hans-Dieter Kreikamp*

## Anmerkungen

- 1) Hermann Weber (\* 23. August 1928) lehrt seit 1975 an der Universität Mannheim.
- 2) Vgl. Bernhard H. Bayerlein (Hg.) unter Mitwirkung von Olaf Kirchner, Entwaffnete Utopien. In memoriam Jürgen Mothes, Leipzig 1999.
- 3) Rudolf Germanowitsch Pichoja betrieb bis zu seiner Ablösung durch seinen Stellvertreter Wladimir Petrowitsch Koslow 1996 eine liberale Archivpolitik mit dem Ziel einer Lösung auch der Rückgabe beschlagnahmter ausländischer Archivalien.
- 4) Kirill Anderson ist seit vielen Jahren durch seine Mitarbeit an der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) in Deutschland bekannt und geschätzt.
- 5) Die späteren Schwierigkeiten bei der Finanzierung und Anwendung der Software ändern nichts daran, dass ohne diese Hilfe der spanischen Archivverwaltung das Projekt nicht möglich gewesen.
- 6) [www.osa.ceu.hu/db/fa/381.htm](http://www.osa.ceu.hu/db/fa/381.htm)
- 7) Bundespräsident Horst Köhler hat Alexander Tschubarian im Jahre 2006 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.
- 8) Gattégno starb 1993.
- 9) Bernhard Bayerlein und andere berichteten in den Internationalen Newslettern für Kommunismusforschung über die Fortschritte des Projekts. Zu der Rückübertragung der Namen vgl. John Haynes, 170 000 Names for the INCOMKA Database of the Comintern Archives. The Result of International Cooperation. in: International Newsletter of Communist Studies IX (2003), no 16.
- 10) Das INCOMKA-Projekt wurde bis zu seinem Abschluss von Mitarbeitern der Abteilung G in Koblenz betrieben. Die Übertragung der archivischen Aufgaben auf die SAPMO ergibt sich aus § 2 Abs. 2 BArchG (Siegfried Becker/Klaus Oldenhage, Bundesarchivgesetz. Handkommentar, Baden-Baden 2006, § 2a Rz. 7).
- 11) [www.idc.nl](http://www.idc.nl) Die IDC gehört nunmehr zu dem Brill Konzern ([www.brill.nl](http://www.brill.nl)).

## Die Nutzung der Quellen der Zentralen Stelle für die historische Bildungsarbeit

Die Arbeit der Zentralen Stelle neigt sich schon aus biologischen Gründen dem Ende zu. Die Wahrscheinlichkeit, einen noch vernehmungsfähigen und verhandlungsfähigen Täter zu ermitteln, geht gegen Null, da selbst die damals jüngsten Tatbeteiligten inzwischen ein Alter von weit über 80 Jahren erreicht haben<sup>1</sup>.

Dass die durch die Tätigkeit der Ludwigsburger Ermittler entstandenen Quellen auf Dauer gesichert und nutzbar gemacht werden sollen, stand immer außer Frage. Zu diesem Zweck wurde nach der Unterzeichnung einer Verwaltungsvereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und ihren Ländern im Jahr 2000 eine Außenstelle des Bundesarchivs im Dienstgebäude der Zentralen Stelle eingerichtet. Der Lesesaal des Archivs wird seither von jährlich etwa 200 wissenschaftlich oder privat interessierten Besuchern besucht<sup>2</sup>. Die Mitarbeiter des Archivs erteilen darüber hinaus pro Jahr rund 2.000 schriftliche Auskünfte aus dem Archivgut, konservieren und erschließen die Unterlagen unter archivfachlichen Gesichtspunkten, um die Zugänglichkeit zu erleichtern und sicherzustellen.

Zu den Aufgaben der Außenstelle Ludwigsburg des Bundesarchivs gehört aber auch die Vermittlung historischer Erkenntnisse über die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen sowie die Erfolge und Defizite ihrer juristischen Aufarbeitung. Dies geschieht beispielsweise über das Angebot von „Tagen der offenen Tür“, an denen Interessenten aus der Bevölkerung in das Archiv Einblick nehmen können. Das Bundesarchiv hält – meist unter Hinzuziehung von Referenten der Zentralen Stelle oder Augenzeugen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft – außerdem regelmäßig Lehrerfortbildungen ab, die den teilnehmenden Lehrern vor Augen führen, welche Themen und Kompetenzen am „außerschulischen Lernort Archiv“ vermittelt werden können und wie der Besuch einer Schulklasse gestaltet werden kann.

Die Besuche von Schulklassen bilden das Herzstück der historischen und archivpädagogischen Bildungsarbeit. Beauftragt vom Kultusministerium des Landes Baden-Württemberg betreut ein Pädagoge einmal in der Woche Schulklassen aller Schultypen ab etwa Jahrgangsstufe 9 (ca. 15 Jahre)<sup>3</sup>. Viele Lehrer berichten in ihrem Feedback davon, dass sie von der Konzentration, Motivation und Disziplin ihrer Schüler am „außerschulischen Lernort“ positiv überrascht gewesen seien, dass sie manche Schüler geradezu neu kennen gelernt oder erlebt hätten. Offensichtlich vermögen ein unbekanntes Lernumfeld, wechselnde Lehrkräfte – neben dem für die Schüler „neuen“ Lehrer beteiligen sich auch die Archivare an der Gestaltung des Tages – und das Ineinandergreifen von Quellen, Ort und Thema das Verhalten von Schülern zumindest zeitweilig zu verändern. Wichtig ist, vorher die mit dem Besuch verbundenen Ziele möglichst genau zu klären. Zwar hält



Gruppenarbeit in der Außenstelle Ludwigsburg.  
Bild: Bundesarchiv

das Bundesarchiv bestimmte „Module“ mit unterschiedlichen Themen bereit, die sich in der Praxis bewährt haben, doch können je nach Schulfach (Geschichte, Politik, Deutsch, Ethik, Religion), Alter und Vorwissen der Schüler die Einführungen, Fragestellungen und Anforderungen unterschiedlich gestaltet werden. Im folgenden soll beispielhaft der Ablauf einer Schulklassenveranstaltung zum Thema „Auschwitz und die Folgen“ dargestellt werden.

### Modul 1: Torhaus

Im „Schorndorfer Torhaus“, einem der Wachgebäude entlang der alten Ludwigsburger Stadtmauer des 18. Jahrhunderts, hat das Bundesarchiv im Jahr 2004 eine Dauerausstellung zur Aufklärung von NS-Gewaltverbrechen eingerichtet<sup>4</sup>. Hier beginnen die Schüler ihr Programm.

Anhand von Bildern oder Texten, die einen ersten Eindruck vom Ausmaß und der Unmenschlichkeit der nationalsozialistischen Terrorherrschaft erzeugen, finden sie sich in das Thema ein. Für die spätere Quellenarbeit, bei der die jungen Besucher teilweise in die Rolle von Staatsanwälten schlüpfen, werden hier auch grundlegende juristische Kenntnisse vermittelt, wie sie in den Schulen normalerweise nicht gelehrt werden: Die Unterscheidung von Mord und Totschlag, die Herausarbeitung bestimmter Mordmerkmale wie Grausamkeit oder Heimtücke, die Problematik der Verjährung von Straftaten, die Bedeutung des Nachweises individueller Schuld, Kriterien der Strafzumessung. Je nach Leistungsstand der Gruppe kann hier aber auch ein „Lernen an Stationen“ praktiziert werden, etwa indem die Schüler anhand eines Fragebogens die Ausstellung selbstständig erkunden.

Ein im Kellergeschoss eingerichteter, auf einem gläsernen Boden begehbare Arbeitsplatz eines „Ermittlers von Ludwigsburg“ ermöglicht es schließlich nachzuempfinden, unter welchen Bedingungen ein Mitarbeiter der Zentralen Stelle in den 1960er Jahren seiner alltäglichen Tätigkeit nachging. Die Station im Torhaus liefert erfahrungsgemäß einen wesentlichen Beitrag zu dem Versuch, wesentliche Elemente des Rechtsstaates exemplarisch begreifbar zu machen.

### Modul 2: Archiv

Zu einem Aufenthalt im „außerschulischen Lernort“ Archiv gehört unbedingt eine Besichtigung des Magazins. Beim Gang durch die Räume, in denen die Unterlagen aufbewahrt werden, lässt sich mühelos die Quantität der allein bei einer Behörde entstandenen Quellen veranschaulichen. Während dieser Station ist es der Archivar, der die Gruppe begleitet, und die Menge des Archivguts der Außenstelle Ludwigsburg in Beziehung setzt zu Umfang und Inhalten der insgesamt im Bundesarchiv vorhandenen Bestände. Im Magazin kann zudem nachvollzogen werden, wie mittels konservatorischer und inhaltlich-erschließender Maßnahmen aus der staatsanwaltschaftlichen Vorermittlungsakte, die insbesondere „alltagstauglich“ sein musste, eine Archivalieneinheit wird, die auf Dauer benutzbar bleiben soll.

Hier liegen auch ausgewählte, vom Original kaum zu unterscheidende Dokumente aus – Anklageschriften, einzelne Vernehmungsprotokolle, Bildmappen u.a., in die sich die Schüler „hineinlesen“ können, oft mit nachhaltiger Wirkung. Die bloße Erkenntnis etwa, dass eine Anklageschrift gegen eine einzige Person sich ohne weiteres auf zwei Bände mit jeweils 250 Seiten belaufen kann, bleibt sehr viel fester im Bewusstsein verankert, wenn man diese Information nicht auf dem Papier oder im Geschichtsbuch liest, sondern die Bände tatsächlich in der Hand gehalten hat.

Der Ablauf des Archiv-Moduls lässt sich variieren. So kann es sich anbieten, an dieser Stelle – in reduzierter Form – den Gang eines Ermittlungsverfahrens von der Anzeige bis zum Haftbefehl, aber gleichzeitig auch den Weg der entsprechenden Akte in das Magazin und von dort zum Benutzer vorzustellen oder nachzuspielen. Ein solcher Baustein fügt sich besonders gut an die im Torhaus gelegten Grundlagen an. Zum Beispiel enthält der erste Band aus der schon angesprochenen umfangreichen Überlieferung der Zentralen Stelle zum Auschwitz-Verfahren<sup>5</sup> eine Reihe von Dokumenten, die sich gut eignen, um die einzelnen Schritte der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen nachvollziehbar zu machen.

Dies soll an einem Beispiel verdeutlicht werden – an der auf den 1. März 1958 datierten handschrift-

lichen Eingabe von A. Rögner, seinerzeit Insasse der Strafanstalt Bruchsal. Mit dieser Anzeige wurde offenbar der ehemalige SS-Oberscharführer Wilhelm Boger, später einer der Angeklagten im Frankfurter Prozess und verurteilt zu 114mal lebenslänglich Zuchthaus, das erste Mal massiv wegen seiner als „Ermittlungsfunktionär“ in der Politischen Abteilung des Konzentrationslagers Auschwitz begangenen Verbrechen belastet<sup>6</sup>. Bereits das Entziffern der Handschrift bereitet dem fast nur noch mit Computerausdrucken vertrauten Leser einige Mühe – eine weitere neue Erfahrung für die Schüler. Wie reagiert der Staatsanwalt, der Adressat des Briefes, auf eine solche Anschuldigung eines zwielichtigen Häftlings?

Hier kommt das einzigartige Rechercheinstrument der Zentralen Stelle ins Spiel, die Zentralkartei, eine Art Informationsmanagementsystem, jedoch auf völlig überholt anmutenden Karteizeteln. Für die Ermittlungen wichtige Informationen aus den Akten der Zentralen Stelle wurden auf solchen Karten unter Verwendung zahlreicher Abkürzungen eingetragen und diese nach Personennamen geordnet. Daraus resultierten bis heute insgesamt beinahe 1,7 Millionen Karteikarten, die immer noch verwendet und ergänzt werden. Sie sind zwar aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht öffentlich zugänglich, können den Schülergruppen aber in ihrer Gesamtheit vor Augen geführt werden.

Im Jahr 1958 hilft dieser beeindruckende Wissensspeicher unserem Staatsanwalt indes noch nicht recht weiter. Zwar erfährt man über Rögner, dass er in einem anderen Ermittlungsverfahren vor 1951 schon einmal ausgesagt hatte und schon damals in Untersuchungshaft saß. Die Niederschrift des Vernehmungsprotokolls, so lehrt die älteste Karteikarte zu Rögner, ist aber nicht mehr vorhanden.

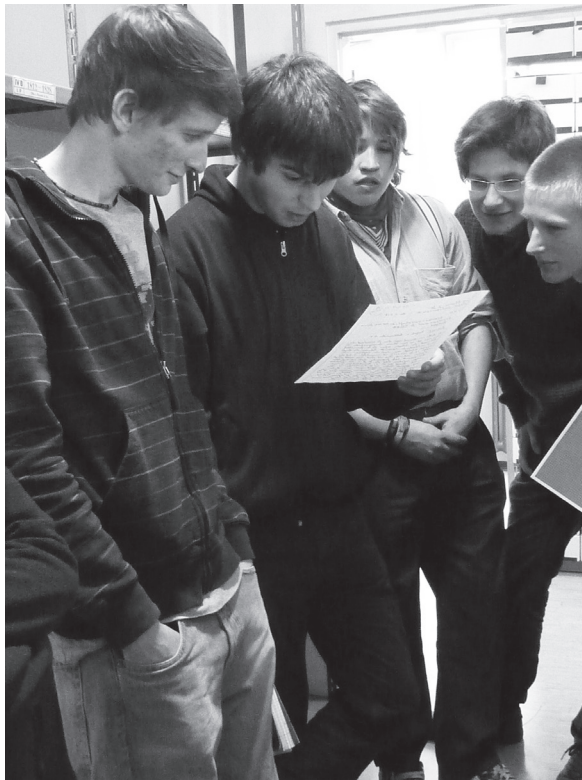
Der Staatsanwalt – dies können die Schüler wiederum aus den ausgewählten Dokumenten ersehen – fährt daraufhin zweigleisig: Die Stuttgarter Kriminalpolizei wird am 17. März 1958 um „unauffällige Vorermittlungen hinsichtlich der Person und der Vergangenheit des [...] Boger“<sup>7</sup> gebeten: Noch reichen die Vorwürfe nicht aus, um Boger damit zu konfrontieren; noch weiß man auch nicht, ob es sich bei dem Beschuldigten tat-

sächlich um den im Stuttgarter Raum lebenden Wilhelm Boger handelt. Außerdem schickt unser Ermittler einen Gerichtsreferendar zu dem inzwischen in der Landesstrafanstalt Hohenasperg einsitzenden Anzeigeerstatte Rögner, um nähere Hinweise einzuholen. Dessen Bericht vom 6. Mai 1958 lässt erkennen, wie abenteuerlich die Vernehmung des Kleinkriminellen, der selbst in Auschwitz inhaftiert gewesen war, verlaufen sein muss<sup>8</sup>: Rögner ist wechselweise verstockt und höchst erregt, beschuldigt wiederholt nicht nur Boger, sondern auch die Staatsanwaltschaft und das Personal der Strafanstalten, sie wendeten Gestapo-Methoden an, ist aber andererseits insofern ein außergewöhnlicher und wertvoller Zeuge, als er noch die eintätowierten Nummern der Mitgefangenen kennt und präzise Skizzen von der räumlichen Situation im Konzentrationslager Auschwitz anzufertigen vermag.

Der kleine Ausflug in das Jahr 1958 und die Aufgaben eines Staatsanwaltes der Zentralen Stelle kann mit der Präsentation des Haftbefehls gegen Boger vom 2. Oktober 1958 beendet werden<sup>9</sup>. In der Zwischenzeit waren zahlreiche erdrückende Belege für die Verwicklung Bogers in schwerste Verbrechen zusammengekommen. Es ließe sich aber auch noch vorführen, wie die Karteikarten zu Boger und Rögner ergänzt wurden<sup>10</sup>, oder wie die Zentralkartei der Zentralen Stelle und das Findbuch des Bundesarchivs ineinandergreifend den Weg zur signierten Archivalieneinheit ebnet, die den Besuchern den Beweis liefert, dass hier keine erfundene Geschichte erzählt wurde, sondern der Ablauf tatsächlich aus den Originaldokumenten hervorgeht. Haben die Schüler nach dem ersten Modul ein Gespür für die Funktionsweise des Rechtsstaates gewonnen, so hat sich dieses Gespür im zweiten Schritt vielleicht noch verfeinert. Jedenfalls sollte aber ein Verständnis für die Aufgaben und Funktionsweise eines Archivs hinzugekommen sein.

### Modul 3: Quellenarbeit

Im Seminarraum der Bundesarchiv-Außenstelle Ludwigsburg sind die Teilnehmer bei der dritten und zeitlich umfangreichsten Station gefordert, anhand von ausgewählten Quellen und mithilfe



Lektüre im Magazin.  
Bild: Bundesarchiv

von Leitfragen das schon erworbene Wissen zu vertiefen und sich schließlich gegenseitig weiterzugeben.

Beim Thema „Auschwitz und die Folgen“ werden beispielsweise vier Arbeitsgruppen gebildet, in denen sich die Schüler mit den Aspekten 1. Massenmord aus der Perspektive der Täter, 2. Menschenversuche aus der Perspektive der Opfer, 3. Terror und Gewalt – Handlungsspielräume und 4. (Rechtsstaatlicher) Umgang mit der Vergangenheit beschäftigen. Die Bearbeitungszeit der vorgelegten Quellen inklusive Vorbereitung einer Präsentation auf Plakatwänden beträgt dabei ungefähr 90 bis 120 Minuten.

Am Beispiel der vierten Gruppe sei einmal verdeutlicht, welche Dokumente und Aufgaben Schülern im Alter von etwa 16 bis 18 Jahren an die Hand gegeben werden. Dazu gehört zunächst die Aussage von Hans Stark, ehemaliger SS-Oberscharführer und Leiter der Aufnahme in der Politischen Abteilung des Konzentrationslagers Auschwitz, vom 23. April 1959<sup>11</sup>. Darin äußert sich

Stark nüchtern, geradezu geschäftsmäßig über den Ablauf der Vergasungen und seine Beteiligung daran. Weiterhin werden Auszüge aus den Aussagen von Robert Mulka, ehemaliger SS-Hauptsturmführer und Adjutant des Lagerkommandanten, in der Frankfurter Hauptverhandlung vorgelegt, in denen dieser jegliche Kenntnis von Vergasungen leugnet<sup>12</sup>. Diesen Passagen ist ein von Mulka unterzeichneter Sonderbefehl vom 12. August 1942 gegenübergestellt, mit dem insbesondere die an Vergasungen beteiligten SS-Angehörigen aufgefordert werden, beim Öffnen der vergasteten Räume über 5 Stunden mindestens 15 Meter Abstand von der Gaskammer zu halten<sup>13</sup>. Schließlich ist ein Auszug aus der Begründung des Urteils gegen Wilhelm Boger vom 20. August 1965 vorbereitet<sup>14</sup>, in dem verschiedene Aussagen von Zeuginnen über dessen Vernehmungsmethoden aufgegriffen und gewürdigt werden.

Zu diesen Quellen erhält die Gruppe folgende Fragen:

- Sind sich Hans Stark und Robert Mulka ihrer Schuld bewusst? Begründen Sie. Gehen Sie dabei auch auf die Glaubwürdigkeit bzw. den Wahrheitsgehalt der Aussagen ein.
- Fassen Sie zusammen, was die Zeugin Wasserström Boger vorwirft.
- Stellen Sie dar, wie das Gericht versucht, die Glaubwürdigkeit der Aussage von Frau Wasserström zu überprüfen. Inwiefern spiegelt sich hierin der Unterschied zwischen NS-Unrechts- und demokratischem Rechtsstaat?
- Führen Sie an, was ein Vorgehen gegen die Täter erschwert bzw. unmöglich macht(e).
- Was lässt sich mit den Quellen gegen die folgenden Aussagen von rechtsextremer Seite einwenden: „Die Wörter ‚Vergasung‘ oder ‚Gaskammer‘ sind in keinem Schriftstück des Dritten Reiches nachzuweisen“ und „Die Quellenlage zu den KZs ist derart schlecht, dass man wirklich exakte Aussagen über die Lager nicht machen kann“.

Die Art der Präsentation der Ergebnisse orientiert sich nun wiederum an den Wünschen des Lehrers. Möglich ist eine „Vernissage“, bei der die Schüler individuell von Plakat zu Plakat gehen, wo jeweils ein „Experte“ für Fragen zur Verfügung steht. Möchte der Lehrer die Präsentationskompe-

tenz stärken, sollte jede Gruppe ihre Resultate vor dem Plenum darstellen. Eine methodische Erweiterung lässt sich dadurch erzielen, dass nicht jede Gruppe ein Plakat zu ihrem Thema erstellt, sondern vier übergreifende Aspekte – Vernichtung in Auschwitz, Wilhelm Boger, Auschwitzprozess, Auschwitzflüge – auf den Plakaten thematisiert werden, die dann von jeder Gruppe bestückt werden können („doppeltes Gruppenpuzzle“).

## Fazit

Die Unterlagen der Zentralen Stelle bieten natürlich nicht nur zum Thema „Auschwitz“ reichlich Material, das sich als Grundlage für Schülerarbeiten eignet. Daneben können, wenn ein regionaler Bezug gewünscht ist, zum Beispiel in Baden-Württemberg gelegene Nebenlager des Konzentrationslagers Natzweiler in den Blick genommen werden. Auch beim Thema „Euthanasie“ gibt es in Ludwigsburg über die Tötungsanstalt in Grafeneck einen regionalen Anknüpfungspunkt. In allen Fällen erleben die Schüler, was „Quellenkritik“ bedeutet; in allen Fällen werden fast unmerklich Kompetenzen eingeübt (Fach-, Methoden-, Personal- und Sozialkompetenz), deren Vermittlung im Schulalltag einen deutlich höheren Aufwand erfordert. Am Ende steht die Frage: „Was hat das mit mir zu tun?“, die zu

einer Reflexion über den Sinn des Besuchs und der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit einlädt.

Die Rückmeldungen von Schülern und Lehrern ermutigen dazu, den beschrittenen archivpädagogischen Weg fortzusetzen und weiterzuentwickeln. Da der Pädagoge neben seiner hauptberuflichen Tätigkeit an einer berufsbildenden Schule nur einmal in der Woche in Ludwigsburg zur Verfügung stehen kann, die Nachfrage aber hoch ist, sind derzeit alle Termine über einen Zeitraum von 12 Monaten schon vergeben.

Es ist zu wünschen, dass an der Spitze von Archivverwaltungen und Kultusministerien das Potenzial des „außerschulischen Lernorts Archiv“ klarer erkannt wird und in Zukunft mehr finanzielle Mittel bereitgestellt werden, damit der Nachfrage im Sinne eines Einsatzes der so oft beschworenen modernen Bildungskonzepte besser begegnet werden kann. Noch ist die Zentrale Stelle in Ludwigsburg kein bloßer „Erinnerungsort“. Im Gegenteil: Hier bietet sich die seltene, vielleicht einzigartige Möglichkeit, den Prozess der „Verwandlung“ von behördlichem Schriftgut zu einem zentralen Thema der deutschen Geschichte in archivalische Quellen, die Forschern und Schülern offen stehen, mitzuvollziehen.

*Tobias Herrmann*

## Anmerkungen

- 1) Siehe Kurt Schrimm und Joachim Riedel, 50 Jahre Zentrale Stelle in Ludwigsburg. Ein Erfahrungsbericht, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 4/2008, S. 525-555, hier S. 554.
- 2) Zu den Möglichkeiten und Rahmenbedingungen der Nutzung von Unterlagen des Bestandes B 162 „Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen“ siehe Mitteilungen aus dem Bundesarchiv. Die Außenstelle Ludwigsburg, hg. von Gisela Müller und Tobias Herrmann, Koblenz 2008, auch online unter <http://www.bundesarchiv.de/fachinformationen/01816/index.html.de>.
- 3) Siehe auch Bernd Kress, Ein besonderer Lernort für Schulen, in: Die Ermittler von Ludwigsburg. Deutschland und die Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen, hg. von Hans H. Pöschko, Berlin 2008, S. 168-177.
- 4) Eine Art Katalog zu dieser Ausstellung bietet der Beitrag von Andreas Kunz und Melanie Wehr, Kompendium zur Geschichte und Tätigkeit der Zentralen Stelle, in: Die Ermittler von Ludwigsburg (wie Anm. 3), S. 33-120.
- 5) BArch, B 162/2746.
- 6) BArch, B 162/2746, Bl. 1-2r.
- 7) BArch, B 162/2746, Bl. 3.
- 8) BArch, B 162/2746, Bl. 8-9.
- 9) BArch, B 162/2746, Bl. 130-130r.
- 10) So findet sich auf der zweiten Karteikarte zu Boger der Vermerk „nach Rögner laufend an Selektionen beteiligt“, während man auf der dritten Karteikarte zu Rögner liest: „Belastet Boger einiger Morde [...]“.
- 11) BArch, B 162/2752, Bl. 951.
- 12) Aus: Auschwitz-Prozeß 4 Ks 2/63 Frankfurt am Main, hg. von Irmtrud Wojah im Auftrag des Fritz Bauer Instituts, Frankfurt am Main 2004, S. 289.
- 13) Aus: Auschwitz-Prozeß (wie Anm. 12), S. 292.
- 14) BArch, B 162/14180, Bl. 212-215.

# Hauptstadtanspruch und symbolische Politik.

## Die Bundespräsenz im geteilten Berlin 1949 bis 1990

Dieser Beitrag lädt zu einem Spaziergang zu Orten der Bundespräsenz in Berlin ein, die anhand von Akten aus dem Bundesarchiv wie zum Beispiel den Protokollen des Bundeskabinetts beschrieben werden<sup>1</sup>. Bundeskanzler und Minister behandelten am Ende des Jahres 1949 im wöchentlichen Turnus die Präsenz des Bundes in Berlin. In den Kabinettsprotokollen der Bundesregierung<sup>2</sup> ist festgehalten:

29. November 1949: *Das Kabinett erörtert die Möglichkeiten des organisatorischen Aufbaus der Vertretungen in Berlin. Dabei wurde Übereinstimmung dahin erzielt, dass die Vertreter der Ministerien, die aus sachlichen Gründen unmittelbaren Kontakt mit Berlin halten müssen, ressortmäßig ihrem Ministerium unterstellt bleiben sollen, dass aber eine Person als primus inter pares und zum Zwecke der Koordinierung vorhanden sein müsse. ...*

*Vor allen Dingen müsse auch das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen<sup>3</sup> in Berlin vertreten sein und der Vertreter dieses Ministeriums sollte der primus inter pares sein. Die Repräsentanz des Bundes in Berlin soll nach der Auffassung des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen einer politischen Person übertragen werden<sup>4</sup>.*

6. Dezember 1949: *Der Bundeskanzler teilte mit, dass Oberbürgermeister Reuter von Berlin die Bundesregierung bittet zu prüfen, welche Dienststellen nach Berlin verlegt werden können und sollen. Es wurde beschlossen, einen Ausschuss aus den Kabinettsmitgliedern zu bilden, die diese Frage untersuchen. Dem Ausschuss sollen angehören: der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, der Bundesminister des Innern<sup>5</sup>, der Bundesminister der Finanzen<sup>6</sup> und der Bundesminister für Wirtschaft<sup>7</sup>.*

13. Dezember 1949: *Nach den Ausführungen des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen ist in Berlin eine starke Unzufriedenheit entstanden, weil bisher noch keine Vertretung des Bundes eingerichtet worden ist<sup>8</sup>.*

Der Sonderstellung Berlins trug die Bundesregierung durch die Errichtung einer Abteilung des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen (BMG) in Berlin zum 1. Januar 1950 Rechnung. Die Aufgaben dieses Ressorts wurden im ersten Jahresbericht der Bundesregierung für 1949/50 wie folgt beschrieben:

*Das Ministerium verkörpert in seiner Existenz die Forderung der Bundesregierung, über das Gebiet der Bundesrepublik hinaus alle Deutschen zu vertreten. Es ist der politische Konzentrationspunkt der Kräfte, die sich aktiv für die Wiedervereinigung aller Deutschen in Freiheit und für ein Entgegenreten gegen den kommunistischen Expansionsdrang einsetzen. Als Hüter, Mahner und Förderer hat das Ministerium da einzugreifen, wo gesamtdeutsche Fragen beraten und entschieden werden.*

Seit 1955 wurden die Aufgaben des Ministeriums im Rahmen des Bundeshaushaltsplans formuliert: *Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen hat die Aufgabe, die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands vorzubereiten und die dem deutschen Volkstum drohenden Gefahren, besonders in den Grenzgebieten abzuwehren.*

### Das Bundeshaus

Das Bundeshaus wurde am 17. April 1950 von Konrad Adenauer in der Eigenschaft als Bundeskanzler im Rahmen seines ersten Berlin-Besuchs eingeweiht.

In seinem Kalender ist notiert: *Übernahme des Dienstgebäudes durch den Herrn Bundeskanzler in Anwesenheit des Oberbürgermeisters, des Stadtverordnetenvorstehers und der drei Fraktionsvorsitzenden (30–40 Personen)<sup>9</sup>.*

Um zusätzlich die Verbundenheit Berlins mit dem Bund zu betonen, beschloss der *Ältestenrat des West-Berliner Stadtparlaments am Montag [17. April 1950, K.S.], die Kaiserallee in Berlin-Wilmersdorf in Bundesallee umzubenennen<sup>10</sup>.*



Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger mit Bundesfinanzminister Karl Schiller, (stehend), dem Parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt Gerhard Jahn und Bundesaußenminister Willy Brandt bei einer Besprechung im Bundeshaus. BArch, B 145 Bild-00092426, Fotograf: K. Schütz

Das Bundeshaus war der Ort in West-Berlin, wo Bundesregierung und Bundesverwaltung Präsenz zeigten. Dies macht diese Aufnahme vom 5. März 1968 deutlich. Hier waren von Beginn an eine Vielzahl von Stellen und Einrichtungen des Bundes untergebracht. Dazu gehörten neben

„Dem Bevollmächtigten der Bundesregierung in Berlin“<sup>11</sup> die Vertretungen der Bundesministerien und diverser nachgeordneter Einrichtungen<sup>12</sup> wie u.a. das Statistische Bundesamt<sup>13</sup> oder die Bundesdruckerei. Heute nutzen zum Beispiel das Bundesministerium des Innern, die Berliner Dienststellen des Bundesverwaltungsamtes<sup>14</sup> oder der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung<sup>15</sup> das Gebäude.

### Schloss Bellevue<sup>16</sup>

Die Bildunterschrift der DDR-Nachrichtenagentur ADN merkt zu dieser Aufnahme an: *Schloss Bellevue in West-Berlin wird ausgebaut, da Bundespräsident Heuss liebäugelt, dort seinen Amtssitz einzurichten.* Auf dem Bauschild ist zu lesen:

*Hauptstadt Berlin  
Ausbau  
Schloss Bellevue  
als Amtssitz des Bundespräsidenten.*

1957 bestimmte der Deutsche Bundestag Schloss Bellevue als Berliner Amts- und Wohnsitz des Bundespräsidenten. Bis 1959 wurde es wieder aufgebaut und für repräsentative Zwecke nutzbar



Schluss Bellevue, aufgenommen im Dezember 1958.

BArch, Bild 183-60480-0002, Fotograf: Bube

gemacht<sup>17</sup>. Im Nachlass von Theodor Heuss<sup>18</sup> ist ein Schriftwechsel zwischen Ministerialdirektor Hans Bott – Heuss’ engstem Mitarbeiter – und der in Stuttgart erschienenen Wochenzeitung „Christ und Welt“ vom 13. November 1958 anlässlich eines Artikels *Heuss muss nach Berlin!* überliefert, der den unterschiedlichen Blickwinkel auf die politische Symbolik Berlins aus dem doch weit entfernten Bonn widerspiegelt.

*Christ und Welt: Der Präsident unserer Bundesrepublik Theodor Heuss, sollte jetzt sofort seinen Amtssitz nach Berlin verlegen und dort bleiben, solange unmittelbare Gefahr für die Insel ausgeht. Die Reise dieses lautereren, friedfertigen Demokraten und Humanisten hätte in der ganzen Welt die stärkste politische Wirkung. Gerade weil Theodor Heuss das lebendige Symbol jenes anderen, besseren, heutigen Deutschland ist, das eine friedliche Existenz in der ganzen Welt sucht, gerade darum wäre er für die Berliner der rechte Mann, der ihnen durch sein Beispiel beweisen könnte: Bleibt ruhig und gelassen – ich bin ja auch da!*

*Bott: Die Frage als solche, ob Dr. Heuss nicht in gewissen Abständen längere Zeit in Berlin sein Amt führen sollte, ist wohl schon seit 1949 immer wieder im Gespräch von Berlinern, gelegentlich auch von anderer Seite angeregt worden. Die solches vorschlagen, haben keine genügende Vorstellung von der täglichen Beanspruchung des Präsidenten durch Konferenzen und Korrespondenzen etc. – ... Wenn Dr. Heuss jetzt, wie sie meinen, „nach Berlin muss“, heißt das praktisch, ihn von Bonner Beratungen und Entschließungen auszuschalten. ... er ist kein Freund „dramatisierender Romantik“.*

Theodor Heuss übernahm Schloss Bellevue am 18. Juni 1959<sup>19</sup> offiziell als Amts- und Wohnsitz. Seine Ansprache aus diesem Anlass ist nicht im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung abgedruckt. Auch in den Beständen des Bundesarchivs konnte sie nicht ermittelt werden. Die politische Situation war immer noch vom Eindruck des Berlin-Ultimatums geprägt, mit dem die Sowjetunion im November 1958 die Initiative der Deutschlandfrage an sich gezogen und sie damit wieder in das Zentrum der internationalen Diplomatie gestellt hatte<sup>20</sup>.

Das Schloss und sein Park boten in den Folgejahren vielfach den würdigen Rahmen für offizielle Veranstaltungen der Bundespräsidenten – von Empfängen ausländischer Repräsentanten oder zur Würdigung herausragender Leistungen von Bürgern – exemplarisch sei hier nur die *Kaffeetafel des Herrn Bundespräsidenten und von Frau Heinemann für den Club der Berliner Trümmerfrauen*<sup>21</sup> genannt – bis zu den berühmten Gartenfesten<sup>22</sup>.

Nach Theodor Heuss waren Heinrich Lübke, Gustav Heinemann, Walter Scheel, Karl Carstens, Richard von Weizsäcker, Roman Herzog, Johannes Rau und Horst Köhler „Hausherren“ von Schloss Bellevue. Seit Anfang 1994 ist Bellevue der erste Amtssitz des Bundespräsidenten. Wie schon Johannes Rau und Horst Köhler wohnt auch Bundespräsident Christian Wulff mit seiner Familie nicht im Schloss.

## Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der DDR

Am 14. März 1974 unterzeichneten der Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Günter Gaus (r.) und der Stellvertreter des DDR-Außenministers, Kurt Nier (l.) das Protokoll über die Errichtung



Errichtung von Ständigen Vertretungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR im Bundeskanzleramt. BArch, B 145 Bild-00055545, Fotograf: U. Wienke

von Ständigen Vertretungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR im Bundeskanzleramt in Bonn. Die „Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland“<sup>23</sup> wurde am 2. Mai 1974 in Ost-Berlin eröffnet – zugleich auch die der DDR in Bonn<sup>24</sup>.

Die Bundesregierung betonte durch die Entsendung des Staatssekretärs Gaus – an Stelle eines Botschafters – die allein staatliche Anerkennung der DDR. Es wurde keine Botschaft, sondern eine Ständige Vertretung bei der DDR eingerichtet. Demgegenüber versah die Regierung der DDR den Leiter ihrer Vertretung in Bonn ganz bewusst mit dem Rang eines Botschafters. Sie drängte von Beginn an darauf, dass nur *wenn strikt die reale Lage – die Existenz der DDR und der BRD als voneinander unabhängige Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung – beachtet wird, ... gute Möglichkeiten zu gutnachbarlichen Beziehungen entsprechend den Prinzipien der friedlichen Koexistenz [bestehen]*<sup>25</sup>.

Die Spannung der gegenseitigen Erwartungen und Vorannahmen ist in den Akten immer noch spürbar. Wenn schon 1949 gefordert wurde, dass die *Repräsentanz des Bundes in Berlin einer politischen Person übertragen werden*<sup>26</sup> solle, so bedurfte es für die Ausübung des Amtes als „Ständiger Vertreter“ des Bundes in Ost-Berlin einer politischen und – heute würde man sagen – medial geschulten Persönlichkeit. Gaus nahm diesen Auftrag bereits in seiner Antrittsrede an, in der er sagte: *Ich weiß, dass der Weg lang und steinig ist und dass meine Aufgabe als erster Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland nicht immer leicht sein wird, geht es doch darum, durch die Arbeit der Ständigen Vertretung dazu beizutragen, die bestehenden und künftigen Vereinbarungen trotz aller Gegensätze der Gesellschaftsordnungen in den beiden Staaten mit Leben zu erfüllen*<sup>27</sup>.

Im Gebäude der Ständigen Vertretung befindet sich heute die Berliner Dienststelle des Bundesministeriums für Bildung und Forschung<sup>28</sup>.



Vor der konstituierenden Sitzung des ersten frei gewählten, gesamtdeutschen Parlaments am 20. Dezember 1990.  
BArch, B 145 Bild-00016911, Fotograf: K. Lehnartz

## Das Reichstagsgebäude

Das Foto zeigt Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth (l.) und Bundeskanzler Helmut Kohl (2.v.l.), die am 20. Dezember 1990 vor dem Reichstagsgebäude beobachten, wie die deutsche Fahne gehisst wird. An diesem historischen Tag trat zum ersten Mal seit der Machtergreifung der Nationalsozialisten von 1933 im Reichstagsgebäude ein freigesähltes, gesamtdeutsches Parlament zu einer Sitzung zusammen.

Wie im Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR festgelegt, ist Berlin seit dem 31. August 1990 die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland. Am 20. Juni 1991 hat der Deutsche Bundestag beschlossen, auch den Parlaments- und Regierungssitz nach Berlin zu verlegen<sup>29</sup>. Daraus folgend, begann Berlin Anfang der 1990er Jahre an seiner Mitte – der sogenannten „Neuen Mitte“ – zu arbeiten, die jahrzehntelang durch den Mauerstreifen brach lag. Hatte der Bund in Berlin bislang vorhandene Gebäude genutzt, entstehen hier nun zum ersten Mal bundeseigene Zweckbauten<sup>30</sup>.

## Das Bundeskanzleramt<sup>31</sup>

Hier schließt sich der Kreis. 1949 hatte das Bundeskabinett unter Leitung von Konrad Adenauer wöchentlich die Möglichkeiten des organisatorischen Aufbaus von Vertretungen in Berlin erörtert – im Jahr 2001 wurde nach vierjähriger Bauzeit das neu errichtete Kanzleramt gegenüber dem Reichstagsgebäude bezogen. Der Entwurf stammt von den Berliner Architekten Axel Schultes und Charlotte Frank

Auf diesem Bild, das am 21. Februar 2006 aufgenommen wurde, ist Bundeskanzlerin Angela Merkel am Schreibtisch in ihrem Arbeitszimmer im Kanzleramt zu sehen. Im Hintergrund hängt das Porträt Konrad Adenauers, ein Gemälde von Oskar Kokoschka aus der Kunstsammlung des Deutschen Bundestages.

Die Präsenz des Bundes in Berlin seit 1949 kann in zahlreichen Beständen des Bundesarchivs nachvollzogen werden, von denen im Rahmen dieses Beitrags nur wenige ausgewählte Beispiele



Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrem Arbeitszimmer.  
BArch, B 145 Bild-00098685, Fotograf: B. Kühler

betrachtet werden konnten. Aufschlussreich für dieses Thema sind zum Beispiel auch die Quellen über die Abgabe „Notopfer Berlin“<sup>32</sup>, die von 1948 bis 1956 im Bundesgebiet erhoben wurde, zur Beisetzung des Bundesministers für besondere Aufgaben Dr. Robert Tillmanns am 17. November 1955 oder zur Diskussion um die Errichtung des Umweltbundesamtes<sup>35</sup> in Berlin.

Für diesen Beitrag wurden die edierten Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Dokumente aus den in Koblenz lagernden Beständen Bundespräsidialamt (B 122), Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der DDR (B 288) sowie dem Nachlass von Theodor Heuss (N 1221) verwendet. Hinzu kommen schriftliche Quellen aus der Provenienz des Staatsrates der DDR (DA 5), die in der Berliner Dienststelle des Bundesarchivs verwahrt werden.

Kerstin Schenke

## Anmerkungen

- 1) Leicht veränderte Fassung des Vortrags, den ich bei der Tagung „Hauptstadtanspruch und symbolische Politik. Die Bundespräsenz im geteilten Berlin (1949 bis 1990) am 22. und 23. April 2010 in Berlin gehalten habe.
- 2) 1979 übertrug die Bundesregierung durch Kabinettsbeschluss dem BArch die Edition der Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. In gedruckter Fassung sind die Protokolle der Jahre 1949 bis 1966, in der online-Fassung bis 1965 publiziert (Stand August 2010). Die digitale Version erscheint 18 Monate nach Veröffentlichung des jeweiligen Jahresbandes im Internet unter: <http://www.BArch.de/cocoon/barch/0000/index.html>.
- 3) BArch, B 137. Im Rahmen der Bildung des ersten Kabinetts wurde 1949 ein Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG) geschaffen. Durch Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 11. November 1969 wurde es in Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (BMB) umbenannt. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands wurde das Ministerium durch Organisationserlass des Bundeskanzleramtes vom 18. Januar 1991 aufgelöst, die Abwicklung erfolgte im wesentlichen durch das Bundesministerium des Innern.
- 4) 27. Kabinettsitzung am 29. November 1949, TOP 3 a. Wirtschaftsvertretung des Bundes in Berlin, Bundesministerium für Wirtschaft, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, hrsg. für das BArch von Hans Booms, Band 1: 1949, bearbeitet von Ulrich Enders und Konrad Reiser, Boppard am Rhein, 1982, S. 230-231.
- 5) BArch, B 106.
- 6) BArch, B 126.
- 7) BArch, B 102.
- 8) 28. Kabinettsitzung am 6. Dezember 1949; TOP C. Verlegung von Bundesdienststellen nach Berlin, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, 1949, S. 243.
- 9) 30. Kabinettsitzung am 13. Dezember 1949, TOP 16. Vertretung der Bundesregierung in Berlin - Verlegung von Stellen nach Berlin, Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, 1949, S.257-258.
- 10) <http://www.konrad-adenauer.de - Kalendarium - 17. April 1950.>, Abruf vom 30. August 2010.
- 11) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. April 1950, Nr. 90, S. 1 (Dienstbibliothek des BArchs, Zt FAZ April-Juni 1950, Nr. 78-148). Vgl. auch BArch B 136/21432.
- 12) Von „Dem Bevollmächtigten der Bundesregierung in Berlin“ liegt im BArch kein eigener Bestand vor. Die Erfüllung der Aufgaben kann u.a. im Bestand Bundeskanzleramt nachvollzogen werden (B 136/4863-4867, 18061, 20171, 21383-21392, 25243-25246, 31278, 38792).
- 13) Einzelaufstellungen können dem jeweiligen Jahresband des Taschenbuchs für Verwaltungsbeamte bzw. des Staatshandbuchs Bund entnommen werden.
- 14) BArch, B 128.
- 15) BArch, B 311.
- 16) BArch, B 219.
- 17) Zur Überlieferung des Bundespräsidialamtes vgl. auch Bestand B 122. Der Aktenplan des Bundespräsidialamtes stammt aus dem Jahre 1952 und wurde 1955 wesentlich umgestellt. Dabei wurde die Dezimalklassifikation eingeführt. Nach ihm wurden die Unterlagen der Amtszeit Heuss und Lübke geordnet. 1981 erfolgte eine Überarbeitung, 1992 eine grundlegende Neufassung. Die Akten werden im wesentlichen nach Amtsperioden der Bundespräsidenten geführt und entsprechend an das BArch abgegeben. Eine sehr konsequente Einzelsachaktenbildung bewirkte bei Präsidenten, die nur fünf Jahre das Amt führten, extrem dünne Akten von zum Teil nur wenigen Blättern. Akten der Ordenskanzlei wurden außerhalb der Registratur geführt.
- 18) <http://www.bundespraesidialamt.de> – Die Amtssitze – Schloss Bellevue – Die Geschichte, Abruf vom 15. April 2010. Vgl. bspw. auch BArch, B 122/66224, 66230-66233, 66252-66254, 66267 zu Beschaffung, Bau und Erhaltung von Schloss Bellevue.
- 19) BArch, N 1221/583.
- 20) [http://de.wikipedia.org/wiki/Theodor\\_Heuss](http://de.wikipedia.org/wiki/Theodor_Heuss), Abruf vom 15. April 2010.
- 21) Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945 bis 1955 (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 298, Studien zur Geschichte und Politik), Bonn, 1991.
- 22) BArch, B 122/7669.
- 23) BArch, B 122/7683 u.a..
- 24) BArch, B 288. Darin befinden sich Sachakten zu sämtlichen, die Ressorts betreffenden Fragen sowie Einzelfallakten, insbesondere Anträge auf Ausreisegenehmigung, teilweise unter Beifügung persönlicher Papiere.
- 25) Auf der Internetseite des BArchs werden zu ausgewählten Themen „Galerien“ angeboten, so auch zur Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der DDR: [http://www.BArch.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder\\_dokumente/01189/index.html.de](http://www.BArch.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder_dokumente/01189/index.html.de).
- 26) BArch, DA 5/12533. Hier befinden sich auch die Akkreditierungsurkunden von Günter Gaus und Franz Bertele sowie das Abberufungsschreiben für Hans-Otto Bräutigam.
- 27) Kabinettsprotokolle, vgl. Fußnote 4.
- 28) BArch, DA 5/12533.
- 29) BArch, B 138.
- 30) BArch, B 136 Anhang. Sammlung von Duplikaten der in der Sonderedition „Deutsche Einheit“ publizierten Dokumente. Für diese Sonderedition in der Reihe der „Dokumente zur Deutschlandpolitik“ (München, 1998) wurde die dreißigjährige Benutzungssperrfrist nach § 5,1 BArchgesetz vorfristig herabgesetzt.
- 31) BArch, B 157.
- 32) BArch, B 136. Aufgrund der überragenden Bedeutung des Bundeskanzleramtes als Schaltzentrale der Bundesregierung kommt dem Bestand Bundeskanzleramt eine besondere Stellung in der Gesamtüberlieferung des BArchs zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu. Inhaltlich ist das Archivgut von großer Aussagekraft und inhaltlicher Dichte geprägt und gibt Auskunft über die gesamte Bandbreite des Regierungshandelns. Die großen Linien in der Politik der Bundesregierung können genauso nachverfolgt werden wie die Sachpolitik, die sich in der Regel in Gesetzen, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften ausdrückte.
- 33) Unterlagen zum „Notopfer Berlin“ befinden sich insbesondere in den Überlieferungen des Bundeskanzleramtes (B 136/642, 643, 805, 1084, 2264, 2385) und des

- Bundesministeriums der Finanzen (B 126/2053, 6187-6188, 6204, 6338, 11657-11658, 13930, 51533-51539).
- 34) BArch, B 135. Die Zuständigkeit des Sonderministeriums von Robert Tillmanns erstreckte sich auf Berlin- und DDR-Fragen. Nach dem Tode Tillmanns am 12. November 1955 wurden seine Funktionen zunächst vom zuständigen Vertreter im Kabinett, Bundesminister für Familienfragen, Franz-Josef Wuermeling, abgewickelt. Nachdem das Personal anderweitig untergebracht war, wurde der Bundesminister für besondere Aufgaben Kraft mit der weiteren Abwicklung der Dienststelle beauftragt (Vgl. B 136/4706). Schriftgut vom BMS Tillmanns ist im Bestand B 135 nicht enthalten, lediglich in den Unterlagen des Gemeinsamen Büros der vier Sonderminister finden sich vereinzelte Hinweise auf seine kurze Tätigkeit. Über den Verbleib der Registratur Tillmanns konnten bisher keine gesicherten Feststellungen getroffen werden. In den Akten des Bundeskanzleramtes findet sich der Vorschlag, das Schriftgut Tillmanns zum Teil zu vernichten, zum Teil an das BArch abzugeben (B 136/4796). Da eine Abgabe an das BArch offenbar nicht stattgefunden hat, dürften sämtliche Dienstakten Tillmanns entsorgt worden sein.
- 35) Am 12. November 1955 starb der Bundesminister für besondere Aufgaben Robert Tillmanns in Berlin. Die Vorbereitungen des Bundeskabinetts für die Trauerfeier werden ausführlich in den Kabinettsprotokollen des Jahres 1955 widergegeben: Sondersitzung am 14. November 1955, TOP 1: Maßnahmen der Bundesregierung aus Anlass der Beisetzung des verstorbenen Bundesministers für Besondere Aufgaben Dr. Robert Tillmanns, Sondersitzung am 15. November 1955 TOP E: Beisetzung des Bundesministers Dr. Tillmanns, 106. Sitzung am 18. November 1955 TOP A: Beisetzung des Bundesministers Dr. Tillmanns. In: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, hrsg. für das BArch von Friedrich P. Kahlenberg, Band 8: 1955, bearbeitet von Michael Hollmann und Kai von Jena, München, 1997, S. 667-670, 677-678. Vgl. auch B 136/3895.
- 36) BArch, B 419: Das erste Umweltprogramm der Bundesregierung aus dem Jahre 1971 gab den Anstoß zur Einrichtung des Umweltbundesamtes (UBA). Das UBA sollte die im Umweltprogramm skizzierte Umweltpolitik der Bundesregierung umsetzen. Das Amt ressortierte beim Bundesministerium des Innern (BMI), weil ihm vorwiegend Aufgaben aus dessen Geschäftsbereich übertragen wurden. Das Gesetz über die Errichtung des Umweltbundesamtes vom 22. Juli 1974 (BGBl I 1974, S. 1505) wies dem UBA ausdrücklich allgemein die Zuständigkeit für Verwaltungsaufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Umwelt zu, die ihm auch von anderen obersten Bundesbehörden als dem BMI übertragen werden können. Zur Bearbeitung von Umweltthemen sind jeweils die Ministerialbestände B 106 Bundesministerium des Innern (bis zur Gründung des BMU 1986) und B 295 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU, ab Juni 1986) mit einzubeziehen. Aspekte des gesundheitlichen Umweltschutzes finden sich auch im Bestand B 208, Bundesgesundheitsamt. Für den Umweltschutz aus der Perspektive des Naturschutzes sind die Bestände B 245, Bundesanstalt für Naturschutz und Landschaftspflege sowie B 116 Bundesministerium für Landwirtschaft relevant. Vgl. auch B 136/21793, 30737.

## Staatsoberhaupt und Privatmann. Die persönlichen Papiere von Walter Scheel im Bundesarchiv

Walter Scheel (geboren 1919), war der bis zur Wahl von Christian Wulf (geboren 1959) jüngste Bundespräsident in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Am 15. Mai 1974 wurde er mit 530 Stimmen von SPD und FDP zu 498 Gegenstimmen der CDU/CSU im ersten Wahlgang von der Bundesversammlung gewählt. Am 1. Juli trat er als vierter Bundespräsident sein Amt an. Seine Amtszeit war geprägt von klaren Worten, vom Einsatz für mehr soziale Mitwirkungsrechte der Bürger und seinem Engagement für junge Menschen, die er immer wieder ermunterte, sich aktiv am politischen Leben zu beteiligen. Außenpolitisch galt sein Interesse besonders einem geeinten Europa. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse in der Bundesversammlung stellte sich Walter Scheel 1979 für die Wahl zum Bundespräsidenten nicht mehr zur Verfügung. Am 30. Juni 1979 schied er aus, aber auch nach seiner Amtszeit blieb er bis heute politisch aktiv. Er gehört verschiedenen Stiftungen und Gremien an und hat eine Vielzahl von Ehrenämtern inne.

Sein politisches Engagement, besonders im Amt des Bundespräsidenten, sowie sein gesellschaftliches Engagement in der Nach-Amtszeit ab 1979 belegen eine umfangreiche Korrespondenz, ausgewählte Reden, Sitzungsunterlagen und Diskussionsbeiträge, Termin- und Wochenpläne, Tageskopien, Presseberichte u. ä., die im (Teil) Nachlass N 1417 Walter Scheel im Bundesarchiv in Koblenz in 802 Aktenbänden überliefert sind. Zum Bestand liegt seit April 2011 ein Online-Findbuch vor. Die Benutzung der Unterlagen ist an besondere Bedingungen gebunden.

### Bestandsgeschichte

Im Oktober 1992 nahm das Büro von Bundespräsident a. D. Walter Scheel angesichts der bevorstehenden Teilauflösung bzw. des bevorstehenden Umzugs Kontakt zum Bundesarchiv auf, um sich über eine mögliche Archivierung der Papiere im

Bundesarchiv zu informieren. Bereits einen Monat später konnte die erste Abgabe im Umfang von 200 Aktenordnern übernommen werden. Im Frühjahr 1994 wurde der Übereignungsvertrag, der auch die Abgabe weiterer Papiere regelt, mit Walter Scheel geschlossen. Weitere Aktenzugänge erfolgten in den Jahren 2001, 2002 und 2005.

Bereits 1994 war im Bundesarchiv bekannt, dass auch das Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung Unterlagen von Walter Scheel verwahrt. Von Seiten der Archivare des Bundesarchivs wurde 1994 und 2002 die Bitte an Walter Scheel heran getragen, seine Papiere nicht weiter auf zwei Institutionen zu verteilen. Diesem Wunsch wurde entsprochen und zunächst entschieden, dass die Korrespondenz und die Vorgänge, die Regierungshandeln betreffen, zu gegebener Zeit an das Bundesarchiv abgegeben werden<sup>1</sup>.

Im März 2006 konnten Bundesarchiv und Friedrich-Naumann-Stiftung gemeinsam mit Walter Scheel die Vereinbarung darüber treffen, welche Unterlagen das jeweilige Archiv künftig erhält: Unterlagen aus den oder im Zusammenhang mit den Parteifunktionen Walter Scheels werden künftig an die Friedrich-Naumann-Stiftung abgegeben; alle persönlichen Unterlagen, darunter auch der umfangreiche Briefwechsel, und die Unterlagen aus dem Zusammenhang mit seinen staatlichen Ämtern, erhält das Bundesarchiv<sup>2</sup>. Gleichzeitig vereinbarten beide Archive, die Nachlasspapiere zeitnah zu erschließen, die Erschließungsergebnisse auszutauschen und, soweit möglich, der Forschung gemeinsam zur Verfügung zu stellen.

Im Sommer 2006 konnte ein Werkvertrag zur Erschließung des Nachlasses Walter Scheel mit Frau Dr. Birgit Ramscheid abgeschlossen werden. Ziel war es, die Abgaben aus den Jahren 1992 bis 2006 archivisch zu ordnen, zu bewerten und mit dem Datenbanksystem des Bundesarchivs nach den geltenden Ordnungs- und Verzeichnungsrichtlinien zu erschließen. Grundlage dafür bildeten

die bei jeder Abgabe erstellten Übergabeverzeichnis, die neben einer kurzen inhaltlichen Beschreibung auch die jeweilige Datierung des einzelnen Bandes enthielten. Die Einzelbände wurden direkt bei der Übernahme signiert.

Bei der Bewertung der Unterlagen wurde eher vorsichtig vorgegangen. Ausgesondert wurden Bücher und Druckschriften, die keine Lesespuren enthielten, Broschüren, meist touristischen Inhalts, Drucksachen und Umdrucke, in der Regel des Deutschen Bundestages, sowie Doppelüberlieferungen und Unterlagen ohne Überlieferungswert, zum Beispiel durch den Bundespräsidenten abgelehnte Einladungen ohne weitere Bearbeitungsspuren. Die Bücher und Druckschriften konnten in die Dienstbibliothek des Bundsarchivs übernommen werden. Die übrigen Unterlagen wurden nach Zustimmung durch Walter Scheel kassiert. Die überlieferten Fotos wurden an das Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung abgegeben, da dort bereits ein umfangreicher Fotobestand mit 6365 Aufnahmen vorlag<sup>3</sup>.

Der überlieferte Ordnungszustand innerhalb der Einzelbände konnte weitgehend beibehalten werden. Auch die bereits vergebenen Archivsignaturen blieben erhalten, da der Nachlass bereits vor der Erschließung benutzt und zitiert worden war. Inhaltlich unterschiedliches Material in einem Aktenband wurde durch eine intensivere Verzeichnung abgebildet. Ein wesentlicher Bestandteil des Nachlasses ist die sehr umfangreiche Korrespondenz, die sich in allgemeine und politische Korrespondenz, Glück-, Festtags- und Genesungswünsche sowie Kondolenzteilen und in entsprechenden Korrespondenzserien abbilden ließ. Innerhalb der einzelnen Bände wurden die wichtigsten Korrespondenzpartner namentlich erfasst, eine Auswahl, die zweifelsohne subjektiv ist.

Mit dem Erarbeiten einer ersten Grobklassifikation für den Bestand konnte der erste Arbeitsabschnitt im Frühsommer 2007 von Frau Dr. Ramscheid abgeschlossen werden. Die Bearbeitung der weiteren Zugänge schloss sich in den Jahren 2009/10 an. Die abschließende Bearbeitung des bisher im Bundesarchiv verwahrten Bestandes konnte mit der Erarbeitung der endgültigen Klassifikation und der Zuordnung der Aktenbände im Frühjahr 2011 vorerst beendet werden.

## Inhalt der Überlieferung

Der im Bundesarchiv überlieferte Nachlass Walter Scheels dokumentiert dessen Wirken ab den Jahren 1968/69, dabei setzt die Hauptüberlieferung erst mit der Wahl zum Bundespräsidenten 1974 ein, der Schwerpunkt liegt auf der Nach-Amtszeit ab 1979.

Aus den frühen Jahren vor 1974 sind nur wenige Unterlagen zum politischen und öffentlichen Wirken überliefert. So finden sich im Nachlass nur Glückwünsche zur Wahl des FDP-Bundesvorsitzenden 1968 und zur Ernennung zum Bundesminister des Auswärtigen 1969, wenige Korrespondenz aus der Zeit als Bundesminister, eine Pressesammlung und vereinzelte Sachakten, u. a. zur Entwicklungspolitik oder zur „Düsseldorfer Aktion, 1965/66“.

Den ersten Überlieferungsschwerpunkt bildet die Amtszeit Walter Scheels als Bundespräsident mit seinen Termin- und Wochenplänen sowie einer Überlieferung von Tageskopien. Daneben sind die Vorlagen des Persönlichen Referenten für den Bundespräsidenten, eine umfangreiche Pressesammlung sowie Sachakten vor allem mit Gesprächsnotizen des Bundespräsidenten vorhanden. Politische Korrespondenz in Form von reinen Korrespondenzakten sowie Reden oder Ansprachen sind nicht überliefert.

Den zweiten und umfangreichsten Überlieferungsschwerpunkt bildet das Wirken Walter Scheels in der Zeit nach seinem Ausscheiden aus dem Amt des Bundespräsidenten. So belegt diese sehr dichte Überlieferung zum Beispiel seine Tätigkeit als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Entwicklungsgesellschaft oder seinen Vorsitz bei der Bilderberg-Konferenz in den Jahren 1980 bis 1985. Das Schriftgut des Aktionskomitees für die Europäische Union, des Deutschen Rates für europäische Politik, der Europa-Union Deutschland, des Instituts für europäische Politik, des Europäischen Jahrs der Musik oder der Europäischen Kulturinitiative spiegeln das Interesse Walter Scheels an einem geeinten Europa und für den Erhalt von Frieden und Demokratie wider. So sind seine Tätigkeiten in Vorständen, in Verwaltungs- und Aufsichtsräten oder in der Geschäftsführung vor allem in Sitzungsunterlagen und

-protokollen, in Resolutionen, Beiträgen oder Ansprachen, in einer umfangreichen Korrespondenz - u. a. mit Hans-Dietrich Genscher, Hans-Jochen Vogel, Ralf Dahrendorf, Gerhard Eickhorn, Peter Boenisch, Werner Ungerer - oder in Pressestimmen belegt.

Sein Engagement als Mitglied des Verwaltungsrates des Germanischen Nationalmuseums, ab 1993 als dessen Vorsitzender, oder als Kuratoriumsvorsitzender, später Ehrenvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung belegen vor allem die Bände mit Sitzungs- und Arbeitsunterlagen. Aber auch seine Tätigkeit als Präsident des Direktoriums für Vollblutzucht und Rennen, sein Mitwirken im Medienrat Berlin-Brandenburg oder seine Betätigung in verschiedenen Verbänden oder Organisationen lässt sich anhand von Korrespondenz, Pressestimmen, Versammlungsprotokollen oder Tagungsberichten nachvollziehen. Walter Scheels Leidenschaft für den Golfsport und sein damit verbundenes Engagement dokumentieren Unterlagen über die Organisation von Turnieren, auch für karitative Zwecke.

Für die Zeit nach seinem Ausscheiden aus dem Präsidentenamt ist zudem eine sehr umfangreiche Serie mit allgemeiner sowie politischer Korrespondenz für die Jahre 1979 bis 1996 mit weit über einhundert Einzelbänden überliefert. Für die

Zeit ab 1968 ist eine umfangreiche private Korrespondenz im Nachlass vorhanden, die jedoch überwiegend Glück- und Genesungswünsche sowie Kondolenz zum Tod von Mildred Scheel enthält. Seine Korrespondenzpartner, politisch wie privat, sind u. a. Rainer Barzel, Ignatz Bubis, Aenne Burda, Willi Daume, Eberhard Diepgen, Peter Dussmann, Theodor Eschenburg, Katharina Focke, Walter Hallstein, Rolf Italiaander, König Hussein von Jordanien, Ludwig Kattenstroth, Walter Leisler-Kiep, Helmut Kohl, Robert von Lucius, Franz Oppenheimer, Herbert Quandt, Helmut Schmidt, Georg Schreiber, Gerhard Schröder, Christian Schwarz-Schilling, Günter Verheugen, Wolfgang Wagner.

Persönliche Unterlagen wie Zeugnisse, Lebensläufe, Tage- oder Notizbücher, Taschenkalender, Ausweise etc. sind nicht überliefert. Lediglich die von Bürgern zugesandten und oft mit Kommentaren versehenen Presseartikel berichten über das private Leben der Familie Scheel.

Ergänzend zum Nachlass sind für die Amtszeit als Bundesminister und als Bundespräsident vor allem die Bundesarchiv-Bestände B 122 Bundespräsidialamt und B 213 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu nennen.

*Manuela Lange*

#### **Anmerkungen**

- 1) vgl. Dienstakte zum Erwerb des Nachlasses, 4211/Scheel, Walter.
- 2) dgl.
- 3) Friedrich-Naumann-Stiftung, Kurzübersicht der Bestände, Nachlass Walter Scheel.

## Der Bestand R 4701 Reichspostministerium, Teil 2: Die Organisation der Post

Die Post besaß von allen Reichsverwaltungszweigen den umfangreichsten und am klarsten strukturierten behördlichen Unterbau, der 1871 vom preußischen Postwesen übernommen worden war. Bis zur Zerschlagung des Deutschen Reichs 1945 gab es drei Ebenen, an deren Spitze als oberste Reichsbehörde das Reichspostamt/Reichspostministerium stand. Es gliederte sich seit 1880 in die drei Abteilungen für Post (I), für Telegraphen- (und bald Fernsprech-)wesen (II) und für Personal-, Etat-, Rechnungs- und Bauwesen (III).

1880 wurde Heinrich von Stephan zum Staatssekretär des Reichspostamtes ernannt und damit den Leitern der übrigen inzwischen errichteten Reichsämtler gleichgestellt. Die Abteilung III wurde 1896 geteilt, dort verblieben die allgemeinen Verwaltungsangelegenheiten, während fortan die Abteilung IV das Personal-, Kassen- und Rechnungswesen zu bearbeiten hatte. Später gingen Kassen- und Rechnungswesen wieder auf die Abteilung III über und Abteilung IV behielt nur die Personalangelegenheiten.

Ab 1919, nunmehr als Reichspostministerium, erweiterten eine fünfte Abteilung für das Funkwesen und eine sechste für soziale Angelegenheiten die Organisationsstruktur. Die Abteilung VI fiel allerdings nach der Inflation 1924 wieder fort. Zugleich vertauschten die Abteilungen III und V ihre Bezeichnungen, so dass in dieser das Haushalts-, Kassen- und Bauwesen, in jener das Telegraphen- und Funkwesen bearbeitet wurden, während die Abteilung II für das Fernsprechwesen, anfangs noch vereinigt mit den Telegraphenbauangelegenheiten, zuständig war. Am 1. Juni 1926 trat eine weitere Abteilung für Wirtschafts- und Organisationsfragen hinzu, die aus dem bisherigen Wirtschaftsreferat gebildet wurde. Seit 1926 gab es schließlich die folgenden acht Abteilungen:

Abt. I	Postwesen
Abt. II	Telegraphen- und Fernsprechtechnik und Fernsprechbetrieb
Abt. III	Telegraphenbetrieb und Funkwesen
Abt. IV	Personalwesen
Abt. V	Haushalts-, Kassen, Postscheck- und Bauwesen
Abt. VI	in München, für Bayern, 1934 aufgelöst
Abt. VII	für Württemberg, 1934 aufgelöst
Abt. VIII	Wirtschaftsabteilung. Ab 1934 Abt. VI, später als Abt. für Kraftfahrwesen, Maschinentechnik und Beschaffungswesen bezeichnet. Ab 30. November 1942 Abt. VII: Verselbständigung aller Funk- und Fernsehangelegenheiten aus Abt. III (seit 1940 bereits als „Sonderabteilung FI“ unmittelbar dem Staatssekretär Flanze [zugleich Präsident des Reichspostzentramts] unterstellt)

Das Ministerium wurde unter der nationalsozialistischen Herrschaft 1938 um eine Zentralabteilung (Min-Z) für politische Aufgaben und Fragen der Personalführung erweitert. Während des Krieges traten eine Auslandspolitische und eine Kolonialabteilung sowie eine Abteilung Ost hinzu. Vorübergehend wurde auch eine Sonderabteilung F 1 für Rundfunkangelegenheiten gebildet.

Während des Zweiten Weltkrieges richtete sich die Organisation des Postwesens in den annektierten und besetzten Gebieten nach der Art und Intensität ihrer Einbeziehung in den nationalsozialistischen Machtbereich. In den annektierten Gebieten wurde die Postverwaltung vollständig von der Deutsche Reichspost übernommen. In den meisten besetzten Gebieten dagegen blieben die Posteinrichtungen der jeweiligen Länder bestehen. Neben ihnen arbeitete die Feldpost weiter. Für die Versorgung der deutschen Besatzungsbehörden entstand in verschiedenen Verwaltungsgebieten, so zum

Beispiel im „Protektorat Böhmen und Mähren“ (1939–1945), in den Niederlanden (1940–1945), Norwegen (1942–1945), „Adria und Alpenland“ (beide 1943–1945), „Ostland“ und „Ukraine“ (beide 1941–1944) eine Deutsche Dienstpost. Die Deutschen Dienstposten „Ostland“ und „Ukraine“, jeweils unter einem Generalpostkommissar, versahen zugleich die Geschäfte der als Landespost fingierten „Deutschen Post Ostland“ bzw. „Deutschen Post Ukraine“. Die vom Reichspostministerium unternommenen Versuche einer zentralen Leitung des Nachrichtenwesens aller annektierten und überfallenen Gebiete scheiterten an dem letztlich durchgesetzten Grundsatz von der Einheit der Verwaltung im jeweiligen Territorium.

Für die Erledigung spezieller Sachgebiete bestanden im Reichspostministerium eine Reihe von Fachbüros, wie zum Beispiel das Feldpost-, Kraftfahr-, Bauverwaltungs- und Scheckbüro.

### Weitere Dienststellen

Dem Reichspostministerium waren folgende Dienststellen unmittelbar angegliedert bzw. unterstellt:

- die Generalpostkasse als Organ der gesamten Kassenverwaltung des Post- und Telegraphenwesens,
- das Postanweisungsamt, das seit dem 1. April 1912 der Oberpostdirektion Berlin als Postrechnungsamt unterstellt war,
- das Postzeitungsamt, ab 1. Januar 1918 ebenfalls der Oberpostdirektion Berlin unterstellt.
- die Postversicherungskommission für Angelegenheiten der Unfall- u.a. -fürsorge, die am 1. August 1926 auf die neu gegründete Versorgungsanstalt der Deutschen Reichspost überging. Mit dieser Körperschaft des öffentlichen Rechts wurde die vorher unterschiedlich geregelte Zusatzversorgung für das Postpersonal vereinheitlicht: Die Beiträge wurden zu zwei Dritteln von der Deutschen Reichspost und zu einem Drittel von den Versicherten selbst getragen,
- das Telegraphentechnische Reichsamt, 1920 gegründet. 1928 übernahm es unter der neuen Bezeichnung Reichspostzentramt<sup>1</sup> weitere Aufgaben aus dem Reichspostministeriumsbe-

reich, wie z. B. Bahnpostfragen, Poststatistik, Ausbildungs- und Unterrichtsangelegenheiten, Kassen- und Rechnungswesen und Beschaffungswesen,

- das 1872 gegründete Reichspostmuseum,
- die Reichspostbaudirektion, 1937 gebildet zur Realisierung der postdienstlichen Bedürfnisse bei der baulichen Neugestaltung Berlins,
- das nach der Annexion Österreichs im März 1938 übernommene Postsparkassenamt in Wien. Es hatte in unmittelbarer Unterordnung unter das Reichspostministerium die zentrale Kontenführung für den Postsparkassendienst wahrzunehmen, nachdem dieser auf das „Altreich“ ausgedehnt worden war.

Eine Sonderstellung kam dem „Postschutz“, einer paramilitärischen Vereinigung unter dem Dach des Postministeriums, zu. Die Reichsführung der SS und die Oberste SA-Führung einigten sich im Juni 1935 auf verbindliche Regelungen hinsichtlich der Zugehörigkeit von Postbediensteten zur SA oder SS. Der Postdienst und damit auch der Postschutzdienst erhielten Vorrang vor „jeglicher Inanspruchnahme durch die SA und SS. Durch die Beanspruchung für Zwecke der SA und SS außerhalb des Postdienstes darf die ordnungsgemäße Abwicklung des Postdienstes nicht leiden“. Der Postschutz war uniformiert und einheitlich bewaffnet<sup>2</sup>.

Spezialprobleme der Fernsichttechnik untersuchte die am 1. Januar 1937 gegründete Forschungsanstalt der Deutschen Reichspost<sup>3</sup>. Zu ihren Aufgaben gehörte die Weiterentwicklung der Forschungsgebiete zu militärischen Zwecken:

„1. Fernsehen; 2. allgemeine Physik, insbesondere Atomphysik, Optik, Akustik, Elektronik; 3. Chemie; 4. Sonderaufgaben für den Vierjahresplan“<sup>4</sup> wie aus einem von Wilhelm von Ohnesorge unterzeichneten Dokument hervorgeht. Zunächst als Staatssekretär und dann ab 1937 als Reichsminister zeigte er immer ein besonderes Interesse für die Übertragung von Bildsignalen über Draht und Funk.

Nicht in den Behördenaufbau der Reichspost eingegliedert, aber mit deren oberster Leitung in Personalunion verbunden, war die Reichsdruckerei. Am 1. April 1879 wurde sie als selbständiges Reichsunternehmen der Reichspost- und

Telegraphenverwaltung unterstellt. Durch ihre Erzeugnisse unterhielt sie engste Beziehungen zur Reichspost, da zum Beispiel Postwertzeichen, Postschecks, das Reichskursbuch u.a. für Rechnung der Postkasse hergestellt wurden.

### **Die Oberpostdirektionen/Reichspostdirektionen und die Postanstalten**

Die Oberpostdirektionen (OPD) als Mittelbehörden zwischen der Berliner Zentrale und den Postanstalten entstanden bereits 1850 in Preußen. Sie zählten nach ihrer Übernahme in die Reichspost zu den höheren Reichsbehörden. Das Reichspostministerium delegierte an sie immer zahlreichere Zuständigkeiten, so dass ihre Handlungsfreiheit ständig wuchs und sie allmählich zum Schwerpunkt der Postverwaltung wurden. 1928 kam es zur Errichtung Geschäftsführender Oberpostdirektionen, die zusammenfassend für eine Bezirksgruppe (= mehrere OPD-Bezirke) die Federführung für bestimmte Aufgaben übernahmen (u.a. Ausbildungs- und Unterrichtswesen sowie Beschaffungs- und Versorgungswesen). 1934 bis 1945 als Reichspostdirektionen (RPD) bezeichnet, unterlagen sie in ihrem Gebietsumfang und in ihrer Anzahl vielen Veränderungen. Im Jahre 1943 gab es 51 RPD.

Für mehrere OPD/RPD zuständig und insofern auch als Mittelbehörden anzusehen waren die Postscheckämter (1909 gebildet), die Telegraphenbauämter und die Telegraphenzeugämter (1920 eingerichtet).

Die Postanstalten, im Bereich der Deutschen Reichspost als Verkehrsämter und Arbeitsstellen bezeichnet, bildeten die örtlichen Dienststellen der untersten Stufe; sie waren der jeweils räumlich am nächsten gelegenen OPD/RPD untergeordnet. Zu den örtlichen Dienststellen gehörten nicht nur die bis 1924 in drei Klassen eingeteilten Postämter (erst seit 1924 einheitliche Bezeichnung Postamt), sondern auch die diesen unterstellten Postagenturen, Posthilfsstellen, Bahnpostämter, Telegraphen- und Fernsprechämter sowie öffentliche Sprechstellen in den Gemeinden. Im Jahre 1942 gab es im Deutschen Reich circa 70.000 solcher Ämter und Arbeitsstellen.

### **Aktenordnung und Quellenlage**

Kennzeichnend für die Registraturverhältnisse im Reichspostministerium bis 1928 war die Unterteilung in „Geheimes Archiv“ und „Geheime Registratur“.

In das „Geheime Archiv“ wurden die Generalakten und wichtigsten Spezialakten aus der „Geheimen Registratur“ übernommen, ebenso auch historisch wertvolle Akten aus den aufgelösten Postverwaltungen der deutschen Länder, so dass es sich immer mehr zu einem Auslesearchiv entwickelte. Demgegenüber stellte die „Geheime Registratur“ die eigentliche, allgemeine Registratur des RPM dar. Sie bestand aus einer häufig wechselnden Anzahl von Registraturstellen. Mitte der 1920er Jahre gab es derer siebzehn. Durch die Bildung von sogenannten Fachakteien für einzelne Arbeitsgebiete, wie zum Beispiel „Bp“ (Postbankverkehr) oder „Zp“ (Postzeitungswesen), wurde die Zahl der Registraturstellen stark vermindert.

Am 1. Januar 1928 wurde im RPM und wenig später im Gesamtbereich der Deutschen Reichspost ein Aktenplan in Kraft gesetzt, der in seinen Grundzügen noch in der Deutschen Bundespost und in der Deutschen Post der DDR bis zu deren Ende gegolten hat. Er bestand aus acht Hauptgruppen, die im wesentlichen der vorliegenden Klassifikation des Aktenbestandes entsprechen.

Zwischen 1933 und 1941 gab das RPM ca. 2.200 historisch wertvolle Akteneinheiten, die im Dienstbetrieb nicht mehr benötigt wurden, an das Reichsarchiv ab. Der größte Teil der Akten wurde zusammen mit anderen Beständen in die Kalischächte bei Staßfurt und Schönebeck ausgelagert. Sie überstanden dort ohne nennenswerte Verluste den Krieg. Die vom Reichsarchiv nicht ausgelagerten Akten, vor allem der Teilbestand Reichsdruckerei, sind beim Luftangriff auf Potsdam im April 1945 verbrannt. Verluste sind auch bei den in den verschiedenen Dienststellen des RPM verbliebenen Akten zu verzeichnen, vor allem in insgesamt fünfzehn Ausweichstellen auf dem Land, wohin das Schriftgut seit 1943 sukzessive verlagert worden war, aber auch im RPM-Gebäude selbst, das durch mehrere Bombentreffer in den Jahren 1943 bis 1945 schwer beschädigt wurde.



Der Gesamtaktenverlust des RPM wurde nach 1945 auf die Zahl von 2.417 Aktenordnern beziffert<sup>5</sup>. Die vorhandenen Akten bildeten den Grundstock für den später als R 4701 I bezeichneten Bestandteil, der sich bis 1990 im Zentralen Staatsarchiv in Potsdam<sup>6</sup> (ZStA) befand und mit der deutschen Einheit in das Bundesarchiv überging.

### Der Bestand zum Zeitpunkt der Retrokonversion

Für die Zeit seit 1945 muss der Aktenbestand des Reichspostministeriums differenziert betrachtet werden, weil seine insgesamt vier Teile auf sehr unterschiedlichen Wegen ins Bundesarchiv gelangt sind und dementsprechend auch nicht nur ihre eigene Überlieferungsgeschichte, sondern auch eigene Findmittel, eigene Signaturen usw. erhalten hatten<sup>7</sup>. Beispielsweise wurden die Kennbuchstaben B, D, GA, und P als Signaturzusatz verwendet, was sich nicht nur in der archivischen Praxis zuweilen als recht unpraktisch erwies und des öfteren zu Verwechslungen führte<sup>8</sup>.

Schon lange war vorgesehen, alle Teile in einem gemeinsamen Findbuch zu erfassen. Seit etwa 1990 bediente man sich nachfolgender Unterscheidungsmerkmale, die jedoch im archivischen Alltag kaum zum Tragen kamen:

#### Bestandteil R 4701 I, ehemals R 47.01 – Potsdam bis 1990

Dabei handelt es sich um den Bestand, der im Zentralen Staatsarchiv Potsdam lagerte – der größte Teil der Überlieferung. In der Regel wurde die Bezeichnung R 4701 I nicht verwendet, sondern nur R 4701 mit nachfolgender Signatur, früher dezimalklassifiziert 47.01. Hierin befanden sich auch die oben genannten Akten mit den zusätzlichen Kennbuchstaben.

Dieser vom Reichsarchiv ausgelagerte Teil des Bestandes wurde 1950 in das damalige Deutsche Zentralarchiv Potsdam<sup>9</sup> überführt. Der Hauptteil der Akten wurde dann in den Jahren 1957, 1960 und 1966 vom Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der DDR abgegeben. Darunter be-

fanden sich jedoch zunächst nur die Altakten mit einer Laufzeit bis zum Jahre 1928. Die Akten seit der Einführung des Aktenplanes 1928 verblieben noch im Ministerium und wurden erst 1983 an das Zentrale Staatsarchiv Potsdam übergeben, allerdings bei weitem nicht vollständig<sup>10</sup>.

Außerdem waren 1961 auch Akten aus ehemaligen Auslagerungsstätten in das DZA Potsdam gelangt. Ebenfalls Anfang der 1960er Jahre waren alle Akten, die in preußischen Postzentralbehörden vor 1868 entstanden und abgeschlossen waren, zuständigkeitshalber an die damalige Historische Abteilung II des DZA in Merseburg abgegeben worden. Diese Akten befinden sich heute im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin-Dahlem (GStA).

Mehrere Male ist offenbar der Bestand zu DDR-Zeiten einer grundsätzlichen Betrachtung und darauffolgenden Bearbeitung unterzogen worden, wie vorgefundene Bearbeitungspläne und -berichte belegen. Letztmalig war das 1978 geschehen<sup>11</sup>. Das dabei entstandene Ordnungsschema ist im Wesentlichen auch Grundbestandteil der vereinigten Bestände des Reichspostministeriums geworden.

Die Akten der folgenden, dem RPM nachgeordneten Dienststellen wurden ebenfalls 1976 bis 1978 ausgegliedert und als eigene Bestände formiert<sup>12</sup>:

R 4702	Reichspostzentralamt
R 4703	Oberpostdirektionen Metz und Straßburg
R 4704	Der Sonderbeauftragte der Deutschen Reichspost in Spanien
R 4705	Forschungsstelle der Deutschen Reichspost

#### Bestandteil R 4701 II, Potsdam 1983 und Berlin 1990

In der Praxis wurde die Bezeichnung R 4701 II nicht verwendet. Sie war vorgesehen für Akten des RPM aus dem Verwaltungsarchiv des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen der DDR, die in den Jahren 1983/84 abgegeben wurden, aber rasch in den Bestand R 4701 integriert wurden<sup>13</sup>. Weiterhin sind diesem Bestandteil zuzuord-

nende Archivalien in einer Menge von ca. 30 lfm im Dezember 1991 völlig ungeordnet dem Bundesarchiv übergeben worden<sup>14</sup>, die bei der Auflösung des Verwaltungsarchivs des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen der DDR im Dezember 1991 gefunden worden waren. Angesichts der Unüberschaubarkeit dieses Konvolutes ist ein 1997 begonnener Versuch, die Akten zu integrieren, offenbar zunächst nicht weiter verfolgt worden<sup>15</sup>.

### **Bestandsteil R 4701 III, Koblenz 1985 – Akten der Abteilung München**

Die Akten der Abteilung München des Reichspostministeriums verblieben nach deren Auflösung 1934 für Jahrzehnte in München. Nach langwierigen Verhandlungen wurden sie schließlich Ende 1985 zuständigkeitshalber an das Bundesarchiv abgegeben. Über den endgültigen Verbleib verständigten sich zuletzt Bundesarchiv und Bayerisches Hauptstaatsarchiv im Jahre 2008<sup>16</sup>. Der Bestand wurde zwar nach 1990 unter R 4701 vereinnahmt, jedoch in praxi lange unter „Alt R 48 Abt. München“ geführt.

### **Bestandsteil R 4701 IV, Koblenz – Aktenrückgaben aus den USA und den Niederlanden**

Am 13. Mai 1958 gelangten im Zuge einer Rückgabe aus der amerikanischen Departmental Records Branch in Alexandria/Va. 27 Behälter mit Akten des Reichspostministeriums nach Koblenz. Weitere zwei Pakete, hauptsächlich Bauakten, erhielt das Bundesarchiv am 11. Januar 1960 vom Bundespostmuseum in Frankfurt/Main; auch sie dürften sich vorher in amerikanischem Gewahrsam befunden haben. Schließlich kamen fünf Aktenhefte mit einem in den Vereinigten Staaten gebildeten Mischbestand ins Bundesarchiv.

Bei den nunmehr vereinigten verschwindend wenigen Akten des Reichspostministeriums, die sich in Koblenz befanden, handelte es sich überwiegend um Handakten. Der archivischen Ordnung wurde der Aktenplan des Reichspostministeriums zugrunde gelegt, wobei die Handakten nach dem jeweils am häufigsten vorgefundenen Aktenzeichen eingeordnet wurden. Kassiert wur-

den verschiedene versprengte Schriftstücke ohne Wert. Eine Reihe von Personalaufstellungen und ähnlichen nicht archivwürdigen Unterlagen, darunter eine vollständige Kartei der Beamten des Reichspostministeriums und der höheren Beamten der Reichspostdirektionen nach dem Stand 1. April 1945, wurde an das Bundesministerium für Post- und Fernmeldewesen abgegeben<sup>17</sup>.

Im Zuge der Rückführung deutscher Akten aus den Niederlanden gelangten im Oktober 1974 auch drei Bündel Schriftgut der Provenienz „Deutsche Dienstpost in den besetzten niederländischen Gebieten“ in das Bundesarchiv. Die circa 2.000 Runderlasse und ca. 50 Pressemitteilungen des ehemaligen Reichspostministeriums wurden zu 20 Bänden formiert<sup>18</sup>.

Auch die Signaturen dieses Bestandes gingen in R 4701 auf, auch hier hielt sich in praxi lange „Alt R 48“, die Bezeichnung R 4701 IV wurde meist nicht verwendet.

### **Besondere Verfahrensweisen im Zentralen Staatsarchiv Potsdam**

Wenn auf die Überlieferung Bezug genommen wird, kommt man nicht umhin, Verfahrensweisen kritisch hinterfragen zu müssen, die in den 1970er Jahren im ZStA im Zusammenwirken mit anderen DDR-Dienststellen praktiziert wurden.

Einer fragwürdigen Vorgehensweise bediente man sich im Zentralen Staatsarchiv. Aus den Dienstakten geht hervor, dass ca. 5.000 Akten<sup>19</sup>, obwohl einmal kassiert, Ende der 1970er Jahre dem damaligen Postmuseum der DDR und heutigen Museum für Kommunikation in Berlin übergeben wurden, darunter auch Akten eines bereits 1960 angelegten Findbuches für die Akten des „Geheimen Archivs“, aus dem Archivalien kassiert wurden. Dies gilt heute in Fachkreisen als nicht nachvollziehbar, da es sich um einen bis dahin homogenen Bestand handelte<sup>20</sup>. Dem Zufall, aber auch dem verantwortungsvollen Handeln der Mitarbeiter des Museums und der Aufmerksamkeit von Archiv- und Museumsbenutzern ist es zu verdanken, dass diese Akten weiterhin der historischen Forschung zur Verfügung standen.

An das Reichspostmuseum 64  
(Beschränkter Wettbewerb)

An dem beschränkten Wettbewerb  
zur Erlangung von Briefmarken  
bin ich bereit unter den mir  
mitgeteilten Bedingungen teil-  
zunehmen.

Hochachtungsvoll

Thomas Theodor Heine

Diessen<sup>a</sup>/Sussex

Oberbayern

20 XII 19

Thomas Theodor Heine, Mitbegründer des „Simplicissimus“ und „Erfinder“ der dort abgebildeten roten Bulldogge erklärt sich bereit, an einem Briefmarken-Wettbewerb teilzunehmen. BArch, R 4701/7879

Nachdem das Bundesarchiv Ende 2008 einem Benutzerhinweis nachging, verhandelte man in den Jahren bis 2011 mit der Museumsstiftung Post und Telekommunikation über die im Berliner Museum für Kommunikation gelagerten Akten. Im Ergebnis der Verhandlungen konnten im Februar 2011 auf Grundlage einer Vereinbarung zwischen beiden Einrichtungen insgesamt 4.261 Akten übernommen werden. Diese werden nun in relativ kurzer Zeit dem „Stammbestand“ hinzugefügt<sup>21</sup>.

Ebenso ungewöhnlich ist die Tatsache, dass man im ZStA, gleichfalls Ende der 1970er Jahre, Kasanda aus dem Potsdamer Bestand des Reichspostministeriums staatlichen Auktionshäusern der DDR zur öffentlichen Veräußerung übergeben hatte. Dabei fungierte das damalige Staatsarchiv Leipzig als Zwischenstation und Vermittler. Offenbar unter Druck geraten, rief das DDR-Postministerium wenig später bereits zur Auktion freigegebene Akten wieder zurück. Dennoch sind in dieser Zeit weit über 100 „Auktionslose“ versteigert worden und in Privathand gelangt<sup>22</sup>.

Eine drittes Kuriosum in der Reihung ist die mit Sanktionierung der damaligen DDR-Dienststellenleitung erfolgte Aufbewahrung von als kassiert geltenden Akten für Zwecke der praktischen Ausbildung von Lehrlingen und Studenten, offenbar um Studien etwa über Geschäftsgang und Aktenbildung zu betreiben oder das Lesen der Sütterlinschrift zu üben<sup>23</sup>.

### Die weitere Bearbeitung des Bestands<sup>24</sup>

In den Jahren 2007 bis 2009 wurde eine Bestandsrevision und eine Neukartонierung durchgeführt. Zugleich erhielten die Akten im Sinne einer Vereinheitlichung und Datenbankfähigkeit neue Signaturen. So haben die Akten der vormaligen Bestandteile mit den Kennbuchstaben B, D, GA, und P völlig neue Archivsignaturen erhalten<sup>25</sup>. Die Akten des ehemaligen Bestandes R 48 (Koblenzer Teil und Abteilung München) sind ebenfalls nunmehr endgültig in R 4701 integriert worden und tragen neue Signaturen<sup>26</sup>.

Alle signaturtechnischen Veränderungen sind durch das mit der Retrokonversion beauftragte Unternehmen während der Datenaufnahme ent-

sprechend einer Erfassungsanweisung vorgenommen worden. Die Altsignaturen wurden im Zuge der retrokonservatorischen Maßnahmen mit erfasst, so dass eine Online-Suche auch über die Eingabe der Altsignatur möglich ist. Die notwendigen Konkordanzlisten stehen nur handschriftlich zur Verfügung, was dem kombinierten Arbeitsablauf Kartонierung-Bestandsaufnahme geschuldet ist. Die Listen sind jedoch gescannt worden und stehen für den Bedarfsfall im PDF-Format den zuständigen Bearbeitern und Mitarbeitern des Benutzersaales sowohl per PC als auch als Ausdruck zur Verfügung<sup>27</sup>.

Die vorher bestehende Gliederung des Potsdamer Bestandes sollte weitgehend beibehalten, die ehemaligen Koblenzer Akten darin integriert werden. Das allerdings erwies sich bei nochmaliger kritischer Prüfung der größtenteils aus der DDR-Zeit stammenden Klassifikation als nicht durchführbar. Der Bestand wurde neu klassifiziert, die Aktenpläne von 1938/39 bildeten dabei im Wesentlichen die Grundlage.

Der Teilbestand der Abteilung VI München ist als neuer Gliederungspunkt in die Klassifikation aufgenommen worden. Schlussendlich wurden die über die Retrokonversion erstellten Datensätze mit den bereits vorhandenen in der Datenbank BASYS-S vereinigt.

Nach Aufnahme der o.g. übernommenen Akten und der Neuklassifizierung wird sich noch einmal ein verändertes Bild des Bestandes bieten. Unabhängig davon ist der bis dato vorhandene Bestand R 4701 Reichspostministerium seit April 2009 im Internet auf der Seite des Bundesarchivs recherchierbar. Schon die ersten knapp zwei Jahre seit der Online-Stellung des Findbuchs haben ein positives Echo auf diesen Schritt des Bundesarchivs zur Folge gehabt. Die Möglichkeit, bequem von fast jedem Ort der Welt auf diese Informationen zugreifen zu können, hat die Zugriffschancen und die Vorbereitung eines Archivbesuchs deutlich verbessert, was sowohl der wissenschaftlichen Forschung, den an Fachinformationen interessierten Kreisen aus Politik und Wirtschaft und interessierten Studenten zugute kommt. Last but not least sollten aus diesem Online-Findbuch auch tausende Hobbyhistoriker, Postenthusiasten, Philatelisten, Heimatforscher und viele andere einen Nutzen ziehen können.

Angesichts der Quellenlage zur Thematik des Postwesens auf allen Ebenen in den deutschen Archiven und ihrer modernen Aufarbeitung war es wichtig, dass das Bundesarchiv nunmehr mit einem Online-Findbuch über die zentrale deutsche Postverwaltung der Jahre 1867 bis 1945 diesem Zeiterfordernis entsprochen hat.

## Ergänzende Überlieferungen

Im Bundesarchiv enthalten eine ganze Reihe von Beständen Akten mit Bezug auf die Thematik, unter anderem R 2 Reichsfinanzministerium, R 55 Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, R 4702 Reichspostzentralamt, R 4703 Oberpostdirektionen des ehemaligen Deutschen Reiches, R 4704 Der Sonderbeauftragte der Deutschen Reichspost in Spanien, R 4705 Forschungsanstalt der Deutschen Reichspost, R 907 Sammlung Geschäftsberichte, R 43 Reichskanzlei, R 4606 Generalbauinspektor für

die Reichshauptstadt, DM 3 Ministerium für Post- und Fernmeldewesen, B 257 Bundesministerium für Post- und Telekommunikation. Im Bundesarchiv-Militärarchiv enthalten die Militärbioграфische Sammlung MSG 1 und die Militärgeschichtliche Sammlung MSG 2 etwa 3.000 Feldpostbriefe.

Im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin-Dahlem befinden sich unter der Bestandsbezeichnung I. HA Rep. 103 Generalpostmeister bzw. Generalpostamt 77 laufende Meter Archivalien aus den Jahren 1646 bis 1867.

Die Staatsarchive der Länder, regionale und kommunale Archive verfügen über eine große Anzahl an Archivadokumenten zum Thema, vielfach sind Online-Recherchen und Aktenbestellungen über das Internet zur Vorbereitung von Archivbesuchen möglich.

*Karl-Heinz Friedrich*

## Anmerkungen

- 1) Bestand R 4702 im Bundesarchiv.
- 2) Lotz, S. 135.
- 3) Bestand R 4705 im Bundesarchiv. Die Forschungsanstalt entwickelte gemeinsam mit Industriefirmen (u.a. Bosch, Loewe, Telefunken) den Fernseheinheitsempfänger E1. Vorgesehen war eine Großserienproduktion von 10.000 Geräten, der Verkaufspreis sollte 650 Reichsmark je Gerät betragen. Auf der 16. Großen Deutschen Funk- und Fernseh-Ausstellung Berlin im Sommer 1939 wurde der Einheits-Fernseh-Empfänger der Öffentlichkeit vorgestellt.
- 4) Hubert Faensen: Geheimnisträger Hakeburg, in: Brandenburgische Historische Hefte Nr. 6, Hrsg. Brandenburgische Zentrale für politische Bildung, 1997, S. 37. Zur Reichspostforschungsanstalt siehe auch: Hubert Faensen: Hightech für Hitler, Links Verlag Berlin, 2001.
- 5) BAArch, DM 3/800a, Bl. 79 ff. Zur Ermittlung weiterer Einzelheiten über Aktenverluste, angewiesene Vernichtungen im Reichspostministerium, Verbleib und Bestand von Schriftgut, Technik, Grundstücke usw. sollten sich die Akten DM 3/798, DM 3/799, DM 3/800 und DM 3/800a als nützlich erweisen. Hierin befinden sich viele detaillierte Angaben über die „Liquidierungsarbeit“, die der Erarbeitung des sog. Grailer-Berichtes vorangingen. Der Österreicher Dr. Iring Grailer war Ministerialdirigent im RPM und später, bis September 1947, als Sonderbeauftragter für die Abwicklung des RPM, des RPZ und der RPF zuständig.
- 6) Zentrales Staatsarchiv Potsdam (ZStA), im Folgenden: ZStA.
- 7) Bestandsakte, Band 1, Niederschriften von Ulrich Roeseke.
- 8) Die Bedeutung war bisher: B: Bauakten, D: Disziplinarakten, GA: Geheimes Archiv, P: Personalakten.
- 9) Deutsches Zentralarchiv (DZA), Vorgänger des ZStA.
- 10) So ist es zumindest in den Bestandsakten vermerkt. Die Feststellung, dass Akten 1983 in das ZStA gelangten, war anhand vorliegender Unterlagen nicht belegbar. Jedoch hat es in den 1970/1980er Jahren offenbar einiges an Hin und Her zwischen dem DDR-Post- und Fernmeldeministerium und dem ZStA gegeben. Mit Datum vom 6. April 1988 z.B. werden 341 Bündel Akten aus dem ZStA wie es heißt „ohne historischen Wert jedoch auf Grund der wechselsei-

- tig getroffenen Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Post und Fernmeldewesen...“ der H[aup]t[abteilung] Planung und Ökonomie des Ministeriums überstellt (Schr. von Oberarchivrätin Brachmann-Teubner, ZStA, an Hauptdirektor Gerhardt, MPF). Es handele sich dabei um Akten, die „einen territorialen Bezug auf ehemalige Gebiete des Deutschen Reiches haben.“ (Schr. d. Direktors Gerhardt an Oberarchivrätin Brachmann-Teubner, ZStA, 22. April 1987). Bestandsakte R 4701, Band 5b. - Eine unlängst in weiter o.g. Konvolut der 1991er Übergabe aufgetauchte Akte des Verwaltungsarchivs des MPF hat Übergabeprotokolle mit größeren Mengen abgegebener Akten zum Inhalt, in denen sich zum großen Teil Unterlagen von örtlichen Post-, Telegraphen-, Fernmeldehäusern und -anlagen befinden. Diese Akten, die z.T. dem „Geheimen Archiv“ entstammen, sind schon 1981/82 an die Bezirksdirektionen der Deutschen Post abgegeben worden. Um gleiches Material handelt es sich auch bei der 1988 erfolgten Abgabe des ZStA. Bestandsakte R 4701, Band 5b. Im Übrigen ist ein Hineindirigieren des Ministeriums in Archivangelegenheiten zuweilen sehr deutlich spürbar; Ausdruck dessen ist nicht zuletzt eine zwischen Ministerium und DDR-Archivverwaltung abgeschlossene Vereinbarung (wahrscheinlich ist es die hier bezeichnete „wechselseitig getroffene...“, d.A.), in der z.B. dem ZStA bei Bewertungsentscheidungen (über End- Archivbestände) eine Informationspflicht sowie eine Einholung der Zustimmung des Postministeriums auferlegt wurde (Vereinbarung vom 27. November 1978, unterschrieben von Dr. Exner für die Staatliche Archivverwaltung als oberster DDR-Archivbehörde und durch Direktor Behnke für das MPF (Dienstakten des Verwaltungsarchivs).
- 11) BArch, R 4701, Band 3. Hierzu gibt es einen Bearbeitungsplan vom Mai 1976, einen „Erfahrungsbericht über die Überarbeitung des Bestandes R 47.01 Reichspostministerium“ vom Mai 1978 sowie eine „Archivwissenschaftliche Kurzinformation - Postbestände“ vom April 1978. Letzterer ist zu entnehmen, dass der Bestand ursprünglich 750 lfm groß war, „nach der Überarbeitung“ sich noch auf 387 lfm belief. 349 lfm (46%) der vorhandenen Akten sind der Kassation anheim gefallen. Aus dem Jahr 1985 gibt es eine Findbuch-Einleitung, ein Findbuch selbst hat es für den Potsdamer Bestandsteil jedoch nie gegeben. Bestandsakte R 4701, Band 3.
  - 12) BArch, R 4701, Band 1, Niederschriften von Ulrich Roeske.
  - 13) BArch, R 4701, Band 5 b/Übernahmen und Übergaben.
  - 14) BArch, R 4701, Band 5a/Übernahmen und Übergaben. Das Material wurde neu bewertet, Archivalien in die entsprechenden Bestände eingegliedert, Druckschriften und Periodika an die Bibliothek abgegeben, ein Teil des Schriftgutes wurde kassiert.
  - 15) BArch, R 4701, Band 5a/Übernahmen und Übergaben. Dem Autor ist kein Fall bekannt, in dem Akten aus diesem Konvolut aus den 1990 übergebenen Unterlagen unter der Bezeichnung R 4701 II geführt wurden. Eher ist davon auszugehen, dass, da auch kein richtiges Findmittel vorlag, eine Benutzung höchst selten erfolgte. Ein vom zuständigen Referenten im Jahre 1997 verfasstes provisorisches Sach- und Ortsregister spricht von „völlig ungeordneten Akten“ aus der Aktenübergabe des MPF von 1991.
  - 16) Dienstakte 1181-23/14.
  - 17) Gerhard Granier: Vorbemerkung zum Findbuch R 48 Reichspostministerium, Koblenz 1963 und 1975, im Folgenden: Granier. Siehe auch Dienstakten 3415-4 und 3423-2.
  - 18) Granier a.a.O.
  - 19) Dienstakte 3415-23/0 und R 4701, Band 7. Die Zahl wurde am 19. Januar 2009 auf einer Besprechung vom Abteilungsleiter Sammlungen des Museums für Post- und Telekommunikation so mitgeteilt (Protokoll der Beratung vom 19. Januar 2009).
  - 20) Während der Arbeit an der Einleitung zum Findbuch stieß der Autor auf einen „Bearbeitungsbericht Reichspostministerium“ vom Februar 1968, der zumindest ansatzweise diesen Schritt erklären könnte. Unter Bezug auf die überlieferten schwierigen Registraturverhältnisse heißt es dort: „Um den ursprünglichen Ordnungszustand des ‚Geheimen Archivs‘ auf dem Papier festzuhalten, beschloss das Referentenkollegium, vom Bestand des ‚Geheimen Archivs‘ vor seiner Auflösung ein Findbuch anzufertigen.“ Nach dessen Fertigstellung hat man dann die Akten des Geheimen Archivs mit denen der Geheimen Registratur zusammengefügt, wobei man die Akten – Zitat: „an den Stellen der ‚Geheimen Registratur‘ einfüg[te], wo sie sich ursprünglich vermutlich befunden hatten.“ R 4701, Band 3
  - 21) Dienstakte 3415-23/0 und R 4701, Band 7. So kurios es ist: Letztendlich hat man mit der gefällten, dann aber doch nicht vollzogenen Kassation Akten gerettet, die eigentlich der Vernichtung anheim gestellt waren.
  - 22) Dienstakte 04550-23/1 und R 4701, Band 5b. Ein Umstand, dem sich das Bundesarchiv heute noch von Zeit zu Zeit hilflos gegenüber sieht.
  - 23) Ob möglicherweise mit anderen Beständen Ähnliches erfolgte ist dem Autor nicht bekannt.
  - 24) Im Grunde genommen ergab sich beim bestandsführenden Referat R4 fast zwangsläufig die konsequente Verfolgung dieser Idee. Man war sich der Chance einer hohen Sicherheit der Aussage über die tatsächlich vorhandenen Akten – die ja die Umkartonierung und Neusignierung mit sich brachte – sehr bewusst. So entschloss man sich logischerweise im Anschluss auch für eine zügige Retrokonvertierung der Findmittel, als sich die Gelegenheit dazu bot. Eine Reihe bestandspflegerischer Maßnahmen sind noch im Anschluss zu erledigen, ein entsprechender Hinweis ist der Onlineversion vorangestellt.
  - 25) s. Fußnote 27.
  - 26) Den hier bisher bestehenden Archivnummern wurden 30.000 hinzugerechnet, sodass z.B. die Akte, die vormals die Signatur R 48/1234 hatte, jetzt die Signatur R 4701/31234 trägt.
  - 27) Vor diesem Hintergrund ergibt sich natürlich, dass einer auf bisherigen Quellenangaben basierende Recherche grundsätzlich eine Konkordierung von Alt- zu Neusignatur vorangehen muss, um auch den gewünschten Rechercheerfolg zu erhalten, d.h. die richtige Akte zu finden.

## Das Projekt „Informationsportal Zwangsarbeit im NS-Staat“ – [www.zwangsarbeit.eu](http://www.zwangsarbeit.eu)

Das „Informationsportal Zwangsarbeit im NS-Staat“, das vom Bundesarchiv mit finanzieller Unterstützung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ erarbeitet wurde, versteht sich als Folgeprojekt der „Nachweisbeschaffung für ehemalige NS-Zwangsarbeiter/innen“<sup>1</sup>. Es nimmt dabei wesentlich Bezug auf die vom Bundesarchiv, dem Internationalen Suchdienst und dem Bundesverband „Information und Beratung für NS-Verfolgte“ im Zuge dieser Nachweisbeschaffung eingerichtete datenbankgestützte Recherche im Online-Verbundsystem, dem sogenannten Archivverbund. Der historische Hintergrund ist in dem Gründungsauftrag der im August 2000 ins Leben gerufenen Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ)<sup>2</sup> zu sehen, über Partnerorganisationen in den Herkunftsstaaten an ehemalige NS-Zwangsarbeiter und einige weitere Gruppen von NS-Opfern individuelle finanzielle Leistungen zu zahlen.

Zum Ende der Antragsbearbeitung - d.h. der Prüfung der jeweiligen Leistungsberechtigung - drohte ein enormer Informationsverlust. Um ihn abzuwenden, musste unverzüglich gehandelt werden, da die vielen und zu einem erheblichen Teil auch neuen Erkenntnisse für die Betroffenen, die Forschung und auch für spätere Generationen nicht verloren gehen sollten. Die Bündelung und Sicherung der Ergebnisse mittels eines zentralen Informationszugangs war - und ist - das archivfachliche Ziel des seit dem 1. Juni 2007 im Bundesarchiv unter der wissenschaftlichen Leitung von Herrn Dr. Kreikamp eingerichteten „Informationsportals Zwangsarbeit im NS-Staat“<sup>3</sup>.

Das Portal, das sich an die wissenschaftliche Forschung, die interessierte Öffentlichkeit sowie an ehemalige Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen sowie deren Familien richtet, bietet in den Modulen „Archivbestände“, „Geschichte“, „Leistungen“ und „Dokumente“ eine Fülle an Informationen. Die Nutzer finden hier Basiswissen

zur Zwangsarbeit und zu deren Entschädigung. Die eingetragenen Nachweise von Archivbeständen zur Zwangsarbeit aus mehr als 165 Archiven können bislang auf keiner anderen Internetseite eingesehen werden. Links verweisen auf ähnliche oder weiterführende Angebote. Außerdem steht eine Bibliographie mit inzwischen 2.200 Titeln zur Verfügung.

Arbeitsschwerpunkte waren seit 2009 der Ausbau des Projekts als ein Europa umfassendes „Informationsportal Zwangsarbeit im NS-Staat“ sowie das seit August 2010 als neues Modul eingearbeitete Haftstättenverzeichnis der Stiftung EVZ, das Informationen zu rund 3.800 Haftstätten und Lagern umfasst. Auf diese wesentlichen Ergänzungen des Portals soll im Folgenden näher eingegangen werden.

### Die Einbeziehung europäischer Archive

Für diese Weiterentwicklung des Projekts<sup>4</sup> mussten zunächst die deutschen Archive zu einer intensiveren Kooperation und insbesondere dazu ermutigt werden, die relevanten Nachweise in das Kernmodul „Archivbestände“ einzutragen. Vor allem die deutschen Stadtarchive zeigten daraufhin eine hohe Bereitschaft zur Mitwirkung, so dass bald ein bemerkenswerter Anstieg der Nachweise verzeichnet werden konnte. In diesem Zusammenhang ist zu betonen, dass das Projekt von der freiwilligen Bereitschaft der Archive zur Zusammenarbeit lebt<sup>5</sup>.

Seit 2009 wurde an einer verstärkten Einbeziehung der ostmitteleuropäischen und osteuropäischen Archive am Informationsportal gearbeitet. Dabei wurde besonderer Wert darauf gelegt, im Zuge dieser Ergänzungen das Informationsniveau zu erhöhen. Gerade bei den Recherchen zu Nachweisen über Zwangsarbeit in Osteuropa ging es darum, möglichst detaillierte Bestandsangaben zu erreichen und wichtige Findbücher in die deutsche Sprache zu übersetzen. Auf diese

Weise sollten durch das Informationsportal wesentliche Voraussetzungen für die weitere Erforschung der nationalsozialistischen Zwangsarbeit durch das Informationsportal geschaffen werden.

Das Tschechische Staatsarchiv hat nur wenige Tage nach der Vorstellung des Projekts auf dem seitens der Stiftung EVZ veranstalteten Workshop „Dokumentation der Zwangsarbeit als Erinnerungsaufgabe“ (29. März bis 1. April 2009) seine einschlägigen Bestände beschrieben und online präsentiert.

Ein Arbeitsgespräch am 8./9. Juni 2010 in Warschau mit der Generaldirektion der Polnischen Archivverwaltung diente dazu, die Zusammenarbeit zu fördern und eventuelle Missverständnisse aus dem Wege zu räumen. Die Generaldirektion sagte zu, die polnischen Staatsarchive zur Beteiligung auffordern zu wollen. Sehr positiv gestalteten sich die Gespräche mit der Partnerstiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“. Der Vorsitzende des Vorstandes Dariusz Pawło stellte mit Unterstützung seiner Mitarbeiter für das Projekt wichtige Kontakte her, nämlich mit dem „Institut für nationale Erinnerung“ (IPN) und „KARTA Zentrum“, einer polnischen Nichtregierungsorganisation, die sich der Dokumentation und Vermittlung der jüngeren Geschichte Polens und Ostmitteleuropas widmet. Insbesondere die Kooperation mit dem IPN hat sich als äußerst gewinnbringend erwiesen, weil das Institut nun in regelmäßigen Abständen Nachweise zur NS-Zwangsarbeit aktualisiert.

Auch das Litauische Zentrale Staatsarchiv in Vilnius hat seine Bestände auf ihren inhaltlichen Wert für das Projekt geprüft und die dafür in Frage kommenden in deutscher Übersetzung in das Informationsportal aufgenommen. Dank der freundlichen Unterstützung durch die litauische Archivverwaltung, die die entsprechenden Archive zur Kooperation aufgefordert hatte, hat auch das Sonderarchiv Litauens Informationen – insbesondere Filtrationsakten<sup>6</sup> – zur Verfügung gestellt. Erfreulicherweise hat sich das Staatsarchiv der Russischen Föderation in Moskau ebenfalls zu einer Zusammenarbeit entschlossen. Recherchen nach relevanten Beständen in der Ukraine und Belarus wurden im Rahmen eines

Werkvertrages von einem qualifizierten Historiker durchgeführt<sup>7</sup>.

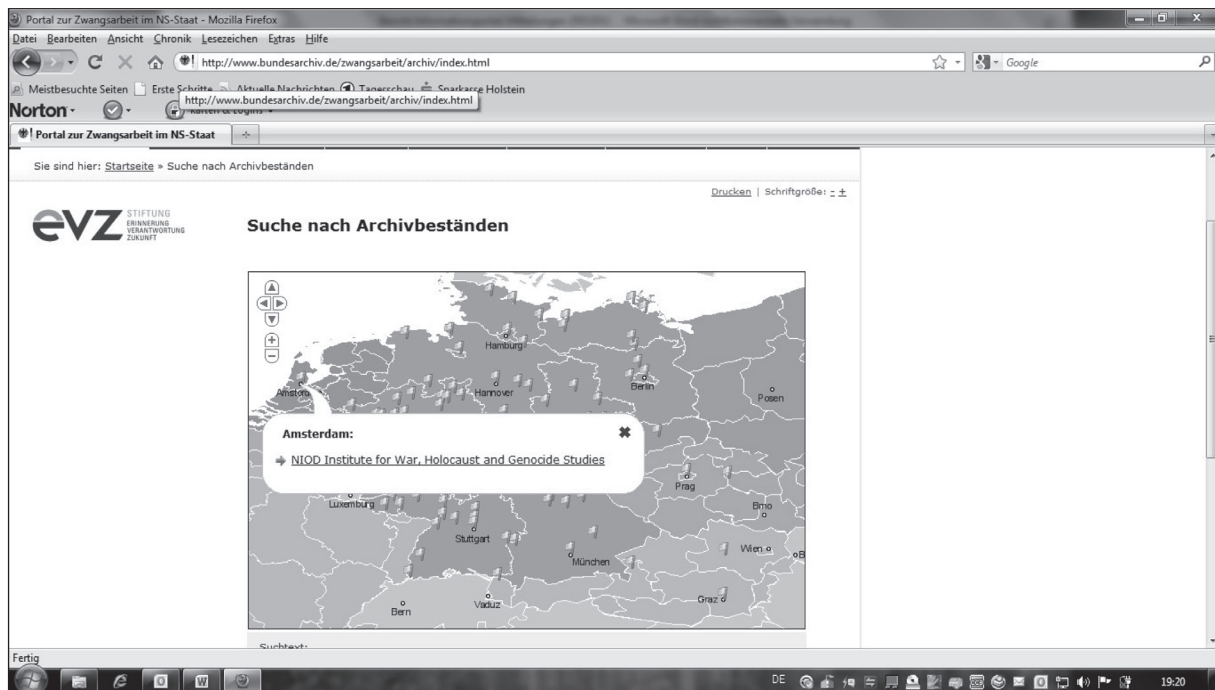
Dem Ziel, ein europaweites „Informationsportal zur Zwangsarbeit im NS-Staat“ zu entwickeln, kam das Projekt 2010 erheblich näher, als das „Nederlands Instituut voor Oorlogsdocumentatie (NIOD)“ in Amsterdam sowie das „Studiecentrum Oorlog en hedendaagse Maatschappij SOMA - Centre d'études Guerre et Sociétés contemporaine“ (CEGES) in Brüssel die relevanten Bestände zur NS-Zwangsarbeit in das Modul „Archivbestände“ des Portals eingetragen haben. Die französischen Archive beteiligen sich seit dem Frühjahr 2011.

Damit sind nun neben Deutschland die Länder Österreich, Belgien, Niederlande, Frankreich, Polen, Tschechien, Litauen, Estland, Lettland, Ukraine, Weißrussland und die Russische Föderation vertreten. Das Kernmodul „Archivbestände“ verzeichnet heute über 165 in- und ausländische archivische Einrichtungen mit einer Vielzahl von Quellen zur Zwangsarbeit. Hervorzuheben ist, dass die beteiligten Archive regen von der Möglichkeit Gebrauch machen, ihre Einträge durch neu hinzugekommene Informationen zu ergänzen.

### Weiterentwicklung des Portals

Die Einarbeitung neuer Informationen wurde – auch um die Webseiten ansprechender zu gestalten – von einer konzeptionellen Überarbeitung und Erweiterung von Funktionalitäten begleitet. In den Bereich der Archivbestände wurde eine georeferenzierte Suchoberfläche eingebaut, die auf einem UMN-Kartenserver basiert. Orte mit den jeweiligen Archiveinträgen werden durch gelbe Fähnchen markiert. Wenn diese angeklickt werden, zeigt ein Popup die Einträge der am Ort befindlichen Archive an. Jeder einzelne Eintrag führt als Link auf die Darstellung der gesamten Bestandsbeschreibung zur NS-Zwangsarbeit des Archivs.

An die georeferenzierte Suchoberfläche sind weitere Filtermöglichkeiten gekoppelt. Wie bisher kann mittels Volltextsuche in ausgewählten Bereichen aller Archiveinträge recherchiert wer-



den. Die Suchfunktionen nach Archivbeständen wurde um die nach Archivtypen und nach Orten (z.B. Pardubitz / Pardubice) erweitert, die jeweils eine strukturierte Suchmöglichkeit anbieten und so die Funktionalität für Nutzer erheblich verbessern. Die Oberfläche ist farbintensiver gestaltet worden, wodurch die in der ursprünglichen Version vorwiegend in Grautönen gehaltene Kartendarstellung an Attraktivität gewonnen hat.

Sämtliche Menüpunkte wurden neu strukturiert und gestaltet. Sie haben am linken Rand ein Seitenmenü erhalten, das die Themen des Moduls transportiert. Dadurch entfällt die bisherige Auflistung der einzelnen Verlinkungen, so dass die Webseiten übersichtlicher geworden sind. Zum Beispiel werden bei dem Modul „Dokumente“ die Seitenmenüpunkte „Quellenkritik Fotografie“, „Lebenszeugnisse“, „Grundlagendokumente“ und „fotografierte Zwangsarbeit“ genannt.

Die Links sind außerdem zielgruppenorientierter geordnet worden, damit Nutzer schneller erfassen können, welche Informationen für sie interessant sind, beispielsweise über einen eigenen Link für „Lernende/Lehrende“. Die Bibliographie ist jetzt so eingebunden, dass man nach darin vorgenommenen Recherchen wieder auf die Seiten des Informationsportals zurückkehren

kann. Durch die Überarbeitung der Gesamtgliederung der Bibliographie und die Entwicklung verbesserter Suchkriterien wurde ferner die Möglichkeit geschaffen, nunmehr auch gezielt nach Literatur zu bestimmten Regionen suchen zu können.

Wesentliche Textinhalte des „Informationsportals Zwangsarbeit im NS-Staat“ sind ins Englische übersetzt worden. Durch die Arbeit am Haftstättenverzeichnis und durch verschiedene Anfragen zeigte sich allerdings schnell, dass die lingua franca für die Zielgruppe des Informationsportals vor allem das Russische ist. Deshalb wurde inzwischen eine Übersetzung in diese Sprache in Auftrag gegeben. Dies ist auch deshalb von besonderer Bedeutung, weil ehemalige osteuropäische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen sowie deren Nachkommen eine wichtige Zielgruppe des Projektes sind und weil diesen der Zugang so einfach wie möglich gemacht werden soll.

### **Das Haftstättenverzeichnis der Stiftung EVZ als zweites Kernmodul des Portals**

Eine wertvolle inhaltliche Bereicherung für das „Informationsportal Zwangsarbeit im NS-Staat“ wurde mit der Einbindung des „Haftstättenver-

zeichnisses der Stiftung EVZ“ erreicht. Damit erhalten die Besucher des Portals nunmehr Informationen zu 3.846 Haftstätten, über die bislang kaum etwas bekannt war. Diese wichtige Ergänzung wurde der Öffentlichkeit am 6. August 2010 im Vortragssaal des Bundesarchivs in Berlin-Lichterfelde auf einer Konferenz mit internationalen Gästen vorgestellt.

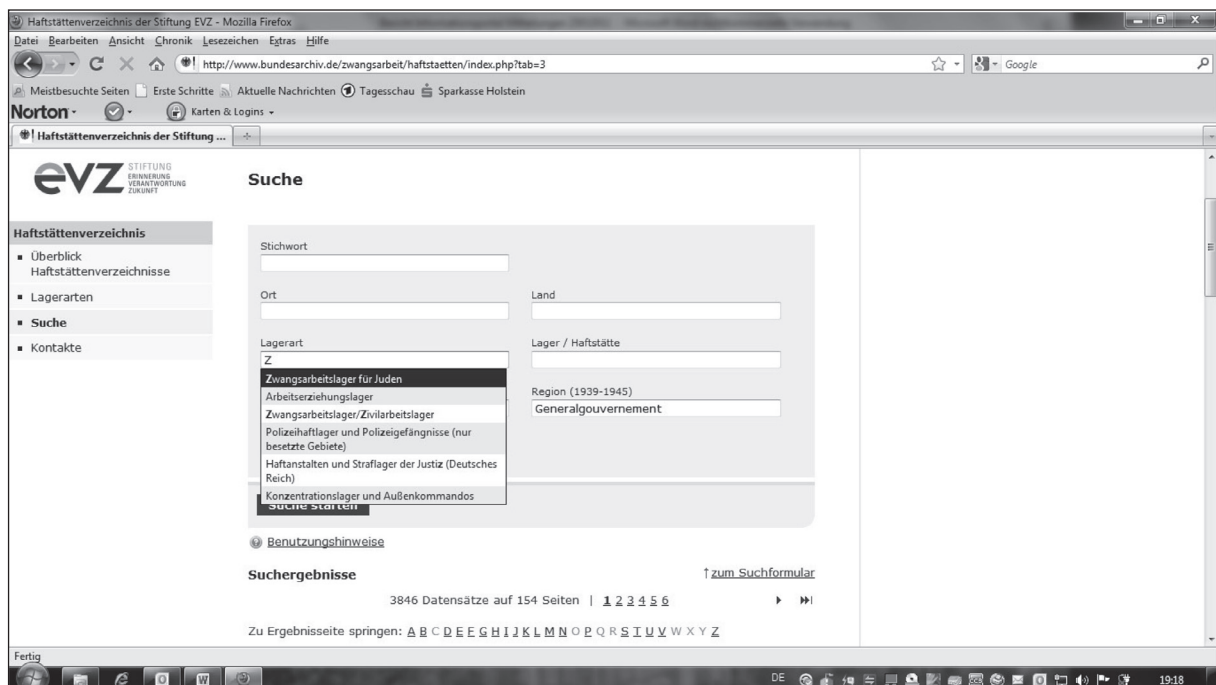
Ein solches Haftstättenverzeichnis zu erarbeiten und online zu stellen, war von der Stiftung EVZ nicht von Anfang an geplant. Die Datenbank ist vielmehr aus der Haftstättenprüfung im Rahmen der Auszahlungen an ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter durch die Stiftung EVZ hervorgegangen, die im Jahr 2007 beendet waren. Dabei wurden in erheblichem Umfang Haftstätten geprüft, die bis dahin weitgehend unbekannt waren – vor allem Lager, Gefängnisse und Haftorte, die in den vom damaligen Deutschen Reich besetzten Gebieten lagen.

Für NS-Opfer, die in einem KZ Zwangsarbeit leisten mussten, war nach den Bestimmungen des EVZ-Stiftungsgesetzes die höchste Leistungskategorie (A) vorgesehen, bezogen auf all jene Lager, die im Sinne von § 42 Abs. 2 des Bundesentschädigungsgesetzes als solche gelten<sup>8</sup>. Der Gesetzgeber hatte dabei das vom Internationalen

Suchdienst in Bad Arolsen erstellte Verzeichnis der Haftstätten unter dem Reichsführer SS zugrunde gelegt. Neben diesen Lagern gab es jedoch zahlreiche weitere Haftstätten, in denen die Haftbedingungen in wesentlichen Punkten denen in Konzentrationslagern glichen, obwohl sie nicht unmittelbar zum System der NS-Konzentrationslager gehörten. Das Stiftungsgesetz sah deshalb die Möglichkeit vor, weitere Haftstätten dieser Gruppe zuzuordnen. Grundvoraussetzung war dazu die Feststellung von drei Merkmalen: unmenschliche Haftbedingungen, unzureichende Ernährung und fehlende medizinische Versorgung. Einige Partnerorganisationen reichten bereits vorhandene Lagerverzeichnisse bei der Stiftung EVZ ein. Entsprechende Haftstättenverzeichnisse sind in Polen, Tschechien, Belarus, der Ukraine und Russland publiziert worden.

### Recherchemöglichkeiten

Die Frage nach der optimalen Einbindung des Haftstättenverzeichnisses in das Informationsportal wurde rasch dahingehend beantwortet, dass es als ein eigenes Modul in die Hauptnavigation aufgenommen werden sollte. Dieser Arbeitsschritt war gekoppelt an eine Überarbeitung des Internetauftritts des Bundesarchivs



und dementsprechend auch der Seiten des „Informationsportals Zwangsarbeit im NS-Staat“. Das Layout des Verzeichnisses musste vorher an das neue Design angepasst werden. Auch wurden die Kopfménüs des Haftstättenverzeichnisses in ein Seitenmenü umgewandelt. Alle Teile des Portals wurden mit Hilfe von PHP<sup>9</sup> und MySQL generiert. Die hohe Qualität sowohl in der inhaltlichen als auch der äußeren Gestaltung entspricht dem vom Bundesarchiv verfolgten Ziel der Optimierung des Dienstleistungsangebots für die Öffentlichkeit.

Das Verzeichnis bietet Informationen zur jeweiligen Nutzungsdauer als Haftort für Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen, zur geografischen Lage sowie Literatur- und Quellenangaben. Unter dem Seitenmenüpunkt „Überblick Haftstättenverzeichnisse“ wird in der Einleitung das Online-Haftstättenverzeichnis der Stiftung EVZ kontextualisiert, und zwar aus dem Blickwinkel der dazu notwendigen Forschung, resp. Recherchen und Literaturstudien.

Unter der Rubrik „Allgemeine Haftstättenverzeichnisse“ werden die derzeit aktuellen Verzeichnisse genannt, wie zum Beispiel die unabdingbaren Bände 1 bis 9 des Standardwerkes „Der Ort des Terrors“ von Wolfgang Benz und Barbara Distel. Selbstverständlich ist hier auch das vom Internationalen Suchdienst herausgegebene Verzeichnis der Haftstätten unter dem Reichsführer-SS (Catalogue of Camps and Prisons) zu finden. Gerade die „Länderspezifischen Verzeichnisse der Haftstätten“ können für Interessierte und Wissenschaftler von besonderer Bedeutung sein, da in diesen Publikationen häufig noch weitere Lager genannt werden. Diese Zusammenstellung wird bisher von keiner anderen Website angeboten.

Der Menüpunkt „Lagerarten“ vermittelt Einführungswissen zu verschiedenen Lagerarten, die im Portal enthalten sind: Arbeitserziehungslager, Jüdische Arbeitsbataillone, Haftanstalten der Gestapo und Orpo (Deutsches Reich), Haftanstalten und Straflager der Justiz (Deutsches Reich), Konzentrationslager und Außenlager, Polizeihaftlager und Polizeigefängnisse in den besetzten Gebieten, Lager für Sinti und Roma, Zwangsarbeitslager/Zivilarbeitslager, Zwangsar-

beitslager für Juden (ZAL für Juden) und sonstige Lager. Die Zielgruppe ist hier eher die interessierte Öffentlichkeit oder Studierende. Jeder Text bietet dem interessierten Leser darüber hinaus weiterführende Literaturhinweise.

Die Option „Suche“ startet gleich mit einem wichtigen Hinweis für Nutzer: Sie ist nämlich in den Feldern „Ortsname“ und „Lagerart“ auch möglich, wenn nur drei oder vier Buchstaben des Wortes bekannt sind, zum Beispiel „Plas“ bei Plaszow. Diese nutzerfreundliche Information wurde nicht in einen Extra-Menüpunkt „Hinweise“ verbannt, sondern dort positioniert, wo sie sofort wahrgenommen wird. Zudem ist diese Anwendung selbsterklärend, so dass auf ein Seitenmenü Hinweise/Hilfe-Funktion verzichtet werden konnte.

Die Suchmaske bietet Interessierten differenzierte Recherchemöglichkeiten an, zum Beispiel durch die Kombination verschiedener Optionen. Es können die Suchfelder „Ort“, „Lagerart“, „Ort (1933-1945)“, „Land“, „Lager/Haftstätte“, „Region (1939-1945)“ beliebig miteinander verknüpft werden. Nach dem Eintrag einer bestimmten Lagerart in das Suchfeld öffnet sich ein Drop-Down-Menü mit einem Vorschlag. Diese Funktion wurde mit Javascript erstellt. Damit die Ergebnisse nicht mühsam durchgeblättert werden müssen, ist ein alphabetischer Index eingearbeitet worden, der es ermöglicht, rasch zu dem gesuchten Ergebnis zu springen.

Unterhalb der Suchmaske und der angezeigten Suchergebnisse ist eine Kartenansicht eingearbeitet, die ebenfalls mittels eines UNM-Servers erstellt wurde. Auch hier kennzeichnen gelbe Fähnchen den Standort der gesuchten Lager. Wenn Nutzer eine entsprechende Auswahl treffen, so erhalten sie die im Untermenü der Suchfunktion angeordneten weiteren Informationsmöglichkeiten zu den Lagern und Haftstätten: diese Informationen beziehen sich auf die Lage des Lagers oder der Haftstätte, eine Kartenansicht, Angaben zur Nutzung des Lagers, zu Assoziationen bzw. ehemalige Profiteuren sowie Quellen, weiterführende Literatur und Hinweise auf Gedenkstätten. Interessant kann für Forscher auch das jeweils genannte Aufnahmedatum in das Haftstättenverzeichnis der Stiftung EVZ sein.

Die „Zwangsarbeitslager für Juden“ stellen mit 1.604 Datensätzen die umfassendste Gruppe innerhalb der 3.846 Datensätze resp. Haftstätten. Mit der Einrichtung des sog. Generalgouvernements wurde am 26. Oktober 1939 der Arbeitszwang für die jüdische Bevölkerung zwischen 12 und 60 Jahren angeordnet. In den Distrikten Lublin und Galizien entstanden zahlreiche Zwangsarbeitslager. Wolfgang Benz nennt im ersten Band seiner Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager die Jahre 1942/1943 als Höhepunkt einer Entwicklung, „als 300 bis 400 solcher Lager auf polnischem Boden existierten, davon 50 bis 60 in einer Größenordnung von 1000 oder mehr Häftlingen“<sup>10</sup>. Mit großer Wahrscheinlichkeit sind in diesen Lagern, die unter der Regie der SS- und Polizeiführer der Distrikte im Generalgouvernement eingerichtet worden waren, an die 200.000 Menschen umgekommen; dies war von Anfang an fester Bestandteil der Politik der Judenvernichtung<sup>11</sup>.

Als Ergebnis einer kombinierten Suche von „Zwangsarbeitslager für Juden“ (Lagerart) und „Generalgouvernement“ (Region) werden zum Beispiel 438 Datensätze im Haftstättenverzeichnis der Stiftung EVZ angezeigt. Eine spezifizierte Suche nach Zwangsarbeitslagern für Juden in Lemberg zeigt als Ergebnisse u.a. die Karpathen-Öl-Raffinerie oder das Lager in der Janowskastraße an, das zugleich auch ein Vernichtungslager war. Nutzer können in diesem Modul die oben erklärten Informationen zu den Haftstätten, ihrer Nutzung, der Dauer ihrer Existenz, Literatur und Quellen abrufen.

Hat der Nutzer sich zum Beispiel im Modul „Haftstättenverzeichnis der Stiftung EVZ“ über Lager und Haftstätten in Lemberg informiert, so kann er im Modul „Archivbestände“ des Portals nach relevanten Beständen zur Zwangsarbeit in dieser Stadt recherchieren. Die Stadt Lemberg war während der Zeit der deutschen Besatzung das Zentrum der deutschen Zivilverwaltung im Distrikt Galizien des Generalgouvernements Polen.

Das Staatsarchiv des Gebiets Lemberg (L'viv), das seine Nachweise zu Archivbeständen zur NS-Zwangsarbeit in das Informationsportal eingetragen hat, beherbergt 154 Besatzungsbestände, aus denen 15 Sammlungen zum Thema Zwangs-

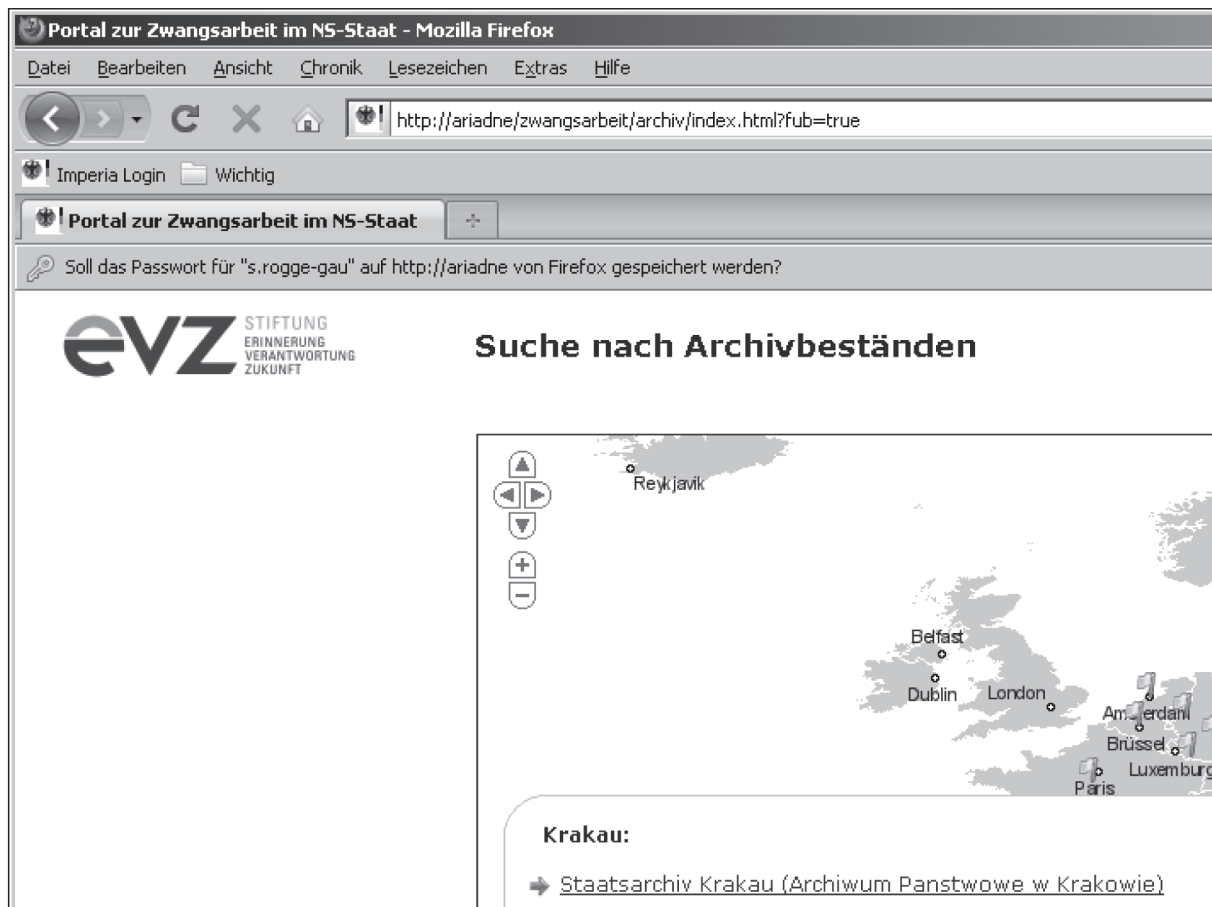
arbeit im Staatsarchiv des Gebiets Lemberg gebildet wurden, im einzelnen u.a.: Personalakten und -karteien, Residentenlisten, Belegschaftslisten von nicht-jüdischen und jüdischen Arbeitern, zahlreiche Unterlagen zum Alltag der Zwangsarbeit von Juden an verschiedenen Orten im Distrikt Galizien, Lohnlisten, Rundschreiben, Belege und Nachweise geleisteter Zwangsarbeit, Statistiken über die nach Deutschland zur Zwangsarbeit verschleppten und wieder zurückgekehrten sog. Ostarbeiter, Briefe, Erinnerungsberichte. Der interessierte Nutzer hat die Möglichkeit, sich im „Informationsportal Zwangsarbeit im NS-Staat“ sowohl über KZ-ähnliche Lager und Haftstätten als auch - soweit die Bestände eingetragen oder überliefert sind - über die entsprechenden Nachweise zu den Archivbeständen zur NS-Zwangsarbeit zu informieren. Dieses Beispiel verdeutlicht, welche synergetischen Effekte durch die Einbindung des Haftstättenverzeichnisses in das Portal entstanden sind.

Das „Informationsportal Zwangsarbeit im NS-Staat“ verfügt jetzt über zwei Kernmodule: das Haftstättenverzeichnis der Stiftung EVZ und die Suche nach Archivbeständen in Deutschland und Europa. Das Zusammenspiel dieser beiden Verzeichnisse wird die Forschung zur Zwangsarbeit erleichtern und voranbringen.

### **Kooperation mit dem Online-Archiv „Zwangsarbeit 1939-1945. Erinnerungen und Geschichte“**

Der Direktor des „Centers für Digitale Systeme“ an der Freien Universität Berlin (CeDiS), Herr Prof. Dr. Apostolopoulos, der mit seinen Mitarbeitern an der Präsentation des Haftstättenverzeichnisses am 6. August 2010 teilnahm, regte kurz danach einen Gedankenaustausch im Hinblick auf eine Zusammenarbeit des „Informationsportals Zwangsarbeit im NS-Staat“ mit dem Online-Archiv „Zwangsarbeit 1939-1945. Erinnerungen und Geschichte“ an, da beide Grundkenntnisse über Zwangsarbeit vermitteln. Am 9. Dezember 2010 wurde vereinbart, einen Prototyp zu entwickeln, der eine Meta-Suche ermöglicht.

Das Online-Archiv „Zwangsarbeit 1939-1945“ ist ein Kooperationsprojekt der Stiftung EVZ mit



der Freien Universität Berlin und dem Deutschen Historischen Museum. Es bietet 590 lebensgeschichtliche Audio- und Video- Interviews mit ehemaligen Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen aus 26 Ländern, die in den Jahren 2005 bis 2006 von verschiedenen Institutionen erstellt wurden.

Für die angestrebte Kooperation wurden folgende benutzerorientierte Optionen genutzt: Die Verbindung der georeferenzierten Oberfläche des Informationsportals und Zeitzeugeninterviews des Online-Archivs. So erhalten Nutzer, wenn sie beispielsweise nach Archivbeständen zur Zwangsarbeit in Krakau suchen, die Möglichkeit des Zugriffs auf entsprechende Zeitzeugeninterviews aus dem Online-Archiv. Diese neue Meta-Suche ermöglicht eine zielgerichtete Recherche nach spezifischen Orten und dort vorhandenen Archivbeständen. Sie erlaubt darüber hinaus den Aufruf lebensgeschichtlicher Interviews am jeweiligen Ort eingesetzter Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen.

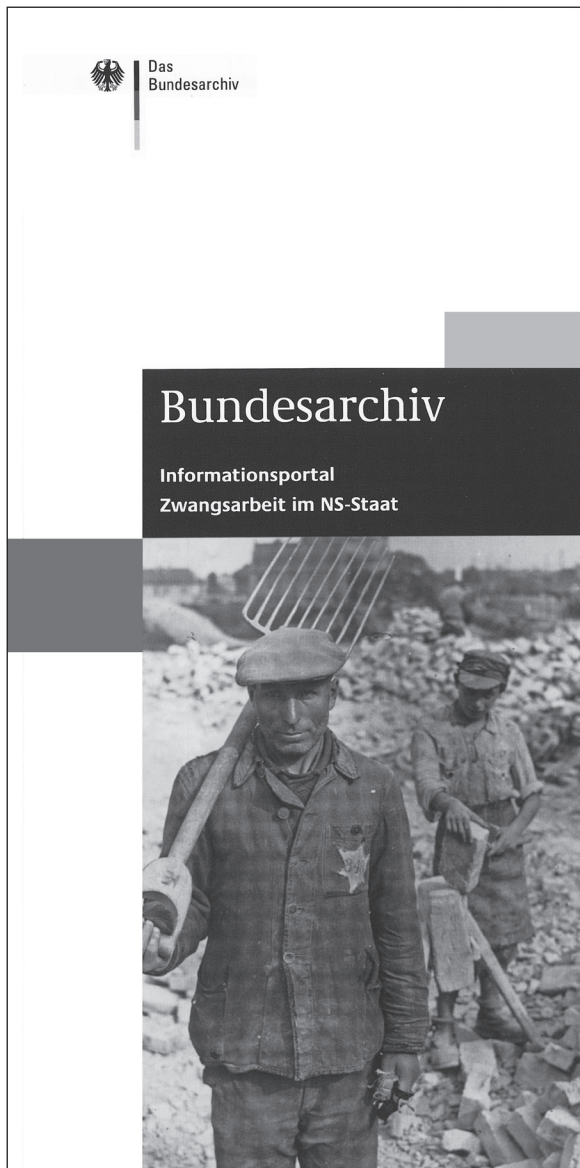
Die technische Anbindung erfolgt über die auf der Benutzeroberfläche anzusteuernenden Städte/Orte. Die wechselseitige Zugriffsmöglichkeit stellt sich als technisch unproblematisch dar. Im „Informationsportal Zwangsarbeit im NS-Staat“ sind Links eingerichtet worden, die zu einer Seite zum Online-Archiv von CeDiS führen, auf der Interviews als Suchergebnisse zu dem Ort oder Begriff genannt werden, mit der sich der Benutzer gerade im Informationsportal zur Zwangsarbeit im NS-Staat beschäftigt.

Diese neue Verbundsuche zwischen der webbasierten Datenbank “Informationsportal Zwangsarbeit im NS-Staat” und dem Online-Archiv “Zwangsarbeit 1939-1945”. Erinnerungen und Geschichte” der Freien Universität ermöglicht Wissenschaftlern, Studierenden und anderen Interessierten einen direkten Zugang auf die Quellen beider Archive.

Die neue Meta-Suche dieses auch für das Bundesarchiv zukunftsweisenden Projektes wurde

der Öffentlichkeit zum Projektende zugänglich gemacht. Mit dieser nutzerorientierten Verbundsuche und der Erweiterung zu einem europäischen „Informationsportal Zwangsarbeit im NS-Staat“ war und ist das Projekt weit über die vereinbarten Ziele hinaus erfolgreich.

*Sylvia Rogge-Gau*



#### Anmerkungen

- 1) Hans-Dieter Kreikamp: Nachweisbeschaffung für ehemalige NS-Zwangsarbeiter/innen. In: Mitteilungen aus dem Bundesarchiv, Heft 3/2002, S. 28-32.
- 2) Gemeinsame Verantwortung und moralische Pflicht. Abschlussbericht zu den Auszahlungsprogrammen der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft, hrsg. von Michael Jansen und Günter Saathoff, Göttingen 2007. Bis zum Ende des Auszahlungsprogramms am 12. Juni 2007 wurden Leistungen in Höhe von insgesamt 4,4 Mrd Euro an 1.665.000 Opfer oder deren Rechtsnachfolger in 98 Ländern gezahlt.
- 3) Vergleiche hierzu: Karsten Kühnel, Das Informationsportal „Zwangsarbeit im NS-Staat“ als Folgeprojekt der Nachweisbeschaffung für ehemalige NS-Zwangsarbeiter/innen. In: Mitteilungen aus dem Bundesarchiv, Heft 1/2008, S. 60-64. Karsten Kühnel, M.A., hat in der ersten Phase des Projekts als wissenschaftlicher Mitarbeiter zusammen Jörg Winkler für die IT-Umsetzung grundlegende Arbeit für das Projekt geleistet.
- 4) Dr. Sylvia Rogge-Gau hat am 15. März 2009 als redaktionell verantwortliche wissenschaftliche Mitarbeiterin das Projekt übernommen und bis zum Projektende am 30. März 2011 betreut. Garry Hoberg war als zuständiger IT-Mitarbeiter für das Projekt tätig. Ihm sei an dieser Stelle für die gute Zusammenarbeit, die durch die zwei Arbeitsstandorte Berlin-Lichterfelde und Koblenz erschwert war, gedankt.
- 5) An dieser Stelle sei den Archivaren gedankt, die die in ihren Archiven befindlichen Bestandsnachweise zur Zwangsarbeit im NS-Staat trotz der in der Regel hohen Arbeitsbelastung in das Portal eingetragen haben.
- 6) Filtrationsakten, angelegt vom NKWD im Rahmen der Repatriierung von Zwangsarbeitern, die aus Deutschland oder den besetzten Ländern in die damalige Sowjetunion zurückkehrten. Sie enthalten in der Regel Personalbögen, Fragebögen, Verhörprotokolle und u.U. auch persönliche Dokumente, Ausweise, Arbeitskarten oder Bescheinigungen.
- 7) Dr. Frank Grelka, Frankfurt/O., hat diese Recherchen in beiden Ländern sehr erfolgreich ausgeführt.
- 8) Entsprechende Listen sind 1977 und 1982 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden (BGBl. I 1977, 1786-1852 und 1982, 1571-1579).
- 9) PHP 5 läuft im Hintergrund auf dem Webserver und verarbeitet bestimmte Informationen. Die Anfrage an die Datenbank MySQL wird von PHP ausgeführt, d.h. PHP ist Mittler zwischen html und MySQL.
- 10) Wolfgang Benz: Nationalsozialistische Zwangslager. Ein Überblick, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 1. Die Organisation des Terrors, München 2005, S. 21.
- 11) Siehe Wolfgang Benz, Nationalsozialistische Zwangslager, S. 21.

## Retrokonversion + Nachbearbeitung = Online-Findbuch zum Bestand DF 1 Amt für Kernforschung und Kerntechnik

Nachdem zunächst Findmittel, die weitgehend archivischen Standards entsprachen, für die Retrokonversion vorgesehen waren, werden in der Abteilung DDR inzwischen auch Abgabeverzeichnisse in die Datenbank übertragen. Das hat den Vorteil, dass in ihnen IT-gestützt recherchiert werden kann, was im Vergleich zum traditionellen Blättern in Stehordnern schneller geht und bei nicht unbedingt zu erwartenden Fundstellen auch eine größere Trefferquote bedeutet. Bestandsweise wird dann jeweils geprüft, ob eine Online-Stellung als vorläufiges Findmittel oder - bei kleineren Beständen nach Überarbeitung - auch als Online-Findbuch in Frage kommt. Der Bestand DF 1 Amt für Kernforschung und Kerntechnik gehörte mit rund 1.000 Verzeichnungseinheiten zu den gerade noch überschaubaren Beständen, bei denen es sich anbot, nicht beim Provisorium stehen zu bleiben.

Die vom Ministerrat im November 1955 beschlossene Bildung des Amtes für Kernforschung und Kerntechnik (AKK) gehört zu einer Reihe zeitweiliger Maßnahmen zur Förderung der Kernenergie in der DDR<sup>1</sup>. Das AKK war zunächst dem Amt für Technik, das den Aufbau der Nationalen Volksarmee unterstützte, zugeordnet<sup>2</sup>, wurde im Oktober 1956 dem Ministerrat als selbstständiges zentrales Organ der staatlichen Verwaltung unterstellt<sup>3</sup>, ab April 1962 der Staatlichen Plankommission (SPK) nachgeordnet<sup>4</sup> und ab März 1963 aufgelöst. Innerhalb der Regierung gehörte es zum Verantwortungsbereich der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Willi Stoph (bis zum September 1956) bzw. Fritz Selbmann (von Oktober 1956 bis Juli 1958) und schließlich (von Juli 1958 bis März 1963) Hermann Grosses, des Stellvertreters des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission.

Das Amt für Kernforschung und Kerntechnik wurde von November 1955 bis zum 16. Januar 1961 von Karl Rambusch<sup>5</sup>, danach kommissarisch

von Bertram Winde geleitet. Es hatte seinen Sitz in Berlin-Niederschöneweide in der Schnellerstraße 1–5.

### Aufgaben und Organisation

Nach dem im Februar 1957 erlassenen Statut<sup>6</sup> oblag es dem Amt,

- kerntechnische Anlagen zu planen und ihre Projektierung und Errichtung zu koordinieren und zu kontrollieren,
- kerntechnische Forschungs- und Entwicklungsaufgaben zu fördern und ihre Überleitung in die Praxis zu veranlassen,
- radioaktive Materialien und Kernbrennstoffe zu beschaffen und zu verteilen,
- bei der Überwachung der radioaktiven Strahlung auf dem Gebiet der DDR mitzuwirken<sup>7</sup>,
- sich an der Beaufsichtigung des Umgangs mit bzw. der Lagerung von radioaktiven Materialien und Abfallprodukten zu beteiligen,
- Bestimmungen zum Gesundheits- und Arbeitsschutz für die Kernforschung und Kerntechnik zu erlassen und ihre Einhaltung zu überprüfen,
- leitendes und wissenschaftliches Fachpersonal auszubilden und zu fördern,
- Fachinformationen zu verbreiten und die Herausgabe von Publikationen zu organisieren,
- die Einhaltung der für das Gebiet der Kernforschung und Kerntechnik geltenden gesetzlichen Bestimmungen zu kontrollieren<sup>8</sup>,
- bei den ihm unterstellten Bauvorhaben die staatliche Bauaufsicht auszuüben sowie
- bei der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Atomenergie mitzuwirken.

Ein beim Amt bestehendes Kollegium sollte den Leiter des Amtes bei der Vorbereitung von Rechtsvorschriften, Jahres- und Perspektivplänen sowie Struktur- und Stellenplänen und bei der Umsetzung von Forschungsergebnissen beraten.

Das Amt selbst war 1957 in Hauptabteilungen und unterstellte Abteilungen, 1959 in Bereiche und zugeordnete Abteilungen und 1962 in dem Leiter unmittelbar unterstellte Abteilungen sowie Stellvertreterbereiche für Querschnittsaufgaben gegliedert. Übersichten über die wechselnde Organisationsstruktur des Amtes sind für die Jahre 1957, 1959 und 1962 überliefert<sup>9</sup>. Für das Jahr 1957 liegen auch Namen von im Geschäftsbereich des Amtes tätigen sowjetischen Spezialisten bzw. Beratern vor<sup>10</sup>. Dem Amt unterstanden u.a. das 1956 zusammen mit ihm gegründete Zentralinstitut für Kernphysik, Rossendorf, unter Leitung von Heinz Barwich<sup>11</sup>, das Atomkraftwerk I (später: Kernkraftwerk), Rheinsberg, und die Zentrale für radioaktive Rückstände und Abfälle (ZERRA), Rossendorf bzw. Lohmen<sup>12</sup>.

Zu den bekannteren Instituten, mit denen das AKK über seinen Geschäftsbereich hinaus zusammenarbeitete, gehören das von Gustav Hertz geleitete Physikalische Institut der Karl-Marx-Universität in Leipzig und das Forschungsinstitut Manfred von Ardenne in Dresden. Außerdem hatte es mit Industrieministerien, der Staatlichen Plankommission und dem Volkswirtschaftsrat zu kooperieren.

Das AKK gab seit 1958 die Zeitschrift „Kernenergie“ und seit 1959 „Mitteilungen aus Kernforschung und Kerntechnik“ heraus.

### Wissenschaftliche Beratung

Zusammen mit dem Amt wurde auch ein Wissenschaftlicher Rat für die friedliche Anwendung der Atomenergie beim Ministerrat der DDR eingerichtet. Ihm gehörten etwa 20 bis 30 Wissenschaftler bzw. Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionäre an, die den Ministerrat bzw. ab Dezember 1962 die Staatliche Plankommission in grundsätzlichen Fragen der Kernforschung und Kerntechnik beraten sollten. Der Wissenschaftliche Rat wurde von Gustav Hertz geleitet, einem Neffen des Physikers Heinrich Hertz, der 1926 zusammen mit James Franck den Nobelpreis für Physik erhalten hatte, seinerzeit der einzige in der DDR lebende Nobelpreisträger. Nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion leitete er das Physikalische Institut an der Universität Leipzig. Als Sekretär des Rates

waren bis zum Mai 1962 Karl Rambusch, danach Günter Schumann tätig. Der Rat konstituierte sich am 9. Dezember 1955, wurde im Dezember 1962 umgebildet<sup>13</sup> und im April 1966 durch Beschluss des Ministerrates aufgelöst<sup>14</sup>. Ab 1962 bildeten die Mitglieder der Kommission Kernenergie den Vorstand.

Beim Wissenschaftlichen Rat bestanden folgende Fachkommissionen, deren Bildung im Dezember 1956 angeregt wurde:

- Isotopen-Kommission (Die zunächst beim AKK angesiedelte Kommission wurde im Januar 1957 dem Wissenschaftlichen Rat zugeordnet. Bis Ende 1957 wurde sie von Hans-Joachim Born, nach ihrer Reorganisation im November 1958 von Bertram Winde geleitet),
- Geräte-Kommission (geleitet von Werner Hartmann),
- Abfall-Kommission (geleitet von Robert Havemann),
- Medizinische Strahlenschutz-Kommission (geleitet von Fritz Gietzelt),
- Kommission für Nachwuchs- und Ausbildungsfragen (geleitet von Gerhardt Harig),
- Labor-Kommission (geleitet von Grellmann, Laborbau Dresden),
- Kommission für Rechtsfragen und internationale Angelegenheiten (geleitet von Härle, Universität Jena),
- Schwerwasser-Kommission (geleitet von Eberhard Leibniz),
- Kommission Kernenergie (Der erst im Januar 1960 unter Leitung von Gustav Hertz gebildeten Kommission gehörten u.a. Heinz Barwich, Klaus Fuchs, Karl Rambusch, Robert Rompe, Max Steenbeck, Peter Adolf Thießen und Bertram Winde an).

### Veränderte politische Vorgaben

Nachdem der Ministerrat dem Amt im Oktober 1961 zusätzlich zwei Millionen DM für Projektierungsarbeiten zubilligte<sup>15</sup>, ohne dass die geplante Inbetriebnahme des AKW Rheinsberg absehbar war, wurde die ambitionierte Förderung der Kerntechnik ab 1962 aus finanziellen und wirtschaftspolitischen Gründen gedrosselt.

Mit Wirkung vom 1. August 1962 wurde beim Ministerrat die Staatliche Zentrale für Strahlenschutz gebildet und Georg Sitzlack, der auch an der Spitze des sich 1973 anschließenden Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz stand, als deren Leiter bestätigt<sup>16</sup>. Hier wurden u.a. die Abteilung Strahlenschutz des Amtes für Kernforschung und Kerntechnik, die Inspektion und zentrale Untersuchungsstelle für Strahlenhygiene aus dem Bereich des Ministeriums für Gesundheitswesen und die Zentrale für radioaktive Rückstände und Abfälle, Lohmen, integriert.

Im Dezember 1962 wurde die Absicht, das Amt für Kernforschung und Kerntechnik aufzulösen, bekannt gemacht<sup>17</sup>. Die Abwicklung erfolgte von März bis Juni 1963.

Verantwortlich für die Durchführung der Veränderungen zeichnete der Stellvertreter des Staatssekretärs für Forschung und Technik Rudolf Müller. Im Staatssekretariat für Forschung und Technik wurde eine Abteilung Physik und Kerntechnik gebildet, welche zugleich die Aufgaben des Sekretariats des Wissenschaftlichen Rates für die fried-

liche Anwendung der Atomenergie übernahm, der sich seitdem im Rahmen des Forschungsrates betätigte. Die Kompetenzen des Amtes für Kernforschung und Kerntechnik, die in Rechtsvorschriften verankert waren, wurden in der Regel dem Staatssekretariat für Forschung und Technik und der Staatlichen Zentrale für Strahlenschutz übertragen. Die Bauaufsicht für Bauten wie das Atomkraftwerk in Rheinsberg übernahm das Ministerium für Bauwesen<sup>18</sup>.

Das Zentralinstitut für Kernphysik, Rossendorf, wurde ab Mai 1963 der Forschungsgemeinschaft der Deutschen Akademie der Wissenschaften (DAdW) und das fertigzustellende Investitionsvorhaben Atomkraftwerk Rheinsberg dem Volkswirtschaftsrat, Abteilung Energie, zugeordnet.

### Charakter und Schwerpunkte der im Findbuch erfassten Überlieferung

Das Findbuch enthält das Schriftgut des von Ende 1955 bis 1963 bestehenden Amtes für Kernforschung und Kerntechnik, soweit es im Amt archi-



Blick auf das Institutsgebäude des ersten Atomkraftwerks der DDR am Stechlin- und Nehmitzsee bei Rheinsberg, 1956.  
BArch, Bild 183-E0506-0004-009, Fotograf: Ulrich Kohls



Dr. Held, Abteilungsleiter im Amt für Kernforschung, nimmt im September 1957 an der immer mittwochs ausgestrahlten Diskussionsrunde „Treffpunkt Berlin“ des Deutschen Fernsehfunks über Atomforschung teil. BArch, Bild 183-49574-0002, Fotograf: Günter Weiß

viert und danach für aufbewahrenswert befunden wurde, sowie jeweils einige Akten, die beim Wissenschaftlichen Rat für die friedliche Anwendung der Atomenergie in den Jahren 1955 bis 1963, beim Nautisch-Hydrographischen Institut 1951 bis 1955, beim Institut für Staubforschung und radioaktive Schwebstoffe 1956 bis 1962 und bei der Staatlichen Zentrale für Strahlenschutz (nur eine Akte, 1959–1965) erwachsen sind.

Die Überlieferung des Amtes erweist sich, verglichen mit der anderer zentralstaatlicher Einrichtungen aus dem betreffenden Zeitraum, als relativ dicht. Dokumentiert werden u.a.:

- die Planung, Projektierung und schrittweise Errichtung des ersten – 1966 in Betrieb genommenen und 1990 abgeschalteten - Atomkraftwerks der DDR in Rheinsberg,
- die Koordinierung von Lieferungen sowjetischer und deutscher Betriebe beim Aufbau des Kernkraftwerks,
- die Errichtung und Tätigkeit des Zentralinsti-

tuts für Kernphysik in Rossendorf bei Dresden mit einem Ende 1957 angefahrenen Forschungsreaktor und einem Zyklotron,

- die Tätigkeit des Wissenschaftlichen Rates für die friedliche Anwendung der Atomenergie,
- ambitionierte Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur Kernphysik und Kerntechnik,
- die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und anderen RGW-Ländern auf diesen Gebieten, u.a. im Vereinigten Institut für Kernforschung (VIK), Dubna<sup>19</sup>,
- die Verteilung radioaktiver Isotope für medizinische Zwecke und zur Prüfung von Werkstoffen,
- die Überwachung der Strahlenbelastung auf dem Gebiet der DDR,
- die Behandlung radioaktiver Abfälle,
- die Entwicklung der institutionellen Verflechtungen und der Arbeitsweise bei der Nutzung der Atomenergie sowie radioaktiver Isotope,
- das Personal des Amtes sowie
- der Umgang mit Vertraulichen Verschlussachen (VVS).

## Bestandsgeschichte

Die im Bestand enthaltenen Unterlagen wurden vom Verwaltungsarchiv bzw. von der Verschluss-sachen(VS)-Hauptstelle des Amtes, die eventuell in Personalunion unterhalten wurden, erfasst und bei der Auflösung des Amtes mit Abgabelisten an das Deutsche Zentralarchiv oder an die VS-Hauptstelle des Volkswirtschaftsrates übergeben.

Im Amt waren Fritz Prietzel von 1959 bis Anfang 1961 und Hildegard Jug von 1961 bis 1963 als Archivare tätig. Den Akten ist zu entnehmen, dass sie sich durchaus um eine zweckmäßige Aktenbildung im Amt und in dessen nachgeordnetem Bereich bemühten. Aber eine Ablage, die überwiegend Sachbetreffende zusammengefügt hätte, hat sich dort nicht etablieren können, da das AKK über keinen Aktenplan und keine Zentralregistratur verfügte, mehrfach umorganisiert wurde und die Gewohnheit, einzelne Dokumente zu registrieren, durch den häufigen Umgang mit Verschluss-sachen Fuß gefasst hatte. So sind die in den Abteilungs- oder Sachbearbeiterregistraturen angelegten Akten oft an Korrespondenzpartnern oder Schriftgutarten orientiert, was sich selbst in der Aktenplanung einiger Abteilungen aus dem Jahr 1962 widerspiegelt. Darüberhinaus wurde auch sehr verschiedenartiges Schriftgut zu Aufbewahrungseinheiten zusammengefasst.

Von den in das Verwaltungsarchiv gelangten Akten sind – soweit erkennbar – nur wenige kassiert worden, als das Endarchiv die Übernahme vorbereitete. Einige Akten dürften auch direkt aus den Registraturen in Einrichtungen gelangt sein, die einzelne Aufgaben des Amtes weiterführten.

Die zum Bestand gehörenden Akten wurden dem Deutschen Zentralarchiv (DZA) bzw. dem Zentralen Staatsarchiv (ZStA) wie folgt übergeben:

- im Mai 1963 vom Amt für Kernforschung und Kerntechnik: DF 1/ 1 bis 1398 (mit Lücken, ca. 48 lfm),
- im Oktober 1964 vom Staatssekretariat für Forschung und Technik: DF 1/ 1399 bis 1434 (ca. 5 lfm),
- ca. 1965 als versiegelte VS-Pakete vom Volkswirtschaftsrat: DF 1/21080 bis 21144 (ursprünglich Nr. 1080 bis 1144, ca. 7,60 lfm),

- im Juli 1969 vom Zentralinstitut für Kernforschung: DF 1/1435 bis 1438,
- im Februar 1985 vom Staatlichen Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz: DF 1/1501 bis 1550 (ca. 0,50 lfm).

Der im DZA zunächst in Potsdam aufbewahrte Bestand wurde im Juli 1966 an dessen Dienststelle Coswig (Anhalt) abgegeben und dort eingelagert. Im Zuge der Auflösung der seit 1990 zum Bundesarchiv gehörenden Außenstelle Coswig gelangten die Akten dann 1998 in die Dienststelle Berlin-Lichterfelde des Bundesarchivs. Erst bei der Vorbereitung dieses Umzugs wurden die früheren Verschluss-sachen (die jetzigen Signaturen DF 1/21080 bis 21144) aus dem Bestand DE 4 Volkswirtschaftsrat herausgelöst und dem Bestand DF 1 zugeordnet.

Bis 1990 dürfte die Überlieferung des Amtes für Kernforschung und Kerntechnik kaum benutzt worden sein, nach 1990 ist sie jedoch schon von einigen Benutzern herangezogen worden, wie die Fußnoten mehrerer Veröffentlichungen, darunter einer die Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR vergleichenden Geschichte der Kernenergie<sup>20</sup> belegen. Außerdem wurden aus Gehaltsnachweisen und Personalakten, die 1993 bis 2010 an das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) ausgeliehen worden waren, vom BfS Arbeitsentgeltbescheinigungen für die Rentenberechnung erstellt. Aus magazintechnischen Gründen werden diese Unterlagen jetzt unter den neuen Archivnummern DF 1/ 21146 bis 21168 geführt.

## Archivische Bewertung und Bearbeitung

In Coswig hatten Praktikanten schon in den 1960er Jahren die Kassation einiger Unterlagen des AKK vorgeschlagen. Aber erst 1997 sind schließlich ca. 350 Akten im Umfang von ca. 13 lfm nach nochmaliger Prüfung vernichtet worden. Dabei handelte es sich um Einnahme- und Ausgabebelege, Buchungsnachweise, Schriftgut zur Materialwirtschaft, VS-Quittungsbücher, Unterlagen zur Organisation von Dienstreisen, Aufträge an die Isotopenverteilungsstelle u.ä..

Im Jahr 2010, wurden die Angaben, die die Abgabeverzeichnisse zu den verbliebenen Akten

enthalten, per Retrokonversion in die Datenbank des Bundesarchivs (BASYS) übertragen und anschließend für die Online-Stellung überarbeitet. Zuvor waren nochmals 5 lfm kassable Unterlagen angefallen, indem Mehrfachausfertigungen Vertraulicher Verschlussachen (VVS), die wegen der unübersichtlichen Aktenbildung recht mühsam ermittelt werden mussten, sowie bereits im Bestand DF 4 Ministerium für Wissenschaft und Technik verzeichnete Jahresberichte von Forschungseinrichtungen zur Kassation ausgesondert wurden, nachdem die Übereinstimmungen jeweils geprüft worden waren. In einigen Fällen sind aber auch bewusst inhaltlich weitgehend identische Ausfertigungen von Unterlagen auf Transparent-, Durchschlag- und Ormig-Papier im Bestand belassen worden, weil sich hier die Möglichkeit bietet, die langfristige Haltbarkeit dieser Materialien zu studieren und diese Erkenntnisse gegebenenfalls zu nutzen. Auch Unterlagen, die die Handhabung von Vertraulichen Verschlussachen (VVS) und Vertraulichen Dienstsachen (VD) belegen, wurden absichtlich nicht zur Vernichtung ausgesondert, weil dadurch der – in einer Reihe anderer Bestände zentraler staatlicher Einrichtungen fehlende – Umgang mit geheimzuhaltendem dienstlichen Schriftgut beispielhaft dokumentiert werden soll.

Sehr unklare Inhaltsangaben, die die Abgabeverzeichnisse zu einem Teil der Akten und Bauzeichnungen – darunter vielen früheren Verschlussachen – auswiesen, erforderten eine Sichtung und Verzeichnung etwa eines Viertels des Bestandes. Dabei wurde angestrebt, inhaltliche und formale Zusammenhänge durch gleichartige Verzeichnungen sowie die Bildung von Bandfolgen und Serien sichtbar zu machen.

Die Gliederung des Bestandsverzeichnisses folgt der bereits aus dem Verwaltungsarchiv übernom-

menen Ordnung der Abgabeverzeichnisse nach der zeitweiligen Organisationsstruktur des Amtes. Lediglich Dienstberatungen beim Leiter des Amtes, Kollegiumssitzungen und Jahresberichte des Amtes wurden - unabhängig von der abgehenden Stelle - beim Leiter des Amtes eingereiht. Innerhalb der Klassifikationsgruppen wurden die Verzeichnungsangaben meistens nach der Laufzeit der Akten oder Bandfolgen geordnet.

Für die wenigen Akten des Nautisch-Hydrographischen Instituts, des Wissenschaftlichen Rats für die friedliche Anwendung der Atomenergie, des Instituts für Staubforschung und radioaktive Schwebstoffe und eine Akte der Staatlichen Zentrale für Strahlenschutz, die jeweils bei diesen Einrichtungen erwachsen sind, wurde je eine eigene Gruppe in der Klassifikation angelegt, da die Bildung gesonderter Bestände bei deren geringem Umfang nicht angebracht erschien.

Auch der Magazindienst hat bei dem Ziel, ein beständiges Findbuch zum Bestand zu fertigen, mitgewirkt, indem er das Vorhandensein der Archivnummern sorgfältig geprüft hat: der Bestand umfasst 998 Archivnummern. Nachdem die Archivalien in Mappen und Kartons verpackt wurden, nehmen sie ca. 53 lfm ein.

Die Online-Fassung des Findbuchs, die seit Februar freigeschaltet ist, spart Namen der Beschäftigten des Amtes, zu denen Personalakten verzeichnet sind, aus. Sie können aber unter Umständen zugänglich gemacht werden, nachdem die Benutzungsvoraussetzungen bei schriftlichen Anfragen oder bei einem Besuch im Bundesarchiv geprüft wurden.

*Gisela Haker*

## Anmerkungen

- 1) Vgl. Beschluss über Maßnahmen zur Anwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke vom 10. November 1955, In: BArch, DC 20/I/3/262.
- 2) Vgl. Zusammenarbeit mit dem Büro Moskau der Ingenieur-Technischen Verwaltung (ITV) des Ministeriums für Nationale Verteidigung, z. B in: BArch, DF 1/34.
- 3) Beschluss des Präsidiums des Ministerrates vom 4. Oktober 1956 über die Änderung des Beschlusses über Maßnahmen zur Anwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke, In: BArch, DC 20/I/4/209 bzw. 205 (Protokoll der Sitzung).
- 4) Beschluss des Präsidiums des Ministerrates vom 26. April 1962 über das Amt für Kernforschung und Kerntechnik, In: BArch, DC 20/I/4/551. - Sogar auf Briefbögen und Dienstsiegeln war die Unterstellung laut Entscheidung des Vorsitzenden der SPK, Mewis, ab Juli 1962 auszuweisen.
- 5) Karl Rambusch wurde am 15.1.1918 geboren und ist am 25.6.1999 gestorben. Von 1953 bis 1955 leitete er das Nautisch-Hydrographische Institut in Berlin-Friedrichshagen, Müggeldamm 336, von dem offenbar ein Teil des Personals sowie das Gebäude in den Verantwortungsbereich des AKK übergingen (BArch, DF 1/352), vermutlich als „Institut Friedrichshagen“ bzw. ab 1958 als „Institut für Staubforschung und radioaktive Schwebstoffe“. Nach seinem Ausscheiden aus dem Amt für Kernforschung und Kerntechnik war Rambusch Direktor des VEB Entwicklung und Projektierung kerntechnischer Anlagen (EpKA), Berlin (1961-1963), Werkdirektor des Atomkraftwerks Rheinsberg (1963-1969), Generaldirektor des Kombinats Kernenergetik (1966-1969) bzw. Bereichsdirektor im VEB Kombinat Kraftwerksanlagenbau in Berlin (1969-1983). In Briefen vom 14. Januar 1961 teilte er mit, dass er am 16. Januar 1961 aus dem AKK ausscheidet (In: BArch, DF 1/861). Vom Ministerrat wurde die Entbindung von seiner Funktion mit Beschluss vom 26. April 1962 ausgesprochen (In: BArch, DC 20/I/4/551).
- 6) Beschluss über das Statut des Amtes für Kernforschung und Kerntechnik vom 21. Februar 1957, In: GBI I Nr. 20 S. 170ff. sowie in BArch, DC 20/I/4/228.
- 7) Diese Aufgabe wurde v.a. vom Institut für Staubforschung und radioaktive Schwebstoffe, Berlin-Friedrichshagen, das dem AKK unterstellt war, wahrgenommen. Desweiteren waren an der Überwachung das Ministerium für Gesundheitswesen, der Meteorologisch-hydrologische Dienst, das Amt für Wasserwirtschaft und das Ministerium für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft (Veterinärmedizinischer Dienst) beteiligt.
- 8) U.a. Gesetz über die Anwendung der Atomenergie in der DDR vom 28. März 1962, In: GBI I Nr. 62 S. 47, Verordnung über die Einrichtung von Schutzgebieten vom 28. März 1962, In: GBI II S. 151, Verordnung über die Haftung für Strahlenschäden vom 28. März 1962, In: GBI II S. 152., Anordnung über die Allgemeinen Lieferbedingungen für radioaktive Stoffe vom 1. Dezember 1960, In: GBI III Nr. 60 S. 65.
- 9) In: BArch, DF 1/1302, 855 und 1540.
- 10) Anlage zum Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 5. Februar 1957, In: BArch, DY 30/J IV 2/2/526.
- 11) Statut vom 3. Dezember 1957, In: GBI II S. 309, und Anordnung Nr. 2 über das Statut des Zentralinstituts für Kernphysik vom 15. November 1960, In: GBI III S. 46; Heinz Barwich, geboren 22.7.1911, gestorben am 10.4.1966, war von 1932 bis 1934 Assistent bei Gustav Hertz.
- 12) Anordnung über die Errichtung der Zentrale für radioaktive Rückstände und Abfälle vom 1. April 1959, In: GBI II Nr. 9 S. 125, Statut vom 1. April 1959, In: GBI II S. 125 bzw. GBI II Nr. 9 vom 27.4.1959.
- 13) Beschluss des Präsidiums des Ministerrates vom 19. Dezember 1962 über die weitere Arbeit auf dem Gebiet der Kernforschung und Kerntechnik. In: BArch, DC 20/I/4/659.
- 14) Beschluss des Präsidiums des Ministerrates über die Auflösung des Wissenschaftlichen Rates für die friedliche Anwendung der Atomenergie vom 7. April 1966, In: BArch, DC 20/I/3/522.
- 15) Beschluss des Präsidiums des Ministerrates über die zusätzliche Bereitstellung von Mitteln für das Amt für Kernforschung und Kerntechnik vom 26.10.1961, In: BArch, DC 20/I/4/551.
- 16) Verordnung über das Statut der Staatlichen Zentrale für Strahlenschutz der DDR vom 19. Juli 1972, In: GBI II Nr. 93 S. 793 ff.; Beschluss des Präsidiums des Ministerrates vom 16. August 1962 über die Staatliche Zentrale für Strahlenschutz beim Ministerrat der DDR, In: BArch, DC 20/I/4/591; Beschluss des Ministerrates über die Struktur der Staatlichen Zentrale für Strahlenschutz vom 4. September 1963, In: BArch, DC 20/I/4/798.
- 17) Beschluss des Präsidiums des Ministerrates vom 19. Dezember 1962 über die weitere Arbeit auf dem Gebiet der Kernforschung und Kerntechnik. In: BArch, DC 20/I/4/659.
- 18) Weitere Entscheidungen über die Zuordnung unterstellter Einrichtungen des AKK enthalten v.a. die Akten BArch, DF 1/ 1431 und 1432.
- 19) Das VIK in Dubna wurde von sozialistischen Staaten als Pendant zu der 1954 v.a. von westeuropäischen Ländern gebildeten Europäischen Organisation für Kernforschung CERN errichtet.
- 20) Wolfgang D. Müller: Geschichte der Kernenergie in der DDR: Kernforschung und Kerntechnik im Schatten des Sozialismus (Geschichte der Kernenergie in der BRD, Band 3), Stuttgart: Schäffer-Poeschel, 2001.

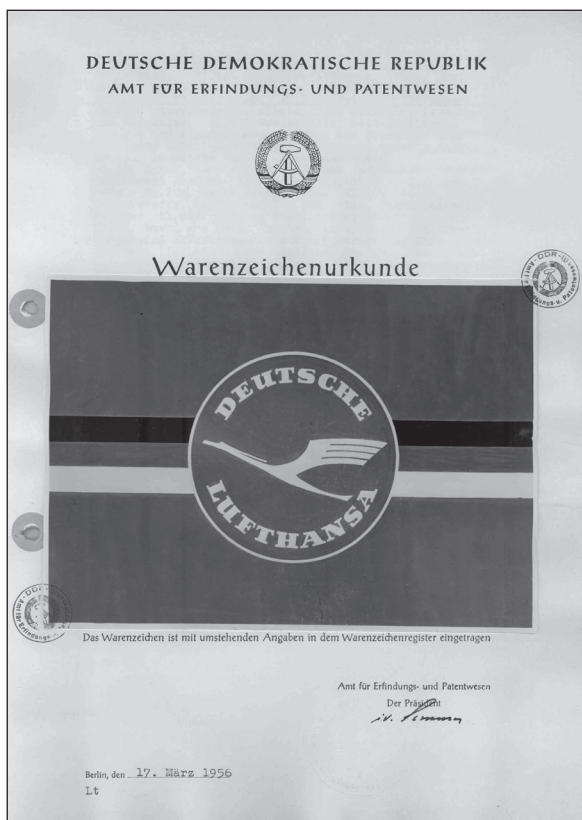
## Von der DEUTSCHEN LUFTHANSA der DDR zur INTERFLUG GmbH. Die Anfänge der zivilen Luftfahrt in der DDR

Seit März 2008 werden im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde die Akten der INTERFLUG GmbH, des zentralstaatlich geleiteten DDR-Luftverkehrsunternehmens, und des Vorgängers, der DEUTSCHEN LUFTHANSA der DDR, verwahrt.

Die übernommenen Unterlagen sind zweifellos die wichtigste archivalische Ergänzungsüberlieferung für das im Bestand DM 1 Ministerium für Verkehrswesen vorhandene Schriftgut zur zivilen Luftfahrt der DDR und zu dem für diesen Bereich seit dem Jahr 2004 vorliegenden Onlinefindbuch. Auch in weiteren Beständen der Abteilung DDR und der SAPMO liegen aussagekräftige Dokumente zum Luftverkehr und zum Flugzeugbau in der DDR vor. Somit besteht für interessierte Forscher die Möglichkeit, sich

schnell und unkompliziert einen Überblick zur Quellenlage zu verschaffen oder auch detailliert die Spuren der Luftfahrtgeschichte der DDR zu verfolgen. Nutzer erwarten auf jeden Fall aussagekräftige und umfangreiche Quellen.

Aus Anlass der Gründung der DEUTSCHEN LUFTHANSA der DDR (DLH) im Mai 1955 und der Aufnahme ihrer Betriebstätigkeit zum 1. Juli 1955 eröffnete die Leiterin der Abteilung DDR, Frau Rauschenbach, am 22. Juni 2010 vor Berliner Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie in Anwesenheit von ehemaligen Flugkapitänen und Technikern der DLH und der INTERFLUG GmbH im Foyer der Dienststelle Berlin-Lichterfelde eine Ausstellung zu den Anfängen der zivilen Luftfahrt in der DDR, die bis Anfang September 2010 zu sehen war. Ein dafür erarbeiteter Begleittext informierte über wichtige Ereignisse bzw. geschichtliche Abläufe zum Thema. Einige der ausgestellten Dokumente und neu hinzugekommene Schriftstücke stellt das Bundesarchiv auf seiner Homepage im Rahmen einer Galerie vor.



Das Warenzeichen der Deutschen Lufthansa.  
BArch, DM 104/143

### Die Vorgeschichte

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ruhte jeglicher deutscher Luftverkehr. Der Alliierte Kontrollrat als höchstes Machtorgan der vier Besatzungsmächte untersagte mit seiner Proklamation Nr. 2 vom 20. September 1945 die Wiederaufnahme des Luftverkehrs sowie die Herstellung, den Besitz, die Unterhaltung und den Betrieb von Flugzeugen aller Art durch Deutsche.

Für die Wiederbelebung des Luftverkehrs in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) trug die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), die anlässlich der Leipziger Herbstmesse 1949 den Flughafen Leipzig-Mockau öffnete, die Verantwortung. Die Abfertigung erfolgte ausschließlich durch sowjetisches Personal<sup>1</sup>. Der zivile Luftverkehr in der SBZ lag hauptsächlich

bei der sowjetischen Fluggesellschaft AERO-FLOT, der polnischen LOT und der tschechoslowakischen ČSA<sup>2</sup>.

Nach Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) am 7. Oktober 1949 verblieb die Zuständigkeit für die Lufthoheit weiterhin beim Sowjetischen Hohen Kommissar. Mitarbeiter deutscher Behörden übernahmen erstmals im Jahr 1950 auf dem Messeflughafen Leipzig-Mockau Bodendienste für ausländische Fluggesellschaften. Durch Verfügung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vom 28. Februar 1950 erhielt das Ministerium für Verkehr der DDR den Auftrag, den Flugverkehr für die Leipziger Messe zu organisieren.

Im Dezember 1950 übertrug der Minister für Verkehr die flugtechnische Leitung des Messeflugbetriebes auf dem Flughafen Leipzig-Mockau der Generaldirektion Kraftverkehr und Straßenwesen. Es erfolgte der Ausbau des Flughafens, insbesondere der Flugsicherungsanlagen und technischen Einrichtungen. Ab Januar 1953 nahm eine Dienststelle zur laufenden Instandhaltung und für vorbereitende Maßnahmen beim Messeflugbetrieb auf dem Flughafen ihre Tätigkeit auf, die unmittelbar dem Staatssekretariat für Kraftverkehr und Straßenwesen unterstand<sup>3</sup>.

### **Aufbau einer eigenen zivilen Luftfahrt**

Als die Regierung der UdSSR am 26. März 1954 der DDR weitreichende Souveränitätsrechte übertrug, veränderten sich die politischen und völkerrechtlichen Voraussetzungen für die Aufnahme des Flugverkehrs in der DDR entscheidend<sup>4</sup>. Das Staatssekretariat für Kraftverkehr und Straßenwesen drängte nun auf verbindliche Beschlüsse zum Aufbau einer eigenen zivilen Luftfahrt. Der Anschluss an die Entwicklung des internationalen Luftverkehrs sollte nicht verloren gehen. Zudem hatte die Kasernierte Volkspolizei (KVP) inzwischen fliegende Verbände aufgestellt. Auch die Luftfahrtindustrie, die sich im Raum Dresden konzentrierte, stand in den Startlöchern.

Im April 1954 erarbeitete das Staatssekretariat Vorschläge zur Entwicklung des Luftverkehrs der

DDR, die u.a. Stellenpläne für die Mitbenutzung bzw. die Übernahme des Flughafens Berlin-Schönefeld in deutsche Verwaltung beinhalteten. Als Beschlussvorlage gelangten diese Vorstellungen Anfang Juni 1954 an das Zentralkomitee der SED. Der Beschluss wurde jedoch nicht umgesetzt<sup>5</sup>.

Erst im März 1955 begannen konkrete Verhandlungen mit Vertretern der sowjetischen Botschaft über eine zivile Luftfahrt in der DDR<sup>6</sup>. Im Ergebnis wurde am 27. April eine Vereinbarung über die gemeinsame Nutzung des Flughafens Berlin-Schönefeld unterzeichnet<sup>7</sup>.

Zum 1. Mai 1955 erfolgte die Gründung der DEUTSCHEN LUFTHANSA (DLH) als nationale Fluggesellschaft der DDR<sup>8</sup>. Am 1. Juli nahm die erste Betriebsdirektion unter der Leitung von Arthur Pieck – ein Sohn von Staatspräsident Wilhelm Pieck – ihre Tätigkeit auf. Nach dem im Februar 1956 im Gesetzblatt der DDR veröffentlichten Statut war das Unternehmen ein Volkseigener Betrieb und unterstand zunächst dem Ministerium des Innern. Als Gründungsdatum wurde im Statut zwar der Monat Mai, als Jahr aber nicht 1955, sondern 1954 genannt<sup>9</sup>. Der später an Bedeutung gewinnende Anspruch, „der Erste“ im Nachkriegsdeutschland gewesen zu sein, spielte dafür sicherlich eine große Rolle, denn am 6. August 1954 war in der Bundesrepublik die Aktiengesellschaft für Luftverkehrsbedarf (Luftag) mit Sitz in Köln offiziell in Deutsche Lufthansa AG umbenannt worden.

Die Wahl der Bezeichnung „DEUTSCHE LUFTHANSA“ für die Fluggesellschaft der DDR war problematisch. Im September 1954 erfolgte die Eintragung in das Warenzeichenregister. Doch erst im Juli 1955 beantragte die Direktion der DLH der DDR beim Amt für Erfindungs- und Patentwesen der DDR ihren Eintrag. Die Deutsche Lufthansa AG verhinderte mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln, dass die Fluggesellschaft der DDR im westlichen Ausland und in internationalen Organisationen Fuß fasste. Durch die Nutzung des gleichen Namens und Warenzeichens in beiden deutschen Staaten entbrannte ein erbitterter Rechtsstreit. In der Erkenntnis, diesen kostspieligen Prestigekampf nicht gewinnen zu können, wurde die DLH der DDR zum 31. August 1963 liquidiert<sup>10</sup>.

REGIERUNG DER  
DEUTSCHEN DEMOKRatischen REPUBLIK  
Ministerium für Verkehrswesen  
Hauptabteilung der zivilen Luftfahrt

Sekretariat Staatssekretär	
Eingang:	16. Okt. 58
Journal:	187/58
an IV:	akt. Org.
Termin:	
Wiederverlag:	
Rückporto:	

*weiter  
an Org.*

*wpr  
ju*

Ministerium für Verkehrswesen  
z. Hd. Staatssekretär Weiprecht

16. Okt. 1958  
3024/58/168

Berlin

ZKD

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Hausruf

Unsere Zeichen

DRESDEN A1  
Ammonstraße 8

1763/58/ZLG/Da/Qu

13. 10. 58

Betreff Stellungnahme zur Gründung der "INTERFLUG", Gesellschaft für Internationalen Flugverkehr mbH

Die Bildung eines zweiten Luftverkehrsunternehmens dürfte meiner Auffassung nach mit Rücksicht auf die Streitigkeiten um die Berechtigung der Verwendung des Namens "Deutsche Lufthansa" unter den gegebenen Verhältnissen der richtige Weg sein, um beim Flugverkehr in kapitalistischen Staaten irgendwelchen Sanktionen aus dem Wege zu gehen.

Der vom Präsidium des Ministerrates bestätigte Entwurf des Vertrages geht von der richtigen Erkenntnis aus, daß die Prinzipien der Organisation eines volkseigenen Betriebes auch in den Unternehmen durchgesetzt werden müssen, die mit Rücksicht auf außenpolitische oder sonstige Erwägungen in der Form von Handelsgesellschaften des bürgerlichen Rechts errichtet werden. Das kommt z. B. in der einfachen Stimmenmajorität der DLH zum Ausdruck, durch die die Durchsetzung einheitlicher Leitungsprinzipien gewährleistet wird.

Die Bildung in der vorgesehenen Form, nach der staatliche Einrichtungen Gesellschafter werden, steht auch im Einklang mit dem im Entwurf des Luftfahrtgesetzes niedergelegten Grundsatz des staatlichen Monopols für die gewerbsmäßige Luftfahrt.

Zu bemerken wäre bei der Aufzählung der Gesellschafter, daß nach dem im Gesetzblatt 1957 S. 570 veröffentlichten Statut der Name nur "DEUTSCHE LUFTHANSA" lautet und der Sitz der VVB Flugzeugbau Dresden ist.

Von meiner Seite aus bestehen deshalb weder gegen die Gründung noch gegen die rechtliche Ausgestaltung des neuen Unternehmens Bedenken.

*Hann B*

Hann B  
Leiter der Hauptabteilung

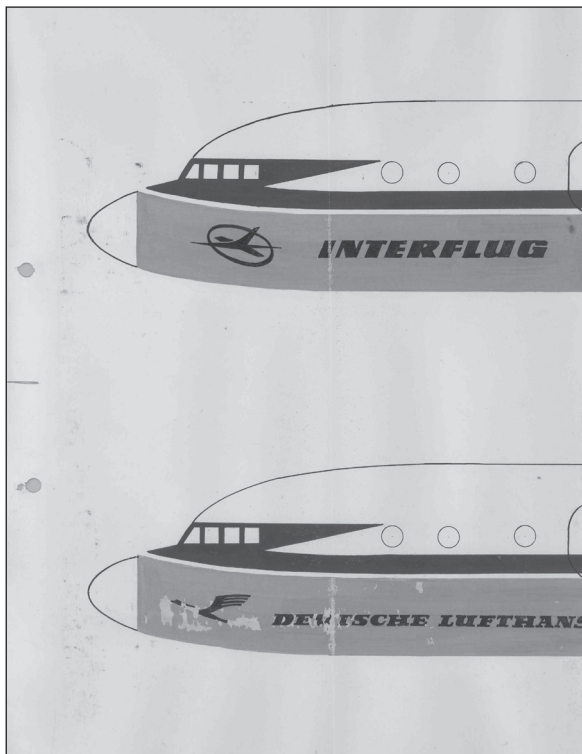
Ruf: 42761, für Unfallmeldungen und außerhalb der Dienstzeit 42744

Telegrammschrift: Minverluft Dresden

Bm 8161/57 VA 5708 (87/10) 61696 4

Ab dem 1. September 1963 übernahm die am 8. September 1958 für den Flugverkehr in Richtung westliches Ausland gegründete INTERFLUG Gesellschaft für internationalen Flugverkehr m.b.H. als nunmehr einzige Luftverkehrsgesellschaft der DDR alle bisher von der DLH der DDR wahrgenommenen Aufgaben und Luftfahrtdienste. Sämtliche Rechte und Pflichten aus den kommerziellen Abkommen und Verträgen, die mit Luftverkehrsgesellschaften anderer Staaten abgeschlossen worden waren, gingen auf sie über<sup>11</sup>.

Im Lauf des Jahres 1955 schloss die DDR Luftverkehrsabkommen mit Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, der Tschechoslowakei ab und trat internationalen Vereinbarungen zum Luftverkehr – Warschauer Abkommen und Den-Haager-Protokoll – bei. Die DLH der DDR flog in den ersten Monaten nach ihrer Gründung keine Linienflüge, sondern nur Sonderflüge in die sozialistischen Staaten. Am 16. September 1955 startete erstmalig eine Regierungsdelegation der DDR mit einem Flugzeug der DLH nach Moskau. Am 4. Februar 1956 wurde als erste internationale Linie die Verbindung nach Warschau eröffnet. Ihr folgten



Seit dem 1. September 1963 ist „Interflug“ die einzige Luftverkehrsgesellschaft der DDR.  
BArch, DM 1/23179

am 16. Mai 1956 eine Verbindung nach Sofia, am 19. Mai 1956 nach Bukarest und am 7. Oktober 1956 nach Moskau. Als erste Inland-Fluglinie eröffnete die DLH der DDR am 27. Februar 1956 den Messeflugverkehr nach Leipzig. Ab dem 16. Juni 1957 war das Inlandnetz mit den Flughäfen Barth, Berlin, Dresden, Erfurt, Karl-Marx-Stadt und Leipzig in Betrieb<sup>12</sup>.

Ab 1961 wurde der zivile Luftverkehr der DDR dem Ministerium für Verkehrswesen zugeordnet. In dessen Zuständigkeitsbereich entstand als verantwortliches Organ für die Planung, Entwicklung und Koordinierung des Luftverkehrs die Hauptverwaltung der Zivilen Luftfahrt<sup>13</sup>.

## Der Flugzeugbau

Beim Aufbau der Flugzeugindustrie in der DDR mussten zunächst Erfahrungen im Flugzeugbau wieder erworben und Fachkräfte herangebildet werden. Professor Dr. Brunolf Baade, ein deutscher Flugzeugkonstrukteur, führte international anerkannte Experten aus Unternehmen der ehemaligen Reichsluftfahrtindustrie wie Junkers, Heinkel, Siebel oder Arado in Dresden zu einem Team zusammen. Im Mai 1955 begann dort der Lizenzbau des sowjetischen Verkehrsflugzeuges Iljushin IL-14P in eigener Verantwortung. Zuvor hatte die UdSSR die gesamte Produktionsdokumentation und ein Musterflugzeug an den VEB Flugzeugwerk Dresden übergeben. Nach den Plänen von Professor Dr. Baade und Karl Pätzold wurde die Konstruktion überarbeitet und die IL-14P für 26 Fluggäste und vier Besatzungsmitglieder gebaut<sup>14</sup>. Insgesamt wurden bis zum November 1959 80 Flugzeuge dieses Typs hergestellt und u.a. nach Vietnam, Polen, Ungarn, Rumänien sowie in die Vereinigte Arabische Republik<sup>15</sup> geliefert. Die achtzigste und letzte IL-14P erhielten die polnischen Luftstreitkräfte.

Innerhalb von nur drei Jahren entstand bis 1958 die Vereinigung Volkseigener Betriebe (VVB) Flugzeugbau mit einer Gesamtbelegschaftsstärke von 25.000 Mitarbeitern. Neben dem Lizenzbau der Iljuschin IL-14P sollte dieser Industriezweig das Düsenflugzeug „152“ und das Turbopropverkehrsflugzeug „153“ entwickeln. Am 30. April 1958 rollte die 152 V1, die für eine Reichweite

von 3.000 Kilometern, eine Geschwindigkeit von rund 800 km/h und 72 Fluggäste ausgelegt war, aus der Montagehalle in Dresden. Dieses unter der Leitung von Professor Dr. Baade entwickelte erste deutsche Düsenflugzeug entsprach den modernsten Anforderungen der damaligen Zeit. Bei einem Testflug am 4. März 1959 stürzte die Maschine in der Nähe von Ottendorf-Okrilla ab, wobei alle vier Insassen ums Leben kamen<sup>16</sup>.

Mangelnde wirtschaftliche Effizienz, fehlende Absatzmöglichkeiten im Westen und zu wenig

Nachfrage aus anderen sozialistischen Ländern führten im Jahre 1961 – obwohl bereits an 27 weiteren Maschinen des Typs „152“ gearbeitet wurde – zur Einstellung des Flugzeugbaus in der DDR. Die Betriebe und Entwicklungseinrichtungen wurden mit der Herstellung anderer Maschinen, u.a. für die Landwirtschaft, bzw. mit der Wartung von Kampfflugzeugen für die Luftstreitkräfte der DDR betraut.

*Elke Vogel*

#### **Anmerkungen**

- 1) Vgl. Ehmer, Hansjochen: Der zivile Luftverkehr der DDR. Berlin 1983. S. 13f.
- 2) Grenzdörfer, Joachim/ Seifert, Karl-Dieter/ Treibel, Werner: Berliner Flughäfen im Wandel. Bonn 2000. S. 44.
- 3) Siehe BArch, DM 1/1244.
- 4) Siehe SAPMO-BArch, NY 4130/86, Bl. 316.
- 5) Siehe BArch, DM 1/1244 und vgl. Seifert, Karl-Dieter: Weg und Absturz der Interflug. Der Luftverkehr der DDR. Berlin 1994. S. 15.
- 6) Siehe BArch, DM 104/21.
- 7) Vgl. Seifert, S. 17ff.
- 8) Siehe BArch, DM 104/143.
- 9) Siehe GBl. der DDR, Teil I, Nr. 23. S.205f.
- 10) Vgl. Seifert, S. 43ff.
- 11) Siehe BArch, DM 1/2332.
- 12) Siehe BArch, DM 1/ 3631.
- 13) Siehe BArch, DC 20 I/4-432, Bl. 12ff. und BArch, DM 1/5972.
- 14) Vgl. Barkleit, Gerhard: Die Rolle des MfS beim Aufbau der Luftfahrtindustrie der DDR. Dresden 1995. S. 8f.
- 15) Zusammenschluss von Ägypten und Syrien 1958 bis 1961.
- 16) Siehe BArch, DM 1/2647.

# „Den Besuchern der DDR die Augen öffnen“<sup>1</sup>. Das ‚Berliner Büro der Internationalen Konferenz zur friedlichen Lösung der deutschen Frage‘

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es unterschiedliche Überlegungen, wie die besondere Situation der Teilung Deutschlands überwunden werden könnte. Die Auseinandersetzungen um die ‚deutsche Frage‘ waren über mehrere Jahre geprägt durch die Ambivalenz von Wiedervereinigungsanspruch und der politischen und wirtschaftlichen Integration der beiden deutschen Staaten in die jeweiligen Machtblöcke in Ost und West. Vor allem führte die verteidigungspolitische Einbindung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR in die entstehenden militärischen Bündnissysteme zu Kontroversen darüber, ob und auf welchem Wege es zu einer friedlichen Lösung des Deutschlandproblems kommen könnte.

Versuche der DDR, für ihre Positionen und die Politik des Ostblocks Zustimmung auch im Westen zu gewinnen, sind im Bundesarchiv u.a. dokumentiert in den Unterlagen des ‚Berliner Büros der Internationalen Konferenz zur friedlichen Lösung der deutschen Frage‘, dessen Tätigkeit in 82 Archivalieneinheiten mit einem Umfang von etwa zwei laufenden Metern überliefert ist. Sie sind Teil des Bestands DA 1 Volkskammer der DDR. Der Schwerpunkt der Überlieferung setzt mit Einrichtung des Büros im Jahre 1954 ein. Aus der früheren Zeit ist umfangreicheres Material nur von den Internationalen Konferenzen, die im November 1952 bzw. Juni 1953 in Ost-Berlin stattfanden, vorhanden. Durch die Anbindung der Konferenzbewegung an den Deutschen Friedensrat finden sich Arbeitsunterlagen des DDR-Kreises der ‚Internationalen Konferenz‘ aus der Zeit vor Einrichtung des Berliner Büros vor allem im Bestand DZ 9 Friedensrat der DDR<sup>2</sup>. Weitere Akten zur ‚Internationalen Konferenz zur friedlichen Lösung der deutschen Frage‘ liegen im Bestand DA 1 Volkskammer der DDR<sup>3</sup> vor.

## Die internationale Situation

Der Ausbruch des Korea-Krieges im Sommer 1950 führte im Westen zu einer neuen Einschätzung der Bedrohung durch die Sowjetunion. In Washington, London und Paris verfestigte sich die Auffassung

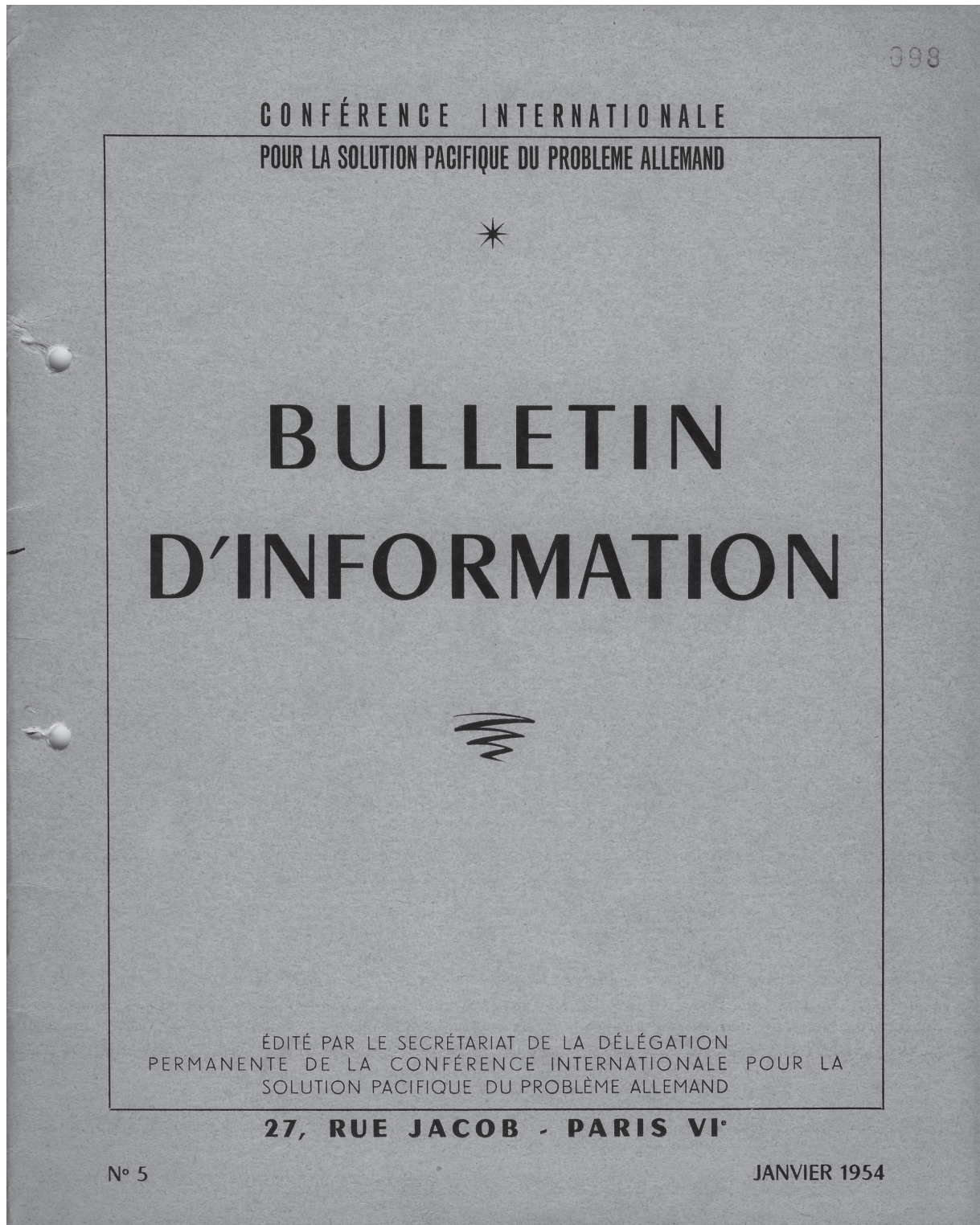
von einer aggressiven, expansionistischen Politik der UdSSR, die vermehrte Rüstungsanstrengungen notwendig erscheinen ließ. Die Wiederbewaffnung Japans und der Bundesrepublik und ihre Integration in das westliche Bündnis wurden nun energisch vorangetrieben, um ihr Potenzial für eine gemeinsame Verteidigung nutzen zu können<sup>4</sup>. Die vor allem von anglo-amerikanischer Seite befürwortete und von Bundeskanzler Adenauer angebotene Wiederaufrüstung wurde in den frühen 1950er Jahren zum kontrovers diskutierten, beherrschenden innenpolitischen Thema in der Bundesrepublik<sup>5</sup>.

Auch in den Nachbarstaaten fand ein möglicher bundesdeutscher Verteidigungsbeitrag wenig Zustimmung. Vor allem in Frankreich stieß der Gedanke an „die Wiederaufrichtung eines deutschen Heeres (...) auf begreifliches Missbehagen“<sup>6</sup>. Die französische Regierung musste sich aber letztlich dem amerikanischen Druck beugen: Im Oktober 1950 legte der französische Ministerpräsident René Pleven den Plan zur Aufstellung einer Armee im Rahmen einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) vor, in die deutsche Truppenverbände integriert werden sollten.

Neben zahlreichen Protesten aus allen politischen Lagern Frankreichs, wollten sich vor allem die französischen Kommunisten nicht „an den unheimlichen Gedanken neu bewaffneter Deutscher [zu] gewöhnen“<sup>7</sup>. Ihre Agitation war ganz auf den Kampf gegen eine deutsche Remilitarisierung und eine „neue Wehrmacht“ ausgerichtet und fügte sich nahtlos in das außenpolitische Konzept der Sowjetunion ein. Die Führung der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF)<sup>8</sup> vertrat die Ansicht, die Wiederbewaffnung der Feinde von gestern für einen Krieg gegen den sowjetischen Verbündeten sei das Ziel US-imperialistischer Politik<sup>9</sup>.

## Der Weltfriedensrat und die deutsche Frage

Der Kampf gegen die beginnende westeuropäische Integrationspolitik und insbesondere gegen



*Informationsbulletin der Internationalen Konferenz über eine friedliche Lösung der deutschen Frage, Januar 1954.  
BArch, DA 1/1364*

die geplante EVG bot den deutschen und französischen Kommunisten die Möglichkeit, ihre „Energien gegen die gemeinsamen Klassenfeinde in Paris, Washington und Bonn zu lenken“<sup>10</sup>. Moskauer Direktiven folgend hatten PCF und SED den Kampf zur Verteidigung des Friedens und Stärkung des ‚Weltfriedenslagers‘ zu führen. Der Ende 1950 auf dem Zweiten Weltfriedenskongress eingerichtete Weltfriedensrat (WFR) bot dafür eine festere Organisationsform<sup>11</sup>. Er verstand sich als Repräsentant einer „primär die Positionen der kommunistischen Bewegung teilenden Friedensbewegung“, der jedoch auch prominente Nichtkommunisten angehörten<sup>12</sup>.

In zahlreichen Ländern waren in den Jahren 1949/50 Friedenskomitees als nationale Sektionen des WFR entstanden. In Ost-Berlin konstituierte sich bereits am 10. Mai 1949 das ‚Deutsche Komitee der Kämpfer für den Frieden‘ als Vorläufer des späteren Friedensrates der DDR, dessen bundesdeutsches Pendant mit dem Westdeutschen Friedenskomitee (WFK) zu Beginn des Jahres 1950 ins Leben gerufen wurde<sup>13</sup>.

In einem Grußschreiben zum 30. Gründungstag der PCF unterstrich die SED-Führung im Dezember 1950, es sei dringend geboten, „gemeinsam die amerikanischen Kriegspläne zu zerstören, die in der (...) Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus in Westdeutschland (...) mit dem Ziel der Vorbereitung des dritten Weltkrieges bestehen“<sup>14</sup>. Das im Weltfriedensrat organisierte französische Friedenskomitee („Mouvement de la Paix“) veröffentlichte Anfang 1951 einen Appell an das deutsche Volk, in dem betont wurde, eine französisch-deutsche Versöhnung werde nur im gemeinsamen Kampf gegen die deutsche Wiederbewaffnung realisiert werden können: „Seien wir klug, entschlossen und weitgehend genug, um die gerechte und friedliche Lösung eines Problems zu erzwingen, von dem die Zukunft unserer beiden Nationen abhängt“<sup>15</sup>.

Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, gründeten französische und belgische Friedensaktivisten, die weitgehend den jeweiligen im WFR zusammengeschlossenen Friedenskomitees ihrer Länder angehörten, ein Initiativkomitee, das sich den Kampf gegen einen möglichen deutschen Wehrbeitrag auf die Fahnen geschrieben

hatte und die Öffentlichkeit in Europa für dieses Thema sensibilisieren wollte. Nach informellen Vorgesprächen unterbreitete der Vorsitzende des französischen Friedenskomitees, Yves Farge, auf der Ende Februar 1951 in Berlin stattfindenden ersten Tagung des WFR den Vorschlag zur Einberufung einer internationalen Konferenz gegen die Wiederaufrüstung Deutschlands<sup>16</sup>. Sie fand unter dem Motto ‚Internationale Konferenz zur friedlichen Lösung des Deutschlandproblems‘ Mitte Mai 1951 mit 266 Delegierten aus 14 Staaten in Paris statt<sup>17</sup>. Die öffentliche Wirkung dieser Zusammenkunft war allerdings sehr gering, zumal es den Organisatoren nicht gelungen war, namhafte Gegner der deutschen Wiederbewaffnung aus der Bundesrepublik zur Teilnahme zu bewegen. Die SED-Führung wies daher die Verantwortlichen des Deutschen Friedenskomitees an, die internationalen Verbindungen „vor allem mit dem französischen, holländischen und belgischen nationalen Friedenskomitees“ zu verstärken<sup>18</sup>.

Nachdem die Pläne für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag nach der Washingtoner Außenministerkonferenz im September 1951 konkrete Gestalt annahmen<sup>19</sup>, ergriffen erneut französische Friedensaktivisten die Initiative und luden deutsche Wiederbewaffnungsgegner Anfang Dezember 1951 zu einer Tagung nach Straßburg ein. Initiiert wurde die Zusammenkunft von Michel Bruguiere, Rechtsanwalt und Mitglied der PCF, sowie vom Chefredakteur der linkskatholischen Zeitschrift „Esprit“, Jean-Marie Domenach. Beide waren Aktivisten im französischen Friedenskomitee und kannten sich aus dem gemeinsamen Kampf gegen die deutsche Besatzung im Zweiten Weltkrieg<sup>20</sup>.

Leiter der kleinen deutschen Delegation, die Anfang Dezember in Straßburg mit den Franzosen zusammentraf, war der erste Mönchengladbacher Nachkriegs-Bürgermeister Wilhelm Elfes. Er hatte in der Weimarer Republik zum linken Flügel der Zentrumsparterie gehört, war 1945 Mitbegründer der CDU im Rheinland gewesen und zählte nun in der Bundesrepublik zu den entschiedenen Gegnern einer westdeutschen Wiederaufrüstung. In seinem friedenspolitischen Engagement befürwortete Elfes aufgrund des gemeinsamen Nahziels eine Zusammenarbeit mit Kommunisten und Sozialisten, wurde daher aus der CDU ausge-

schlossen und war in der Folgezeit ein Aktivposten des westdeutschen Kreises der Internationalen Konferenz zur friedlichen Lösung der deutschen Frage<sup>21</sup>.

Ähnlich wie bei der Frühjahrstagung in Paris war die deutsche Delegation in Straßburg äußerst schwach besetzt, da den meisten Teilnehmern die Einreise nach Frankreich verwehrt worden war, so dass den 76 französischen Delegierten lediglich 19 deutsche Teilnehmer gegenüberstanden. Nach offizieller Darstellung zeigte sich bei diesem Treffen, dass alle Anwesenden bereit waren, „im Geiste der Versöhnung und Völkerfreundschaft an die heikle und schwierige Lösung der deutschen Frage heranzugehen“<sup>22</sup>. Die Lösungsvorschläge lagen auf der Linie der Anfang November 1951 stattfindenden Tagung des WFR, der eine Zusammenkunft der Vier Mächte und den Abschluss eines Friedensvertrages „mit einem entwaffneten, geeinten und friedliebenden Deutschland“ forderte. Zudem beabsichtigte der WFR „Konferenzen zwischen repräsentativen Persönlichkeiten aller Nachbarländer Deutschlands mit deutschen Persönlichkeiten“ zu unterstützen<sup>23</sup>.

Auf der Straßburger Tagung wurde beschlossen, den Beratungsrahmen zu erweitern und Vertreter aller an Westdeutschland grenzenden Länder zu einer Zusammenkunft einzuladen, die eine vom WFR geforderte Europäische Friedenskonferenz im Sommer 1952 vorbereiten sollte. Nach entsprechenden Direktiven der SED-Führung wurden die Verantwortlichen des Deutschen Friedenskomitees aufgefordert, in Rücksprache mit den kommunistischen Funktionären in der französischen Friedensbewegung ein internationales Initiativkomitee für die Europäische Friedenskonferenz einzurichten<sup>24</sup>.

### **Der ‚lange Weg‘ zur Internationalen Konferenz**

Am 23. März 1952 kam es in Rhöndorf bei Bonn zu einer ersten Sitzung dieses Initiativkomitees, an der Vertreter aus Frankreich, Belgien, Dänemark, England, den Niederlanden, der Bundesrepublik und der Schweiz teilnahmen. An der Spitze des Komitees standen Jean-Marie Domenach, Michel Bruguier und Wilhelm Elfes. Dem Beschluss

dieser Tagung, die internationale Zusammenarbeit hinsichtlich des Widerstandes gegen die deutsche Remilitarisierung zu verstärken, wurde durch eine personelle Erweiterung des Initiativkomitees mit Vertretern aus Italien, Polen der Tschechoslowakei und den skandinavischen Ländern Rechnung getragen.

Ein im Frühjahr 1952 eingerichtetes internationales Sekretariat unter Führung von Michel Bruguier mit Sitz in Paris berief für den 4. Mai 1952 eine erneute Zusammenkunft nach Basel ein. Ergebnis der dortigen Besprechung war eine Entschließung gegen die bevorstehende Unterzeichnung der Westverträge sowie die Einberufung der Europäischen Friedenskonferenz, die Mitte Juni 1952 unter dem Titel ‚Internationale Konferenz zur friedlichen Lösung der deutschen Frage‘ in Paris stattfinden sollte. Die französische Regierung verbot allerdings deren Durchführung, so dass die Vertreter der verschiedenen west- und osteuropäischen Länder kurzfristig nach Odense in Dänemark beordert wurden. Ein reibungsloser Ablauf der Konferenz war jedoch auch hier nicht möglich, da die dänischen Behörden deutschen, österreichischen, tschechischen und polnischen Konferenzteilnehmern die Einreisevisa versagten. Der Versuch, die Konferenz im Oktober 1952 in Stockholm stattfinden zu lassen, scheiterte wiederum daran, dass zahlreichen Teilnehmern der Konferenz die Einreiseerlaubnis verweigert wurde.

Das internationale Sekretariat beschloss daraufhin, die Konferenz vom 8. bis 10. November in Berlin abzuhalten<sup>25</sup>. Nach einer Pressekonferenz zum Konferenzauftakt in einem Hotel am West-Berliner Kurfürstendamm, fanden die eigentlichen Arbeitstagungen der etwa 200 Vertreter aus 14 europäischen Ländern in Ost-Berlin statt. Zu den bundesdeutschen Teilnehmern zählten neben Wilhelm Elfes u.a. Martin Niemöller, der frühere Reichskanzler Joseph Wirth sowie die KPD-Bundestagsabgeordnete Grete Thiele. Aus der DDR waren u.a. Volkskammerpräsident Johannes Dieckmann, der Schriftsteller Stephan Hermlin, der Generalsekretär der Ost-CDU Gerald Götting, sowie SED-Politbüro-Mitglied Franz Dahlem vertreten.

In einer Resolution wurde vor einer Ratifizierung der Westverträge gewarnt, die zwangsläufig „zu

einer Verstärkung des Wettrüstens, zu einer Vertiefung der Spaltung Deutschlands und der Gefahr eines deutschen Bruderkrieges und zu einer Verschärfung der internationalen Spannung führen“ würde<sup>26</sup>. Die Teilnehmer votierten in Übereinstimmung mit östlichen Vorschlägen für Viermächteverhandlungen über einen Friedensvertrag mit einem blockfreien Deutschland. Des Weiteren wurde beschlossen, in allen europäischen Ländern ‚Ständige Delegationen der Internationalen Konferenz‘ zu bilden, von denen man sich eine Intensivierung der Arbeit versprach.

Als weiteres Ergebnis der Konferenz konstituierte sich am 15. November 1952 unter Vorsitz von Volkskammerpräsident Johannes Dieckmann der Arbeitsausschuss des DDR-Kreises der ‚Ständigen Delegation der Internationalen Konferenz zur friedlichen Lösung der deutschen Frage‘, zu dem u.a. SED-Politbüro-Mitglied Franz Dahlem, der Präsident der DDR-Länderkammer, Reinhold Lobedan, sowie die Schriftsteller Alexander Abusch und Stephan Hermlin zählten<sup>27</sup>. Der Deutsche Friedensrat, dessen Generalsekretär Heinz Willmann (SED) ebenfalls Mitglied der Ständigen DDR-Delegation wurde, war fortan für die Bewegung der Internationalen Konferenz in Deutschland zuständig.

Auf der ersten Tagung der ‚Ständigen Delegation der Internationalen Konferenz‘, die am 11. und 12. Juni 1953 wiederum in Ost-Berlin stattfand, wurde erneut die Forderung zur Durchführung einer Viermächte-Konferenz erhoben und Genugtuung darüber geäußert, dass bis zu diesem Zeitpunkt in keinem europäischen Land mit Ausnahme der Bundesrepublik eine Ratifizierung der Westverträge erfolgt war.

Der ‚Nationale Kongress für die friedliche Lösung der deutschen Frage‘, der auf Initiative der tschechischen Regierung und Nationalversammlung mit Delegationen der Internationalen Konferenz aus mehreren Ländern unter Hinzuziehung zahlreicher Vertreter des Weltfriedensrates am 11. Oktober 1953 in Prag stattfand, beriet „mit tiefem Ernst über die Situation der westeuropäischen Staaten infolge des wiedererstehenden Militarismus in Westdeutschland“<sup>28</sup>. Grund für diese pessimistische Situationsbeschreibung durch die Konferenz war der Sieg der von Adenauer

geführten Regierungskoalition bei den Bundestagswahlen im Spätsommer 1953, der den eingeschlagenen Westintegrationskurs des Kanzlers innenpolitisch legitimierte.

Die Bewegung der Internationalen Konferenz setzte ihren Kampf gegen die Ratifizierung der Westverträge fort und berief für Ende März 1954 eine Tagung mit Vertretern aus Frankreich, Großbritannien, Italien, Belgien, den Niederlanden und der Bundesrepublik nach Paris ein, um ihre Ablehnung des EVG-Vertrages und der westdeutschen Wiederaufrüstung publik zu machen.

### **Einrichtung des Berliner Büros der Internationalen Konferenz**

Zu Beginn des Jahre 1954 war in Ost-Berlin über die Einrichtung eines eigenen Büros der ‚Ständigen DDR-Delegation‘ beraten worden. In einer Sekretariatssitzung des Deutschen Friedensrates am 9. Januar wurde dessen Sekretär Gotthard Eberlein beauftragt, „2-3 Räume für das Internationale Büro zu beschaffen“<sup>29</sup>. Neben intensiven Verbindungen zu den einzelnen Büros in den anderen, an der ‚Konferenz-Bewegung‘ beteiligten europäischen Ländern, sollte das einzurichtende Berliner Büro, „durch Verbreitung von Artikeln aus der ausländischen Presse in deutschen Zeitungen (...) sowie durch Weitergabe von Informationen über das Leben in der Deutschen Demokratischen Republik an die nationalen Büros den Gedanken der friedlichen Lösung der deutschen Frage (...) propagieren“<sup>30</sup>.

Am 23. März 1954 beschloss die Führung des Friedensrates die „Einrichtung des Büros zur friedlichen Lösung der deutschen Frage“<sup>31</sup>, das im selben Monat Räumlichkeiten in der Berliner Reinhardtstraße bezog, jedoch erst einige Wochen später seine Arbeit aufnehmen konnte. In einer Vereinbarung zwischen dem Generalsekretär des Deutschen Friedensrates, Heinz Willmann, und dem Vorsitzenden des DDR-Kreises, Volkskammerpräsident Johannes Dieckmann, wurde am 6. Juli 1954 festgelegt, dass der Friedensrat die eigenständige Arbeit des DDR-Kreises der Internationalen Konferenz stärker unterstützt, damit dessen Büro „mit einem Mindestmaß an Personalausgaben seine politischen Aufgaben erledigen

kann<sup>32</sup>. Gotthard Eberlein, der sich im Vorfeld bereits um Belange der Konferenzbewegung gekümmert hatte, wurde als Sekretariatsmitglied des Deutschen Friedensrates halbtags für die Leitung des ‚Berliner Büros der Internationalen Konferenz‘ (Berliner Büro) zur Verfügung gestellt. Die Finanzierung des Büros wurde über den Deutschen Friedensrat abgewickelt.

Eberlein war im April 1951 auf Direktive des ZK der SED zum Sekretär für kulturelle Fragen beim Deutschen Friedenskomitee berufen worden und leitete ab Sommer 1951 ebenfalls den zentralen Christlichen Arbeitskreis des Komitees<sup>33</sup>. Er hatte den Auftrag, „die Kreise der Intelligenz, die der Friedensbewegung noch fern stehen, durch besondere Methoden anzusprechen, um sie für die Friedensarbeit zu gewinnen“<sup>34</sup>. Diese Tätigkeit prädestinierte ihn offenbar für die Arbeit als Generalsekretär des Berliner Büros, da es ebenfalls die Aufgabe hatte – wie Eberlein 1953 bemerkte –, „Menschen zu gewinnen“, die sich „aus ideologischen Vorurteilen (...) von der Friedensbewegung zurückhalten aber eine friedliche Lösung der Deutschlandfrage (...) wünschen“<sup>35</sup>. Seine Stellvertreterin wurde die sächsische Liberaldemokratin Gertrud Thürmer, Schwägerin von Volkskammerpräsident Johannes Dieckmann. Sie sollte nach rückblickender Einschätzung Eberleins dafür sorgen, „dass bei der Arbeit des Büros seine [Dieckmanns, der Verfasser] Entscheidungen berücksichtigt würden“<sup>36</sup>.

Berücksichtigung fanden im Berliner Büro jedoch vor allem die Entscheidungen der SED-Führung. Bis zu seinem Ausscheiden aus allen Spitzenfunktionen im Jahre 1953 war Politbüromitglied Franz Dahlem u.a. für die Anleitung der DDR-Friedensbewegung und ‚Westarbeit‘ und somit auch für die Bewegung der ‚Internationalen Konferenz zur friedlichen Lösung der deutschen Frage‘ verantwortlich. Er war offiziell als Mitglied der Volkskammer auch im DDR-Kreis der ‚Ständigen Delegation‘ vertreten. Zu Dieckmanns Stellvertretern zählten ZK-Sekretär Paul Wandel sowie Peter Florin, seit 1952 Leiter der ZK-Abteilung ‚Außenpolitische Fragen und Internationale Verbindungen‘, die offenbar ab Mitte der 1950er Jahre für die Anleitung des Berliner Büros verantwortlich waren. Dem kleinen Arbeitskreis des Berliner Büros gehörte Paul Markowski an, der von 1953

bis 1956 zunächst als Instrukteur, von 1956 bis 1961 als Sektorenleiter in der Abteilung ‚Außenpolitik und Internationale Verbindungen‘ (Kapitalistische Länder) im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (MfAA) tätig war.

### Das Scheitern des EVG-Planes und die Pariser Verträge

Dem Kampf der Bewegung der Internationalen Konferenz gegen den EVG-Vertrag blieb nach eigenem Bekunden „der Erfolg nicht versagt“<sup>37</sup>. Am 30. August 1954 lehnte die französische Nationalversammlung die Ratifizierung des Vertrages ab. Alle Anstrengungen Adenauers, durch den EVG- und den damit verbundenen Deutschlandvertrag eine schnellstmögliche Souveränität der Bundesrepublik zu erlangen, schien somit vergebens. Allerdings erwies sich der britische Plan einer Einbindung der Bundesrepublik in NATO und Westeuropäische Union (WEU) für die Befürworter des Westbündnisses rasch als günstige Ersatzlösung<sup>38</sup>. Nach langwierigen Verhandlungen wurden Ende Oktober 1954 in Paris die entsprechenden Verträge unterzeichnet. Damit war die Bundesrepublik formell gleichberechtigter Partner des westlichen Verteidigungsbündnisses, durfte ihre nationale Armee unter Kontrolle der WEU aufstellen und wurde vom NATO-Rat als alleiniger Repräsentant Deutschlands anerkannt.

Wenige Wochen später, im Dezember 1954, trat in der französischen Hauptstadt auf Initiative der ‚Ständigen französischen Delegation‘ erneut eine Internationale Konferenz zusammen, der jedoch nur Vertreter aus den westeuropäischen Staaten beiwohnen konnten, da den Delegierten aus Osteuropa die Einreise verweigert wurde. Die Konferenzteilnehmer kamen überein, dass die Pariser Verträge eine Verständigung zwischen Ost- und West in der deutschen Frage unmöglich machen, „da sie zur Errichtung von zwei einander gegenüberstehenden deutschen Staaten und zur Aufstellung von zwei (...) gegeneinander gerichtete(r) Armeen und Koalitionsgruppen führen würden“<sup>39</sup>.

Das internationale Sekretariat der Konferenzbewegung lud die osteuropäischen Delegierten, de-

nen die Einreise nach Paris untersagt worden war, Anfang Februar 1955 zur Fortsetzung und zum Abschluss der Internationalen Konferenz nach Warschau ein. Zur DDR-Delegation gehörten u.a. Johannes Dieckmann, Peter Florin und Heinrich Toeplitz, Staatssekretär im Justizministerium. In einem Kommuniqué wurden zentrale Punkte in der Deutschlandfrage zusammengestellt, über die nach Ansicht der Konferenzteilnehmer eine Einigung der Vier Mächte unverzüglich herbeigeführt werden könnte<sup>40</sup>. Da sich Lösungsvorschläge vorwiegend an den deutschlandpolitischen Positionen der Sowjetunion orientierten, war das Echo dieser letzten ‚Internationalen Konferenz zur friedlichen Lösung der deutschen Frage‘ in der westlichen Welt eher gering.

Nach der Ratifizierung der Pariser Verträge im Frühjahr 1955 kam es zu einem „Paradigmenwechsel im östlichen Lager“<sup>41</sup>. Mit ihrer öffentlichen Erklärung, dass „die deutsche Frage nicht auf Kosten der Interessen der Deutschen Demokratischen Republik [zu] lösen“ sei<sup>42</sup>, verkündete die sowjetische Führung im Sommer 1955 ihre ‚Zwei-Staaten-Theorie‘, die zu einer nachhaltigen Veränderung der deutschlandpolitischen Strategie der SED führte. Zum einen hatte die UdSSR deutlich werden lassen, dass ihre bisherigen Bekundungen zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten nun keine Priorität mehr besaß, zum anderen öffentlich bekannt, bei künftigen Verhandlungen mit den Westmächten die Interessen der DDR zu berücksichtigen<sup>43</sup>.

In Ost-Berlin wurde zwar aus innenpolitischen Gründen propagandistisch am Ziel der Einheit Deutschlands festgehalten, der eigenstaatliche Weg und die völkerrechtliche Anerkennung der DDR standen ab Mitte der fünfziger Jahre jedoch im Mittelpunkt politischer Bemühungen der SED-Parteiführung. Diese „Aufwertung der internationalen Politik gegenüber der Deutschlandpolitik“<sup>44</sup> hatte auch Auswirkungen auf die Tätigkeitsschwerpunkte des Berliner Büros.

### Neue Aufgaben für das Berliner Büro

Die ursprüngliche Zielsetzung der Konferenzbewegung, durch internationale Zusammenkünfte einflussreiche Persönlichkeiten in verschiedenen

europäischen Ländern zu mobilisieren, gegen die Einbindung Westdeutschlands in das westliche Bündnissystem und die damit einhergehende Wiederbewaffnung Stellung zu beziehen, war mit der NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik obsolet geworden. Es mussten nun – so Generalsekretär Eberlein – „neue Wege gefunden werden, um die Wahrheit über das ‚andere‘, das friedliche Deutschland der westlichen Welt bekannt zu geben“<sup>45</sup>.

Die Hauptaufgabe des Berliner Büros war es in der Folgezeit, „sich um Kontakte mit westlichen Persönlichkeiten zu bemühen und sie zu Besuchen in die DDR zu ermuntern“<sup>46</sup>. Es sollte „Anlaufstelle für Einladungen von wichtigen Delegationen aus dem kapitalistischen Ausland sein, für die eine Einladung auf Regierungsebene noch nicht möglich“ war<sup>47</sup>. Eberlein bemerkte Ende 1956, es gebe schließlich „keinen besseren Weg, die Wahrheit über das Leben in der DDR wichtigen Persönlichkeiten des westlichen Auslands sichtbar zu machen, als sie zu Informationsreisen in unsere Republik ohne jede Vorbedingung einzuladen, damit sie mit eigenen Augen unseren friedlichen Aufbau kennenlernen“<sup>48</sup>.

Auf Vermittlung der ‚Ständigen britischen Delegation der Internationalen Konferenz‘ ergaben sich bereits im Sommer 1954 erste Kontakte mit Vertretern der britischen Labour Party, die ab 1956 intensiviert wurden<sup>49</sup>. „Das wichtigste Ergebnis der bisherigen Arbeit des Büros“, so hielt Dieckmann nach einem Gespräch mit den ZK-Sekretären Wandel und Florin fest, „wird in dem ständig verstärkten Kontakt mit englischen Parlamentariern gesehen. Auf diesem Wege soll in der Zielrichtung auch auf andere Westländer (Belgien usw.) fortgefahren werden“<sup>50</sup>. Nach Einschätzung von Paul Markowski vom MfAA war das Berliner Büro eine geeignete Stelle, „die über den Parteien und Organisationen“ stehe, und somit prädestiniert sei, Einladungen an Delegationen aus dem westlichen Ausland zu verschicken<sup>51</sup>. Dennoch bemängelte Eberleins Stellvertreterin Gertrud Thürmer im Sommer 1956 „das Fehlen einer genau umrissenen Arbeitsaufstellung“, kritisierte darüber hinaus die wenig repräsentativen Räumlichkeiten und forderte eine finanzielle Eigenständigkeit, um die Abhängigkeit vom Friedensrat zu beenden<sup>52</sup>.



Gotthard Eberlein, Sekretär des Deutschen Friedensrates (dritter von links), und der Abgeordnete des britischen Unterhauses Reginald Moss (links neben ihm) am Rande einer Tagung des Berliner Büros der Internationalen Konferenz im Mai 1957. BArch, Bild 183-47051-0001, Fotograf: Erich Zühlsdorf

Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen stellte sich jedoch erst ein halbes Jahr später ein, als am 1. Januar 1957 das ‚Berliner Büro der Internationalen Konferenz zur friedlichen Lösung der deutschen Frage‘ seine organisatorische Selbstständigkeit erhielt<sup>53</sup>. „Durch Vermittlung von Ministerpräsident Grotewohl“ wurde es „aus den abseits gelegenen, primitiven Räumen in der Reinhardstraße in die sehr seriösen Räume Unter den Linden 52 verlegt“<sup>54</sup>.

In der Folgezeit bemühte sich das Berliner Büro weiterhin „ernsthaft um Gespräche mit Wissenschaftlern, Politikern und anderen Persönlichkeiten mit politischer Verantwortung in den Ländern des Westens“<sup>55</sup>. Neben den Delegationsbetreuungen gehörten dazu auch die Veröffentlichung von Beschlüssen der Volkskammer und der Regierung sowie Stellungnahmen führender Persönlichkeiten, um für Verständnis hinsichtlich der politischen Lage der DDR in den Nachbarländern Deutschlands zu werben<sup>56</sup>.

## Das Ende des Berliner Büros

Zum Ärger der politisch Verantwortlichen in Ost-Berlin war dieses Verständnis beim Generalsekretär des Berliner Büros im Jahre 1959 nicht mehr vorhanden. Von einer Dienstreise ins westliche Ausland kehrte Gotthard Eberlein im Oktober nicht mehr in die DDR zurück und ließ seine Frau, seine Tochter sowie seinen Sohn und dessen Familie über West-Berlin nach München ausfliegen<sup>57</sup>.

Besuchern aus dem In- oder Ausland, sollte als Grund für die Abwesenheit gesagt werden, Dr. Eberlein sei „kürzlich in sein 75. Lebensjahr eingetreten und aus dem Berliner Büro ausgeschieden“<sup>58</sup>. In einem internen Papier wurde festgehalten, der ehemalige Generalsekretär habe „durch seine Republikflucht das Ansehen des Berliner Büros diskreditiert“<sup>59</sup>, was zum Entschluss führte, das Büro aufzulösen. Am 20. November 1959 entschied das Präsidium der Volkskammer unter Vor-

sitz von Johannes Dieckmann: „Das ehemalige Berliner Büro der Internationalen Konferenz für die friedliche Lösung der deutschen Frage wird zu einem Interparlamentarischen Büro der Volkskammer umgebildet, das im Haushalt der Volkskammer etatuiert wird“<sup>60</sup>.

Mit Wirkung vom 1. Dezember 1959 wurden die Aufgaben des Berliner Büros von einem neu gebildeten ‚Büro‘ der seit 1955 bestehenden ‚Interparlamentarischen Gruppe‘ (IPG) der Volkskammer<sup>61</sup> übernommen<sup>62</sup>. Es sollte „bei der Wahrnehmung der Geschäfte“ der IPG, ihres Komitees und Vorstandes „Unterstützung“ leisten und konnte die Räumlichkeiten des ehemaligen Berliner Büros Unter den Linden 52 nutzen. Das IPG-Büro war fortan für die Organisation und Koordination der Parlamentarierbesuche verantwortlich und sollte „die vom ehemaligen Berliner Büro der Internationalen Konferenz hergestellten Kontakte und Verbindungen“ fortführen<sup>63</sup>. Insbesondere sollten die Kontakte zu Abgeordneten aus nicht-sozialistischen Ländern intensiviert werden, da die Parlamentarierdelegationen aus dem ‚kapitalistischen Ausland‘ nach Ansicht der Verantwortlichen in Ost-Berlin das internationale Renommee der DDR stärken konnten. Diese Besuche aus den westlichen Ländern wurden als Zeichen einer de-facto Anerkennung der DDR herausgestellt.

### **Bestandsgeschichte und archivische Bearbeitung**

Den inhaltlichen Schwerpunkt der Archivalien aus dem Berliner Büro bildet Schriftgut zu den vom Büro betreuten ausländischen Delegationen, die sich zu Besuchen in der DDR aufhielten. Neben umfangreichen Korrespondenzen – vor allem mit britischen und französischen Parlamentariern bzw. Persönlichkeiten aus dem Umfeld der dortigen nationalen Kreise der ‚Internationalen Konferenz‘ – finden sich Unterlagen zum organisatorischen Ablauf und Einschätzungen einzelner Besuchsgruppen.

Unmittelbar vor Einrichtung des Berliner Büros wurde Mitte Mai 1954 festgelegt, das Büro solle ein „Archiv führen über alles, was die Internationale Konferenz angeht, auch in anderen Ländern“<sup>64</sup>. Neben der Archivierung eigener Unterlagen wurden von nun an gezielt Presseauschnittsammlungen zu verschiedenen Aspekten der deutschen Frage und des Ost-West-Konfliktes sowie zu bestimmten Entwicklungen und Ereignissen in den europäischen Ländern angelegt, die einen weiteren Überlieferungsschwerpunkt bilden. Die Akten des Berliner Büros befanden sich nach dessen Auflösung im Verwaltungsarchiv der Volkskammer und wurden im August 1976 an das Zentrale Staatsarchiv der DDR in Potsdam (ZStA) als Endarchiv abgegeben. Am 3. Oktober 1990 wurde das ZStA Teil des Bundesarchivs. Seit dem Umzug der Abteilungen Potsdam des Bundesarchivs in den Jahren 1994 bis 1996 werden die Akten des Berliner Büros am neuen Standort in Berlin-Lichterfelde aufbewahrt.

Die Akten befanden sich bei der Übernahme ins Verwaltungsarchiv der Volkskammer in eher ungeordnetem Zustand. Die Ordnung, Aktenbildung und Bearbeitung führte Claire Paul im Verwaltungsarchiv zwischen 1958 und 1965 durch und verzeichnete die Akten in einer Findkartei vorläufig. Der Verfasser erschloss und klassifizierte die Akten des Berliner Büros im November 2004 neu und endgültig. Die Verzeichnungsinformationen wurden auf dem Wege der Retrodigitalisierung 2008 in die Archivdatenbank BASYS-S importiert. Im Januar 2010 erfolgte die abschließende Endredaktion.

Das Findbuch zu den Akten des Berliner Büros der Internationalen Konferenz zur friedlichen Lösung der deutschen Frage kann auf der Internetseite des Bundesarchivs über die Argus-Suchmaschine aufgerufen werden. Die Akten selbst stehen am Standort Berlin-Lichterfelde zur Einsichtnahme zur Verfügung.

*Christoph Stamm*

## Anmerkungen

- 1) Artikelüberschrift in der Norddeutschen Zeitung, 1. Juli 1958; BArch, DA 1/272.
- 2) Signaturen: BArch, DZ 9/871-872, 943, 1977 und 2343.
- 3) Findbuch DA 1 Volkskammer der DDR.- Präsident der Volkskammer, Gruppe Johannes Dieckmann (1949-1969), Internationale Kontakte, Interparlamentarische Gruppe der DDR (Signaturen BArch, DA 1/3553-3560).
- 4) Dazu ausführlich: Wiggershaus, Norbert: Die Entscheidung für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag 1950, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 1: Von der Kapitulation bis zum Pleven-Plan, München 1982, S. 325-402.
- 5) Hans-Adolf Jacobsen: Zur Rolle der öffentlichen Meinung bei der Debatte um die Wiederbewaffnung 1950-1955, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): Aspekte der deutschen Wiederbewaffnung bis 1955, Boppard 1975, S. 61-117.
- 6) So die Erinnerung des langjährigen bundesdeutschen Generalkonsuls in Paris. Hausenstein, Wilhelm: Pariser Erinnerungen aus fünf Jahren diplomatischen Dienstes 1950-1955, München 1961, S. 125-126.
- 7) Baring, Arnulf: Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, Bd. 1, München 1971, S. 172.
- 8) Parti communiste français.
- 9) Gehler, Michael: Ein wiedervereinigtes und blockfreies Deutschland mit Nationalarmee und die französischen Kommunisten im Jahre 1952, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 2/1988, S. 79.
- 10) Pfeil, Ulrich: Die „anderen“ deutsch-französischen Beziehungen. Die DDR und Frankreich 1949-1990, Köln u.a. 2004, S. 235.
- 11) Dazu ausführlich: Schlaga, Rüdiger: Die Kommunisten in der Friedensbewegung – erfolglos? Die Politik des Weltfriedensrates im Verhältnis zur Außenpolitik der Sowjetunion und zu unabhängigen Friedensbewegungen im Westen (Studien zur Friedensforschung, Bd. 2), Münster 1991, S. 75ff.
- 12) Wernicke, Günter: Zum Kampf der Friedensbewegungen gegen das nukleare Wettrüsten. Anmerkungen zu einem Kernproblem der Welt in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Jansen, Herbert/Triebel, Wolfgang (Hrsg.): Gebt dem Frieden im 21. Jahrhundert neue Chancen. Lehren und Erfahrungen der Friedensbewegung im 20. Jahrhundert, Schkeuditz 2000, S. 67.
- 13) Vgl.: Rathje, Ulf/Stamm, Christoph: „Einheit von Sozialismus und Frieden“. Zur Entstehung und Entwicklung des Friedensrates der DDR (Bestand DZ 9), in: Mitteilungen aus dem Bundesarchiv, 12. Jhg., Heft 2/2004, S. 62-71. Das 'Deutsche Komitee der Kämpfer für den Frieden' wurde zu Beginn des Jahres 1950 in 'Deutsches Friedenskomitee' umbenannt. Von Januar 1953 bis Juni 1963 hieß die offizielle DDR-Friedensbewegung 'Deutscher Friedensrat' und schließlich bis Anfang 1990 Friedensrat der DDR.
- 14) Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei, Bd. 3, Berlin (Ost) 1952, S. 300.
- 15) Appell des französischen Friedensrates an das deutsche Volk, 3. Februar 1951; BArch, DZ 9/156.
- 16) Fagre, Yves: Gegen die Remilitarisierung Deutschlands und Japans. 1. Tagung des Weltfriedensrates in Berlin, 21.-26. Februar 1951, hrsg. vom Deutschen Friedenskomitee, Berlin (Ost), S. 22.
- 17) Internationale Zeitschrift „Der Frieden“, Nr. 27/1951, S. 95-96.
- 18) Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 28. August 1951; BArch, DY 30 IV 2/2/163, Bl. 11.
- 19) Die Westmächte beschlossen, die Bundesrepublik als gleichberechtigtes Mitglied in eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft einzubeziehen und koppelten an den Beschluss zur westdeutschen Wiederbewaffnung eine Aufhebung des Besatzungsstatus; vgl.: Maier, Klaus A.: Die internationalen Auseinandersetzungen um die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland und um ihre Bewaffnung im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 2: Die EVG-Phase, München 1990, S. 57ff.
- 20) Esser, Albert: Wilhelm Elfes (1884-1969). Arbeiterführer und Politiker, Mainz 1990, S. 210f.
- 21) Vgl. auch: Lütgemeier-Davin, Reinhold: Wilhelm Elfes – Ein CDU-Politiker gegen die Wiederaufrüstung, in: Bald, Detlef/Wette, Wolfram (Hrsg.): Alternativen zur Wiederbewaffnung. Friedenskonzeptionen in Westdeutschland 1945-1955, Essen 2008, S. 87-105.
- 22) Geschichte der Internationalen Konferenz zur friedlichen Lösung der deutschen Frage [1955]; BArch, DA 1/270, Bl. 96-97.
- 23) Die Weltfriedensbewegung. Dokumente und Beschlüsse, hrsg. vom Deutschen Friedenskomitee, Berlin [1951], S. 73.
- 24) Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 26. Februar 1952; BArch, DY 30 IV 2/2/197, Bl. 19.
- 25) Unterlagen zu dieser Konferenz: BArch, DA 1/776-DA 1/780 sowie DA 1/285 und DA 1/3078.
- 26) Resolution der Internationalen Konferenz zur friedlichen Lösung der deutschen Frage, 10. November 1952; BArch, DA 1/285, Bl. 283.
- 27) Communiqué über die Bildung und die Aufgaben einer Ständigen Delegation der Internationalen Konferenz zur friedlichen Lösung der deutschen Frage, 15.11.1952; BArch, DA 1/266, Bl. 2. Dem DDR-Kreis der 'Ständigen Delegation' gehörten bei seiner Gründung insgesamt 43 Personen an. Siehe Namensliste in: ebd., Bl. 5-7.
- 28) Geschichte der Internationalen Konferenz zur friedlichen Lösung der deutschen Frage [1955]; BArch, DA 1/270, Bl. 108.
- 29) Protokoll der Sekretariatssitzung des Deutschen Friedensrates, 9.1.1954; BArch, DZ 9/89, o.Bl.
- 30) Aufgabenstellung für das Büro der Permanenten Delegation der Internationalen Konferenz zur friedlichen Lösung der deutschen Frage"; BArch, DA 1/3071, Bl. 550.
- 31) Protokoll der Sekretariatssitzung des Deutschen Friedensrates, 23.3.1954; BArch, DZ 9/89, o.Bl.
- 32) Heinz Willmann an Johannes Dieckmann, 6. Juli 1954; BArch, DA 1/3556, o.Bl.
- 33) Vgl. dazu: Rathje, Ulf/Stamm, Christoph: „Einheit von Sozialismus und Frieden“ (Anm. 11), S. 65.
- 34) Selbstverfasster Lebenslauf von Gotthard Eberlein, 11.8.1953; Privatarhiv Claudia-Katrin Eberlein-Kreutzer, Berlin. Kopie in der Dienstakte des Bundesarchivs ,06/G-Kreutzer, Dieter'.

- 35) „Kreis zur friedlichen Lösung der Deutschlandfrage“ von Gotthard Eberlein [1953]; BArch, DA 1/266, Bl. 14.
- 36) Eberlein, Gotthard: Leben unter Diktaturen (8. Fortsetzung), in *Das Parlament*, Nr. 24, 14.6.1969.
- 37) Geschichte der Internationalen Konferenz zur friedlichen Lösung der deutschen Frage [1955]; BArch, DA 1/270, Bl. 110.
- 38) Dazu ausführlich: Thoß, Bruno: Der Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur WEU und zur NATO im Spannungsfeld von Blockbildung und Entspannung (1954-1956), in: *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956*, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 3: Die NATO-Option, München 1993, S. 3-234.
- 39) Geschichte der Internationale Konferenz zur friedlichen Lösung der deutschen Frage [1955]; BArch, DA 1/270, Bl. 113.
- 40) Vgl.: „Von Paris nach Warschau“, hrsg. vom Berliner Büro der Internationalen Konferenz zur friedlichen Lösung der deutschen Frage, [Berlin (Ost)1955]; BArch, DZ 9/2223.
- 41) Lemke, Michael: Die Außenbeziehungen der DDR (1949-1966). Prinzipien, Grundlagen, Zäsuren und Handlungsspielräume, in: Pfeil, Ulrich (Hrsg.): *Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949-1989*, S. 74.
- 42) Die Sowjetunion auf der Genfer Konferenz 18. bis 23. Juli 1955, Berlin (Ost) 1955, S. 40.
- 43) Wentker, Hermann: Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949-1989, München 2007, S. 98.
- 44) Lemke, Michael: Die Außenbeziehungen der DDR (Anm. 40), S. 74.
- 45) „Bericht über die Arbeit des Büros“ von Gotthard Eberlein, 15.11.1956; BArch, DA 1/797, Bl. 27.
- 46) Eberlein, Gotthard: Leben unter Diktaturen (8. Fortsetzung), in: *Das Parlament*, Nr. 24, 14.6.1969.
- 47) Protokoll über die Zusammenkunft des kleinen Arbeitskreises des Berliner Büros, 26.1.1956; BArch, DA 1/287, Bl. 123.
- 48) „Bericht über die Arbeit des Büros“ von Gotthard Eberlein, 15.11.1956; BArch, DA 1/797, Bl. 27.
- 49) Vgl. dazu: Hoff, Henning: Großbritannien und die DDR 1955-1973. Diplomatie auf Umwegen (Studien zur Internationalen Geschichte, Bd. 14), München 2003, S. 131ff; Berger, Stefan/La Porte, Norman: Ostpolitik before Ostpolitik. The British Labour Party and the German Democratic Republic (GDR) 1955-1964, in: *European History Quarterly*, Volume 36, 3/2006, S. 396-420.
- 50) Aktennotiz von Johannes Dieckmann über eine Besprechung mit Paul Wandel und Peter Florin am 31.7.1956; BArch, DA 1/3071, Bl. 272.
- 51) „Protokoll über die Besprechung vom 27.9.1956 über die Auswertung der Labour-Delegation“; BArch, DY 30 IV 2/20/244, Bl. 204.
- 52) In einer Aktennotiz für Johannes Dieckmann bemerkte sie: „Wir haben keinen Etat und sind praktisch vom Friedensrat abhängig.“ Siehe: „Betr. Die Arbeit unseres Büros“ von Gertrud Thürmer, 4.7.1956; BArch, DA 1/287, Bl. 114.
- 53) Protokoll der Sekretariatssitzung des Deutschen Friedensrates, 9.1.1957; BArch, DZ 9/276, o.Bl.
- 54) Eberlein, Gotthard: Leben unter Diktaturen (8. Fortsetzung), in *Das Parlament*, Nr. 24, 14.6.1969.
- 55) Gotthard Eberlein an Gustav Heinemann, 22.7.1959; BArch, DA 1/797, Bl. 203.
- 56) Vgl.: „Aufgaben und Tätigkeit des Berliner Büros“, 15.10.1959; BArch, DA 1/797, Bl. 24.
- 57) Schriftliche Mitteilung Claudia-Katrin Eberlein-Kreutzer an das Bundesarchiv, 10.12.2006; Dienstakte des Bundesarchivs ‚06/G-Kreutzer, Dieter‘. Gotthard Eberlein starb am 28.10.1970 in München.
- 58) Johannes Dieckmann an Gertrud Thürmer, 19.10.1959; BArch, DA 1/287, Bl. 6.
- 59) „Begründung für die Auflösung des Berliner Büros der Internationalen Konferenz“, [November 1959]; BArch, DA 1/12673, o.Bl.
- 60) Niederschrift über die 11. Sitzung des Präsidiums der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, 20.11.1959; BArch, DA 1/3192, Bl. 39.
- 61) Zur IPG siehe: Muth, Ingrid: Die DDR-Außenpolitik 1949-1972. Inhalte Strukturen, Mechanismen, Berlin 2000, S. 91; Künzel, Werner/Rode, Ruth: Die Interparlamentarische Gruppe der Deutschen Demokratischen Republik im wirken der Interparlamentarischen Union für Frieden, Entspannung und Abrüstung, in: *Staat und Recht*, Nr. 7/1988, S. 592-601.
- 62) Kurzprotokoll der gemeinsamen Sitzung des kleinen Arbeitskreises der Internationalen Konferenz zur friedlichen Lösung der deutschen Frage und des Vorsitzenden und stellv. Vorsitzenden der Interparlamentarischen Gruppe der DDR, 26.11.1959; BArch, DA 1/12648, o.Bl.
- 63) „Beschlussvorlage“ der Interparlamentarischen Gruppe der DDR, [November 1959]; ebd.
- 64) Aktennotiz einer Besprechung zwischen Johannes Dieckmann, Gertrud Thürmer, Heinz Willmann und Paul Wandel, 14.5.1954 (Abschrift); (BArch DA 1/3071, Bl. 545).

## Die Nachlässe von Wilhelm von Dommès, Rudolf Koch-Erpach, Fritz Ortlepp und Bogislav Freiherr von Selchow in der Abteilung Militärarchiv

Die Nachlässe der Abteilung Militärarchiv eröffnen auf verschiedene Art und Weise Zugang zur deutschen Militär- und Kriegsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Der biographische Zugang verspricht eine auf eine Person reduzierte Sicht der historischen Ereignisse, während die in den Nachlässen aufbewahrten Quellengattungen unterschiedliche Analysemöglichkeiten bieten.

Im Rahmen des Archivreferendariats verzeichneten die Autoren die Nachlässe der oben genannten Offiziere, die verschiedenen Waffengattungen mit vielfältigen Einsatzbereichen angehörten und Lebenshorizonte aufweisen, die zeitlich vom Kaiserreich bis in die Bundesrepublik bzw. DDR reichen. Ihre Erfahrungen sind in Tage- und Erinnerungsbüchern, in Briefen, Fotos und anderen Quellen dokumentiert. Sie zeigen die Verschiedenartigkeit von Biographien im Kaiserreich sozialisierter, vor 1900 geborener Offiziere und bieten somit vielfältige Forschungsansätze, nicht nur zum hundertsten Jahrestag des Kriegsbeginns 1914, sondern auch zu vielen anderen (militär-) historischen, aber auch gesellschaftlichen und politischen Fragestellungen. Im Folgenden werden diese vier Nachlässe vorgestellt.

### Wilhelm von Dommès (N 512)

Der spätere Generalmajor Wilhelm von Dommès (1867-1959) begann seine militärische Karriere im ausgehenden 19. Jahrhundert als Fähnrich im Dragoner-Regiment Nr. 5<sup>1</sup>. Im Ersten Weltkrieg diente er u.a. an der Westfront und nahm 1919 als Vertreter der Obersten Heeresleitung an den Verhandlungen über eine deutsch-polnische Demarkationslinie in Posen teil. Bekannt wurde Wilhelm von Dommès jedoch vor allem wegen seiner engen Kontakte zu Kaiser Wilhelm II., dessen Flügeladjutant er 1910 wurde, und dem Preußischen Königshaus, dessen Generalbevollmächtigter er zeitweilig war. Der Kommandeur des Leibgarde-Husarenregiments war überzeugter Monarchist und besonders um

die Rehabilitierung des seit 1918 im Exil lebenden Kaisers bemüht<sup>2</sup>.

In seinem Nachlass vermischen sich persönliche Unterlagen mit solchen, die in Ausübung seiner verschiedenen militärischen und politischen Funktionen entstanden sind. Den quantitativen Schwerpunkt der Überlieferung bilden umfangreiche Korrespondenzen mit Angehörigen des Preußischen Königshauses und (meist ranghohen) Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (zum Beispiel mit Erich von Ludendorff oder Hans Georg von Plessen), zahlreiche private oder im Umfeld Wilhelms II. entstandene Fotos sowie bis in das Jahr 1951 reichende Tagebuchaufzeichnungen und -kladden<sup>3</sup>. Die in dem Nachlass verwahrten Unterlagen zeugen besonders von den Diensten, die von Dommès auch nach 1918 für die kaiserliche Familie versah. Der Bestand liefert daher nicht zuletzt interessante Einblicke in das Exil Wilhelms II. und die zwischenzeitlich virulente Frage seiner Auslieferung.

Darüber hinaus ist der Nachlass vor allem für die Erforschung des Ersten Weltkrieges, des Endes der Wilhelminischen Ära sowie für die Wahrnehmung dieser Ereignisse in den militärischen und privaten Kreisen um Wilhelm von Dommès von Bedeutung. Besonders aussagekräftig ist dabei sein retrospektiver Schriftwechsel mit dem Reichsarchiv über die sogenannte Marneschlacht aus den 1920er Jahren. Außerdem dürfte der überlieferte Schriftwechsel Paul von Hindenburgs und Wilhelm von Dommès' mit Kriegsminister Walther Reinhardt über die Friedensverhandlungen in Posen im Jahr 1919 für die Erforschung des Kriegsendes von Interesse sein.

Ergänzt wird die Überlieferung zum Beispiel durch eine umfängliche Zusammenstellung von Stellungnahmen und rückblickenden Briefen zahlreicher ranghoher Militärangehöriger zu den Ereignissen des 9. November 1918 und zur Abdankung Wilhelms II. sowie durch verschiedene Unterlagen des Leibgarde-Husarenregiments.

Die in großem Umfang überlieferte (vor allem) private Korrespondenz bildet das breit gespannte Netz von Kontakten ab, die er bis nach 1945 vor allem zu militärischen und konservativen Kreisen pflegte. Teilweise stehen hierbei auch die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges und der unmittelbaren Nachkriegszeit im Mittelpunkt.

Die nahenden Jahrestage zum Ersten Weltkrieg bieten Anlass, dem Nachlass Wilhelm von Dommers' eine größere Aufmerksamkeit zuteil werden zu lassen – gerade für die Ereignisse von 1914 bis 1918 und das Ende der Monarchie eröffnen die hier überlieferten Dokumente interessante Ansatzpunkte.

### **Rudolf Koch-Erpach (N 538)**

Der Kavallerieoffizier Rudolf Koch-Erpach (1886-1971) begann seine lange militärische Laufbahn 1904 als Fahnenjunker im 2. Königlich Bayr. Ulanen-Regiment „König“. Nach verschiedenen Verwendungen wurde er im Dezember 1915 zum Stab des Generalfeldmarschalls Colmar von der Goltz-Pascha versetzt und nahm 1916 an der Deutsch-Persischen Militärmission teil.

Die Deutsch-Persische Militärmission gehörte zu den deutschen Militärmissionen im Osmanischen Reich vor und während des Ersten Weltkrieges<sup>4</sup>. Mit dem Ziel, alliierte Kräfte an diesem Kriegsschauplatz zu binden, berieten seinerzeit deutsche Offiziere die osmanischen Truppen. Die Überlieferung zur Militärmission an anderen Stellen ist sehr lückenhaft und zudem verstreut, Koch-Erpachs Aufzeichnungen bilden daher eine über seine Person hinausgehende wichtige Quelle<sup>5</sup>. Neben Tagebuchaufzeichnungen fertigte er Karten zur Mission an, zudem verwahrte er Passierscheine, Lageberichte und amtliche Korrespondenz mit dem Oberkommando.

Nach dem Ersten Weltkrieg setzte Koch-Erpach seine militärische Laufbahn u.a. als Kommandeur des 17. Bayr. Reiterregiments fort. Überliefert ist hierzu nur die nach 1945 entstandene Korrespondenz mit dem Traditionsverband dieser Einheit.

Im Zweiten Weltkrieg nahm Koch-Erpach als Kommandant der 8. Infanteriedivision am Polen-

feldzug teil. 1940 wurde ihm während des Westfeldzugs das Ritterkreuz verliehen, im Dezember wurde er zum General der Kavallerie befördert. Seine Einsätze an der Front endeten damit, im weiteren Verlauf des Krieges wurde er vor allem als Befehlshaber des Wehrkreises VIII in Breslau eingesetzt. In dieser Funktion reagierte er auf das Attentat vom 20. Juli 1944 mit einer Rede vor dem Breslauer Schlossplatz, die er aus eigener Sicht als Schutzmaßnahme vor weiteren Verfolgungen von Offizieren verstand. Nach Kriegsende wurde Koch-Erpach u.a. aufgrund dieser Rede in einem Entnazifizierungsverfahren als Aktivist des Nationalsozialismus eingestuft. Die von ihm im Zuge dieses Prozesses gesammelten Unterlagen umfassen Belastungs- und Entlastungszeugnisse sowie den abschließenden Freispruch 1954.

Koch-Erpachs charakterliche Prägung wird insbesondere anhand seines nachträglich verfassten Tagebuchs und seiner offenbar nicht zur Veröffentlichung vorgesehenen Stellungnahme zum Nationalsozialismus deutlich: Er war ein im Kaiserreich sozialisierter, traditionsbewusster Offizier, der seine Karriere in der Weimarer Republik und während des Nationalsozialismus fortsetzte, ohne seine innere, soldatische Haltung dabei grundsätzlich zu revidieren.

### **Fritz Ortlepp (N 787)**

Fritz Ortlepp (1897-1959) trat im August 1914 als junger Kriegsfreiwilliger in den Militärdienst ein und nahm als Angehöriger des Reserve-Feldartillerieregiments Nr. 58 am Feldzug gegen Russland und Rumänien teil. Nach seinem Abitur im Sommer 1919 wurde er Steuerbeamter. Als Leiter der Steuerprüfung bei der Zollfahndungsstelle Magdeburg deckte er Mitte der 1930er Jahre Steuerhinterziehungen in Millionenhöhe auf und brachte es bis zu seiner Einberufung im Oktober 1939 zum Referenten beim Finanzamt Rudolstadt.

Im März 1940 wurde Ortlepp als Leutnant d.R. zum Heeresarchiv Potsdam abberufen, wo er im Mai 1942 zum Heeresarchivrat befördert wurde und bis Kriegsende tätig blieb. Seine Tätigkeit als Archivar setzte er ab April 1946 als Leiter des Betriebsarchivs und Optischen Museums im VEB

Optik Carl Zeiss Jena fort. In den 1950er Jahren bemühte er sich vor allem um die archivfachlichen Kontakte der Archivverwaltungen der DDR und Rumäniens. Wegen angeblicher Hetze gegen die DDR wurde Ortlepp im April 1958 verhaftet und zu fünf Jahren Haft verurteilt. In der JVA Waldheim bei Chemnitz starb er am 12. Januar 1959 an einem Herzschlag.

Den Kern seines Nachlasses beschreiben die Hallischen Nachrichten 1936 mit den Worten: „18.500 Seiten Kriegstagebuch: Die umfangreichsten persönlichen Aufzeichnungen aus dem Weltkrieg in den Händen eines Hallensers – Das 45-bändige Werk eine wertvolle Quelle der Geschichtsforschung“<sup>6</sup>. Diese von 1919 bis 1927 auf Basis nicht erhalten gebliebener Originaltagebücher verfassten Kriegererinnerungen, festgehalten in von seiner Frau Elsa aufwendig bestickten Bänden, dokumentieren minutiös Ortlepps Teilnahme an Kampfhandlungen in Polen, Litauen, Lettland und Rumänien. Neben Ereignissen von militärischer Bedeutung schildert er ausführlich den eigenen Kriegsalltag, beispielsweise seine Tätigkeit bei der Militärwerbekommission für den Kreis Dambovita (Rumänien) oder seine Zeit bei einer Vermessungsabteilung. Besonders die aufwendig gestalteten Anhänge der einzelnen Bände laden zur Entdeckungsreise ein: Neben ausführlichen Statistiken veranschaulichen zahlreiche kommentierte Landschafts-, Orts- und Personenaufnahmen, Bildpostkarten und Zeitungsausschnitte im Zusammenspiel mit Karten und Zeichnungen den Frontalltag wie auch das Leben der Bevölkerung.

Ortlepps Nachlass enthält darüber hinaus 37 Manuskripte zu Schlachten des Rumänienfeldzuges, für deren Ausarbeitung er auch Unterlagen des Heeresarchivs in Potsdam nutzte. Die einleitenden Widmungen lassen seinen Wandel vom Kriegsgegner Rumäniens zum passionierten Rumänienfreund erkennen, der gemeinsam mit seiner Frau bis in die 1950er Jahre zahlreiche Reisen in das Land unternahm.

Der Nachlass Fritz Ortlepps ist ein in Form, Umfang und Detailreichtum bedeutendes Stück Überlieferung zur Rezeption des Ersten Weltkrieges, dessen Nutzung nicht zuletzt angesichts des Verlusts wesentlicher amtlicher Unterlagen lohnenswert ist.

## Bogislav von Selchow (N 428)

Bogislav von Selchow (1877-1943) trat 1897 in die Kaiserliche Marine ein und wurde im Jahr 1900 zum Leutnant z. S. befördert. Er bereiste bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges u.a. die deutschen Kolonien in Afrika und Asien, um im Krieg selbst sowohl auf See als auch auf den flandrischen Schlachtfeldern eingesetzt zu werden.

Am Kriegsende beim Admiralstab, wurde er im Sommer 1919 aus der Marine entlassen. Er begann ein Studium der Geschichte in Marburg, wo er angesichts kommunistischer Aufstände das Freikorps „Studentenkörper Marburg“ (StuKoMa) bildete, das an der Niederschlagung von Unruhen in Thüringen beteiligt war. Dabei kam es am 20. März 1920 zum sogenannten Massaker von Mechterstädt, bei dem fünfzehn als Aufrührer verdächtige Arbeiter von einem Stoßtrupp des StuKoMa erschossen wurden – angeblich „auf der Flucht“. Von Selchow war auch Mitglied der rechtsextremen paramilitärischen „Organisation Escherich“ (Orgesch), von der er sich Ende 1922 enttäuscht abwandte; in diesem Jahr legte er auch das Kommando des StuKoMa nieder.

Von Selchow betätigte sich in den letzten beiden Jahrzehnten seines Lebens erfolgreich als nationalkonservativer Schriftsteller, der dem aufkommenden Nationalsozialismus wohlwollend gegenüberstand. Obwohl nie Parteimitglied, unterstützte er die NSDAP seit 1933 öffentlich und stand einem Teil der NS-Prominenz nahe.

Seinen Nachlass dominieren neben einer literarischen Materialsammlung, die Grundlage für seine in den 1930/40er Jahren mit großer Aufmerksamkeit rezipierten Veröffentlichungen war, die 68 sog. Logbücher. Die „Logbücher“ sind keine Tagebücher im klassischen Sinne, sondern aufwendig durchkomponierte, in Leder eingebundene Erinnerungsbücher. Von Selchow legte sie an, indem er – wohl in den 1930er Jahren – seine Tagebuchaufzeichnungen und ergänzendes Material wie Korrespondenz etc. zusammenstellte, das von ihm für überlieferungswürdig Erachtete in Reinschrift niederschrieb und die Blätter mit kunstvollen Aquarell- und Federzeichnungen sowie Fotografien illustrierte.

Die Bedeutung des Nachlasses erschließt sich aus von Selchows biographischem Hintergrund: Er war vor und nach dem Niedergang der alten kaiserlichen Welt fest im deutschen Adel verwurzelt, die „Logbücher“ geben über mehrere Jahrzehnte Einblick in diese Kreise. Sie zeigen aber auch die teils spektakuläre Vielfalt des Lebens als Offizier der Kaiserlichen Marine auf See und in den deutschen Kolonien. Den Quellenwert der „Logbücher“ steigern die über 1.000 genau identifizierten Bilder und Fotos mit Motiven aus der Seefahrt, dem Alltag und auch von exotischen Orten. Von seinen ausführlichen Aufzeichnungen dürften vor allem jene über die Anfänge der Weimarer Republik, die politischen Auseinandersetzungen dieser Zeit und die revolutionären Ereignisse in Berlin einzigartig sein, weil sie den mentalitätsgeschichtlichen Blick auf einen Adligen, der seine innerliche Prägung als Soldat nie aufgab, richten sowie seine Sichtweise und Reaktion auf den Zusammenbruch der alten Ordnung belegen.

Die vorgestellten Bestände stehen im Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg für die Benutzung zur Verfügung. Elektronische Findbücher zu den Nachlässen mit weiterführenden Verweisen zu korrespondierenden Beständen und Literatur finden sich im Internetangebot des Bundesarchivs.

*René Rohrkamp, Markus Hasterok,  
Jan Ludwig, Annika Souhr*



*Bogislav von Selchow, fotografiert 1905.  
BArch, N 1428/16*

#### Anmerkungen

- 1) Zur militärischen Laufbahn Wilhelm von Dommers' vgl. Bradley, Dermot u.a. (Hg.), *Die Generale des Heeres 1921-1945. Die militärischen Werdegänge der Generale sowie der Ärzte, Veterinäre, Intendanten, Richter und Ministerialbeamten im Generalsrang (Deutschlands Generale und Admirale IV)*, Bd. 3, Osnabrück 1994, S. 182f.
- 2) Vgl. Kohlrausch, Martin, *Der Monarch im Skandal. Die Logik der Massenmedien und die Transformation der Monarchie (Elitenwandel in der Moderne 7)*, Berlin 2005, S. 354f.
- 3) Vgl. zu den in der Forschung viel genutzten Tagebuchaufzeichnungen u. a. Mombauer, Annika, *Helmuth von Moltke and the origins of the First World War (New Studies in European History)*, Cambridge u.a. 2001.
- 4) Siehe dazu beispielsweise Atabaki, Touraj (Hg.), *Iran and the First World War. Battleground of the Great Powers*, London/New York 2006; Neulen, Hans Werner, *Feldgrau in Jerusalem. Das Levantekorps des kaiserlichen Deutschland*, 2. Aufl., München 2001; Reichmann, Jan Christoph, *„Tapfere Askers“ und „Feige Araber“: Der osmanische Verbündete aus der Sicht deutscher Soldaten im Orient 1914-1918*, Diss. Münster 2009. An älterer Literatur darüber hinaus: Gehrke, Ulrich, *Persien in der deutschen Orientpolitik während des Ersten Weltkrieges (2 Bde.)*, Stuttgart 1960 sowie Kiesling, Hans von, *Mit Feldmarschall von der Goltz-Pascha in Mesopotamien und Persien*, Leipzig 1922.
- 5) Im Bundesarchiv-Militärarchiv liegt neben dem Nachlass Koch-Erpachs der Nachlass seines kommandierenden Generals, Colmar von der Goltz (-Pascha) (N/ 737), welcher die Mission von Bagdad aus leitete. Der Nachlass seines direkten Vorgesetzten in Persien, Oberst Arthur Bopp, befindet sich im Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Hauptstaatsarchiv Stuttgart (M/ 660/005 Militärischer Nachlass Arthur Bopp).
- 6) Titel eines Artikels in den *Hallischen Nachrichten* vom 4. Februar 1936.

## Archivfilme auf großer Leinwand. Die Höhepunkte des Jahres 2010

Bis Ende 2010 hat das Bundesarchiv schätzungsweise 500 Kinofilme für Veranstaltungen verliehen. Vom Bundesarchiv konservatorisch gesicherte und mitunter aufwendig restaurierte Filme werden dabei auf Festivals und Retrospektiven weltweit aufgeführt. Das Archiv bewahrt also nicht nur das deutsche Filmerbe, sondern macht es auf unterschiedlichen Wegen zugänglich und erlebbar für heutige und nachfolgende Generationen, insbesondere auch in Filmtheatern, der Ausstellungsfläche des Kinofilms. Auf herausgehobene Restaurierungsergebnisse, Einzelveranstaltungen und über Fragen der Öffentlichkeitsarbeit des Filmarchivs wurde in den „Mitteilungen aus dem Bundesarchiv“ mehrfach berichtet. Dieser Beitrag soll nun in einer Auswahl besonders wichtige Filmveranstaltungen im zurückliegenden Jahr vorstellen.

### Nationale Filmveranstaltungen

Die beiden Berliner Gemeinschaftsveranstaltungen von CineGraph Babelsberg und dem Bundesarchiv mit den Kinos Arsenal bzw. dem Zeughauskino, wurden mit 28 Einzelveranstaltungen ein weiteres Jahr erfolgreich fortgesetzt. Die hierzu eingegangene Kooperation im Rahmen von „FilmDokument“ und „Wiederentdeckt“ bietet dem Bundesarchiv nicht nur eine Plattform für die Wiederaufführung restaurierter Filme, sondern eine solide Basis, seine Bestände in etablierten Programmkinos einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Insgesamt sieben Abende von „Wiederentdeckt“ boten beispielsweise Raum für eine kleine Hommage an die deutsche Schauspielerin Henny Porten (1890-1960), die zwischen 1910 und 1933 das populäre Bild der Frau in Deutschland verkörperte und geprägt hat. Aus Anlass ihres 50. Todestages und ihres 120. Geburtstages wurden vor allem unbekanntere, historisch zu Unrecht vergessene Filme aus den 1910er und mittleren 1920er Jahren wiederentdeckt. Darunter waren einige, lange

als verschollen geglaubte Filme und Rekonstruktionen sowie ein abendfüllender Porträtfilm aus dem Jahr 1928, der Henny Porten in einer Collage ihrer wirkungsvollsten Auftritte zeigt. Neben der überwiegenden Anzahl von Kopien aus dem Bundesarchiv wurden in diesem Rahmen auch Filme aus den Filmarchiven der FIAF Mitglieder Stiftung Deutsche Kinemathek, Berlin, und dem EYE Film Instituut Netherlands, Amsterdam, gezeigt. Insgesamt werden diese Filmreihen allerdings überwiegend, im Betrachtungszeitraum zu über 80 Prozent der Veranstaltungen, mit Kopien aus dem Bundesarchiv-Filmarchiv realisiert.

Zum UNESCO-Welttag des audiovisuellen Erbes am 27. Oktober 2010 zeigte ein „Wiederentdeckt“-Programm Filme mit Rosa Porten (1889-1972), der weniger bekannten Schwester Henny Portens, die vor allem als Drehbuchautorin und Regisseurin arbeitete.

Von den insgesamt zehn Programmen der Reihe „FilmDokument“, die sich dem unbekannteren nicht-fiktionalen Film des deutschen Filmerbes widmet, soll jenes zum Schaffen des Kameramannes Horst Grund (1915–2001) hervorgehoben werden, bei dem gleich mehrere vom Bundesarchiv konservatorisch gesicherte und benutzbar gemachte Filmtitel ihre Premiere erlebten<sup>1</sup>. So konnten mit Hilfe von Filmaufnahmetageberichten aus dem Zweiten Weltkrieg, die das Bundesarchiv im schriftlichen Nachlass von Grund verwahrt, unveröffentlichte stumme Rohaufnahmen überhaupt erst inhaltlich erschlossen und als Aufnahmen Grunds während seines Einsatzes als Filmberichter der Propagandakompanien identifiziert werden. Die Sujets selbst waren mit den Beständen des Reichsfilmarchivs über das Staatliche Filmarchiv der DDR in das Bundesarchiv gelangt. Premiere hatte zudem ein 25minütiger Film von Horst Grund, den dieser vom mehrtägigen Besuch des Bundeskanzlers Konrad Adenauer in Persien 1957 bei der Deutschen Wochenschau GmbH in Hamburg im Auftrag des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung realisiert hat. Der



Wintergartenprogramm, Vorführung im Sonycenter am Potsdamer Platz.

Bild: Bundesarchiv

Film gelangte in einer brillanten 35mm-Farbkopie zur Wiederaufführung, ein für die damalige Zeit äußerst selten für Reportagefilme eingesetztes, weil sehr kostenintensives Format.

Mit dem Filmprogramm „NS-Propaganda in Dokumentar- und Spielfilmen“ wurde zeitnah zur Eröffnung des Neubaus und der neuen Ausstellung der Stiftung Topographie des Terrors mitten im Herzen Berlins eine neue Kooperation begründet. Sie wird 2011 mit Filmen zur Jugendpolitik im Nationalsozialismus vorgesetzt werden. Bei den sieben Filmabenden im Kino- und Vortragssaal der Topographie des Terrors wurden bekannte große Propagandafilme wie Leni Riefenstahls „Triumph des Willens“ über den NSDAP-Reichparteitag 1934 vorgeführt. Bewusst wurden jedoch überwiegend Filme in die Auswahl einbezogen, die einer breiten Öffentlichkeit weniger bekannt sind. Dabei waren beispielsweise Schulungsfilme des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP, die zur Stigmatisierung, Diskriminierung und letztlich Ermordung unerwünschter Bevölkerungsgruppen beitrugen

und diese rechtfertigen sollten. Gezeigt wurden hier auch die farbigen Amateurfilmaufnahmen von Heimkindern, die Eva Justin im Rahmen ihrer „Zigeunerforschung“ während ihrer Tätigkeit für die Rassenhygienische und Kriminalbiologische Forschungsstelle des Reichsgesundheitsamtes gemacht hat. Nachdem ihr Promotionsverfahren abgeschlossen und ihre Dissertation gedruckt worden war, wurden diese Kinder nach Auschwitz-Birkenau deportiert.

In alle Filme der Reihe wurde sachkundig von Referenten, u.a. auch von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesarchiv-Filmarchiv eingeführt. Im Anschluss an jeden Film bestand Gelegenheit zur Diskussion, die vom Publikum durchweg rege angenommen wurde.

Am 10. September 2010 wurde in Berlin der „Boulevard der Stars“ in der Potsdamer Straße feierlich eingeweiht. Einer der ersten 40 Sterne für herausragende Protagonisten des deutschsprachigen Films und Fernsehens ist dem Filmpionier Max Skladanowsky gewidmet, dessen Nachlass

im Bundesarchiv überliefert ist. Jahr für Jahr wird der Boulevard der Stars dann um sieben bis zehn Namen erweitert werden. So entsteht ein „wachsendes Denkmal“ als Ort der lebendigen Erinnerung und ständigen Attraktion für die Bürger und Besucher Berlins.

Beitrag des Bundesarchivs als Teil der Eröffnungsfeierlichkeiten war die Vorführung der „ersten laufenden Bilder“ aus Berlin, dem Wintergartenprogramm der Gebrüder Skladanowsky von 1895 auf der Videowand des Sony Center Plaza am Potsdamer Platz. Schon Anfang der 1990er Jahre hatte sich das Bundesarchiv-Filmarchiv in Kooperation mit weiteren Partnern entschieden, die neun kurzen Filme anlässlich des damals bevorstehenden 100. Geburtstages der Kinematografie im Jahre 1995 unter Anwendung digitaler Techniken nicht nur zu restaurieren, sondern teilweise mit Hilfe von Kontaktabzügen verlorener Bewegtbilder auf Fotopapier zu rekonstruieren. Entstanden ist eine Kompilation vor allem von Variete-Szenen mit den Einzelbeiträgen: Komisches Reck/Italienischer Bauerntanz/Das boxende Känguruh/Der Jongleur/Akrobatisches Potpourri/Kamarinskaja, russischer Nationaltanz/Serpentintanz Mlle. Ancion/Ringkampf Greiner – Sandow/Die Erfinder des Bioscops.

Die seit Oktober 2010 mit einem neuen Programm fortgesetzte langjährige Kooperation von Kultur- und Schulverwaltungsamt der Stadt Koblenz und Bundesarchiv widmete sich dem Thema „Imperiale Illusionen“. Bis einschließlich März 2011 wurden allmonatlich Spielfilme aus der Zeit des Nationalsozialismus präsentiert, in die immer eingeführt wird. Im Anschluss besteht auch bei dieser Filmreihe die Möglichkeit zur Diskussion. Das Programm der Herbst/Wintersaison 2009/10 befasste sich zuvor mit der Literatur im Tonfilm vor 1933.

Zur ebenfalls im Herbst eines jeden Jahres beginnenden Retrospektive des Bundesarchivs auf dem Internationalen Leipziger Festival für Dokumentar- und Animationsfilm sei auf den eigenen Beitrag in diesem Heft verwiesen<sup>2</sup>. Die Programme erlebten ein Nachspiel im Januar/Februar 2011 im Zeughauskino Berlin und für das Dresdner Publikum später auch eine Wiederholung anlässlich der Wiedereröffnung des in Umbau befindlichen Militärhistorischen Museums.

Ebenfalls mehrere Nachspielorte wird auch das Programm des alljährlich von CineGraph Hamburg und Bundesarchiv veranstalteten cinefest erleben. Unter dem dem Motto „cinema transalpino“ thematisierten das VII. Internationale Filmfestival und der 23. Internationale Filmhistorische Kongress vom 13. bis 21. November 2010 die deutsch-italienischen Filmbeziehungen mit einem Programm von 25 Filmen aus den Jahren von 1913 bis 2001. Auf Begleitveranstaltungen im Goethe-Institut in Hamburg diskutieren Interessierte und Fachleute u.a. auch mit Mitarbeitern des Bundesarchiv-Filmarchivs auf dem Podium besondere Aspekte, beispielsweise über Quellen zum Film und zur Fragen der Filmkritik.

Einer der Höhepunkte des Festivals war die Premiere der vom Bundesarchiv restaurierten deutschen Langfassung des Stummfilmes „Der geheime Kurier“ (D 1928. Regie: Gennaro Righeili) nach einem Roman von Stendhal mit Ivan Mosjugin und Lil Dagover. Der langanhaltende Beifall des Publikums dürfte dabei gleichermaßen der Qualität des Restaurierungsergebnisses wie auch der wunderbaren Musikbegleitung von Marie-Luise Bolte gegolten haben, für welche die Filmlänge von 102 Minuten zweifelsohne eine besondere Herausforderung ihres Könnens bedeutet haben mag. Zum Festival ist wiederum ein umfangreiches Katalogbuch inkl. einer DVD-Beilage mit Filmen und Dokumenten zum Thema erschienen<sup>3</sup>. Neben einer Wiederholung des cinefest Programms im Januar und Februar 2011 im Berliner Zeughauskino wird es u.a. ein Nachspiel einzelner Filmtitel, darunter auch das Restaurierungsergebnis zum Film „Der geheime Kurier“, beim FIAF Partner Narodni Filmovy Archiv in Prag geben. Wiederholungen des Programms sind 2011 ebenfalls in mehreren italienischen Städten im Rahmen der Initiative „Va bene?! La Germania in Italiano. Deutschland auf Italienisch“ geplant. Dabei handelt es sich um eine zweijährige Initiative der Goethe Institute in Italien.

## Internationaler Verleih

Anfang Mai 2010 war das Norwegische Filminstitut in Oslo Ausrichter des alljährlichen Kongresses der Internationalen Vereinigung der Filmarchive (FIAF). Unter den wenigen Film-

vorführungen als Sonderveranstaltungen des 66. FIAF Kongresses wurde die auf der Retrospektive während der Berlinale 2009 uraufgeführte, vom Bundesarchiv restaurierte Fassung des 70 mm Filmes „Flying Clipper – eine Traumreise unter weissen Segeln“ (BRD 1962, Regie: Hermann Leitner, Rudolf Nussgruber) aufgeführt. Die Herstellung von neuen Kopien dieses Formats ist sehr kostenintensiv, weshalb gute Kopien in diesem Filmformat aktuell immer seltener verfügbar sind. Andererseits ist auch der stete Rückgang der Verfügbarkeit notwendiger Projektionstechnik in den Kinos zu beobachten. Umso erfreulicher ist die Tatsache, dass solche Kopien aus dem Bundesarchiv häufig benutzt werden. Dieses lebhaft öffentliche Interesse bestätigt, dass es sinnvoll ist, trotz hoher Kosten und hohem technischen Aufwand zur Sicherung des deutschen Filmerbes beizutragen.

Bei den vom US-Außenministerium ausgerichteten Feierlichkeiten zur Wiedereröffnung des George C. Marshall Center im Hôtel de Talleyrand Paris/Frankreich am 25. Mai 2010 erlebten gleich mehrere verschollen geglaubte Kurzfilme eine Premiere vor hochrangigem internationalen Publikum. Die Restaurierung dieser Filme war – so wie der Anlass der Veranstaltung selbst – ein Ergebnis europäischer Zusammenarbeit. In dem nach jahrelanger Instandsetzung wiedereröffneten Gebäude war ab 1948 die europäische Zentrale des nach dem US-Außenminister Marshall benannten amerikanischen Wirtschaftsprogramms für den Wiederaufbau Westeuropas nach dem Zweiten Weltkrieg untergebracht. Dieses European Recovery Program (ERP) wurde von einer umfangreichen Propaganda in den teilnehmenden europäischen Staaten begleitet. Von den „Marshall-Plan-Filmen“ sind inzwischen mehrere Hundert Titel identifiziert und in verschiedenen Archiven der Welt lokalisiert worden.

Zur Aufführung vor Diplomaten aus aller Welt gelangte in Paris auch ein lange verschollen geglaubter und in den Beständen des Bundesarchivs entdeckter Zeichentrickfilm der 1950er Serie „Hugo im Zirkus“. Zwar war die 16 mm Kopie noch in einem mechanisch sehr guten Zustand, doch die Farben waren nahezu verblichen, die Mimik der Figuren kaum noch wahrnehmbar. Weitere der insgesamt sechs Filme umfassenden Serie der



*Hugo im Zirkus.*

*Bild: Toonder Film N.V*

Produktion Marten Toonder Film N.V konnten im EYE Film Institute Netherlands Amsterdam lokalisiert werden. Dieses bot dem Bundesarchiv die Restaurierung in den Niederlanden in Zusammenarbeit mit dem Nederlands Instituut for Animatie Film Tilburg an, wo eine weitere Kopie gefunden werden konnte. Eine solche internationalen Kooperation bei Restaurierungsprojekten ist in der über 70jährigen Geschichte der FIAF (Fédération Internationale des Archives du Film) vielfach praktiziert worden.

Mit der Beteiligung des Bundesarchivs am Internationalen Filmfestival „Il Cinema Ritrovato“ in Bologna/Italien soll die Rückschau beendet werden. Auf diesem internationalen „Schaulaufen der Archivfilme“ sind Arbeitsergebnisse der Abteilung Filmarchiv seit vielen Jahren mehr oder minder stark vertreten. In der Sektion „Auf der Suche nach den Filmfarben“, welches u.a. die sehr frühen Farbverfahren um 1910 thematisierte, stand ein Filmprogramm unter der These: „post-production by decay“. Dabei erfuhren neue, in Folge von Zersetzung filmischer Vorlagen entstandene Farbeffekte an dem Filmfragment von „Hexe Zoraide“ (F 1908, Regie: Segundo de Chomón) aus dem Bundesarchiv frenetischen Beifall.

*Babette Heusterberg*

#### **Anmerkungen**

- 1) <http://www.filmblatt.de/index.php?aid=394> (letzter Zugriff 12.01.2011).
- 2) Barbara Heinrich-Polte: „Regie und Regiment. Deutschland und das Militär in dokumentarischen Filmen von 1914 bis 1989“.
- 3) cinema trans-alpino. Deutsch-Italienische Filmbeziehungen. Hrsg: CineGraph – Hamburgischen Centrum für Filmforschung. Hamburg, 2010.

## Ein deutsches Kabinettstück. Zur Überlieferung der Monatsschau „Panorama“ im Bundesarchiv<sup>1</sup>

Die Überlieferungsgeschichte der vierteiligen Farbmonatsschau „Panorama“ im Bundesarchiv ist ein nicht untypisches Beispiel dafür, wie nach, aber auch schon vor der Wiedervereinigung in den beiden deutschen Filmarchiven zusammenwuchs, was zusammengehört.

Bei der Aufarbeitung der aus dem Reichsfilmarchiv ererbten Bestände stieß das Staatliche Filmarchiv der DDR zwischen 1959 und 1962 auf in Bild und Ton kombinierte, im wesentlichen deutschsprachige Kopien der Ausgaben 1, 2 und 4 der Monatsschau „Panorama“. Vorhanden waren außerdem originale Negative verschiedener fremdsprachiger Töne zur Folge 1, 2, 3 und 4. Eine Bild- und deutsche Tonfassung von Panorama 3 blieb in der DDR hingegen un auffindbar.

Nur wenig später - 1963 - übernahm jedoch das Filmarchiv des Bundesarchivs in Koblenz unter dem Titel „Panorama-Farbfilm-Kriegsschau 1944 (mit PK-Aufnahmen)“ eine deutschsprachige Kopie aus der Sammlung von Albert Fidelius, Sohn eines Berliner Filmverleihers. Sie entpuppte sich bei näherem Hinsehen als die im Osten Berlins fehlende dritte Ausgabe, ohne dass die beiden deutschen Archive zu diesem Zeitpunkt voneinander wussten. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass genau diese Kopie ebenfalls aus dem in Berlin verbliebenen Bestand des Reichsfilmarchivs stammt, aber auf heute kaum mehr rekonstruierbaren Wegen in andere Hände gelangte.

Die originalen Ton- und Bildnegative der deutschen Fassungen, die das Ausgangsmaterial für die erhaltenen Kopien waren, müssen als verschollen gelten - ob durch Kriegseinwirkung zerstört, verloren oder als Beutegut der Roten Armee in die Sowjetunion verbracht, sei dahingestellt.

Das Material aus dem Reichsfilmarchiv ist größtenteils bis heute erhalten, handelt es sich doch bereits um den nicht feuergefährlichen und zur

Dauerlagerung geeigneten Farb-Sicherheitsfilm aus der Produktion der Firma Agfa in Wolfen.

Nach mehrmaligen Veränderungen der Signatur verbirgt sich heute unter der Signatur BCSP 2554 im Bundesarchiv die kombinierte 35mm-Kopie in deutscher Sprache zu Panorama 1 aus dem Reichsfilmarchiv mit einer ursprünglichen Längenmessung von 455 m. Sie ist als fotografisch bestes Material sog. erstes Sicherungsstück, damit nicht öffentlich zugänglich und dient als Kopiervorlage lediglich dazu, beschädigte Duplikate späterer Generationen zu ersetzen. Ebenfalls aus dem Reichsfilmarchiv stammt BCSP 2931 als kombinierte französische Fassung mit einer Länge von 464 m. Das Bild dieser Kopie war rotstichig und als Ausgangsmaterial für weitere Kopierungen nicht geeignet. Wegen des französischen Tones ist sie jedoch erhaltenswert.

Unter den Signaturen BCSP 2538 und BCSP 2860 sind zwei aus dem Reichsfilmarchiv stammende deutschsprachige 35 mm-Kopien zu Panorama 2 nachgewiesen, deren Länge mit 396 bzw. 398 m angegeben ist. BCSP 2538 wurde zum sog. ersten Sicherungsstück; die zweite Kopie nach abschließender technischer Prüfung als hierfür ungeeignet bewertet und nicht aufgehoben.

BCSP 2859 schließlich kommt in einer Länge von 218 m ebenfalls aus dem Reichsfilmarchiv, enthält Panorama 4 und wird ebenfalls als Sicherungsstück aufbewahrt. Die nach Koblenz gelangte Kopie zu Panorama 3 (Signatur K 15336, 303 m) dient ebenfalls der Sicherung des zugehörigen Materialstocks.

Von dieser dritten, in den Westen gelangten Ausgabe wurden auf Basis des Fidelius-Materials 1971 zur archivischen Sicherung ein Intermednegativ und ein Intermedpositiv mit getrenntem Ton, sowie kombinierte Benutzerkopien auf 16 und 35 mm gezogen (Archivsignatur 727), die seither öffentlich zugänglich sind.

## Innerdeutsche Händel

Für die restlichen drei im Osten Berlins verbliebenen Ausgaben bedurfte es schließlich weiterer zehn Jahre und abenteuerlicher Transaktionen, um sie der Öffentlichkeit beiderseits der Grenzen bekannt zu machen. Verantwortlich dafür waren Bengt und Irmgard von zur Mühlen, die für die historischen Dokumentationen ihrer Firma Chronos-Film bereits Zugang zu vielen Filmarchiven des Ostblocks hatten, als er anderen Westeuropäern noch verwehrt war.

Mit dem Staatlichen Filmarchiv der DDR betrieb Chronos-Film einen florierenden Tauschhandel: Filme oder Filmausschnitte Ost gegen Filme oder Filmausschnitte West. Die davon zeugende „Tauschkartei“ ist heute im Bestand DR 140 des Bundesarchivs überliefert.

Für zeitgeschichtliche Dokumentationen stand historisches Farbmateriale angesichts der vorwiegend schwarzweißen Filmproduktion der Jahre bis 1945 eher selten zur Verfügung. Das Interesse von Chronos richtete sich daher unweigerlich eines Tages auf die drei im Osten Berlins befindlichen Ausgaben von „Panorama“. Ebenso wie das Bundesarchiv hatte auch das Staatliche Filmarchiv der DDR keine Möglichkeit, Farbmateriale im eigenen Haus zu kopieren. Im Unterschied zum Westen aber waren die Möglichkeiten begrenzt, dies in einem Kopierwerk in der DDR vorzunehmen. Das Angebot von Chronos war daher attraktiv, auch hier als „Wanderer zwischen den Welten“ zu agieren.

Das Staatliche Filmarchiv lieh die Kopien des Reichsfilmarchivs an Chronos aus und akzeptionierte mit dem diskreten Herkunftsnachweis „Bln (West)“ zu Panorama 1 im Jahr 1978 schließlich ein Internegativ (BCSN 1571), im Januar 1982 dann ein - schon der „Chronos-Film Bln.-West“ zugeschriebenes - weiteres Internegativ zu Panorama 2 (BCSN 3555) und schließlich mit BCSN 03496 ein drittes zu Panorama 4.

Wie viele Duplikate von zur Mühlen bei dieser Gelegenheit zusätzlich für sich oder andere anfertigen ließ, ist nicht bekannt. Es kam jedoch, wie es kommen musste: Eines Tages nahm er

Kontakt mit dem Bundesarchiv auf und schlug ein Tauschgeschäft vor: Er stellte Ausgangsmateriale für die im Westen fehlenden Panorama-Ausgaben leihweise zur Verfügung und erhielt dafür unentgeltlich je ein weiteres Duplikat. Im Juni 1982 verbuchte schließlich das Bundesarchiv den Zugang von Internegativen und Tonumspielungen auf Magnetband für Panorama 1, 2 und 4. Ob dabei das Staatliche Filmarchiv nichtsahnender Leihgeber war oder Zwillingsstücke aus dem Besitz von Chronos eingingen, lässt sich heute nicht mehr feststellen. Die Signaturen der Kopiervorlagen aus dem Reichsfilmarchiv sind jedoch auf den Büchsen notiert – dies und die Tatsache ihrer Dokumentation in Koblenz erlauben heute einen gesicherten Herkunftsnachweis. Von den Internegativen der Chronos wurden im Auftrag des Bundesarchivs bei der Taunus-Film in Wiesbaden weitere Materialien gezogen: je ein Intermedpositiv, je zwei Colour Reversal Intermediates – eines davon für Chronos – und je eine kombinierte Kopie auf 35 und eine auf 16mm-Materiale. Die ersteren dienten zunächst der archivischen Sicherung, die letzteren der öffentlichen Zugänglichkeit.

Im Dezember 1983 gingen die leihweise zur Verfügung gestellten Internegative und die „Provision“ in Gestalt von zusätzlichen Colour Reversal Intermediates an die Chronos Film zurück.

Das Bundesarchiv war nicht der einzige Nutznießer der Aktivitäten von zur Mühlen: Noch bevor er hier sein Angebot unterbreitete, hatte er bereits mit dem IWF in Göttingen, damals noch Institut für den wissenschaftlichen Film, heute die in Liquidation befindliche IWF-Wissen und Medien gGmbH, verhandelt. Das IWF hatte zu diesem Zeitpunkt bereits mit einer umfangreichen Reihe historischer Filmeditionen auf sich aufmerksam gemacht. Es kaufte Chronos Internegative zu den Filmen ab und verlieh für den wissenschaftlichen Gebrauch in der Reihe Wochenschau-Editionen bereits 1980 eine Schmalfilmkopie von Panorama 1, 1981 dann Panorama 2 und 4. Panorama 3 kommt 1982 aus dem Koblenzer Bestand hinzu. Es ist sicher kein Zufall, dass im gleichen Jahr der Kontakt von zur Mühlen auch mit dem Bundesarchiv zustande kam. Kein Zufall ist auch, dass die Zählung der Monatsschau beim IWF nicht

## Filmografische Kurzübersicht

### Panorama 1

(Bundesarchiv, Bestand Film, Archivsignatur 3961)

ca. November 1944

Deutsche Wochenschau GmbH

Mit Aufnahmen der Film-  
berichter Bastanier, Blaschke,  
Garms, Jaworski, Kopp, Pahl,  
Sasse

deutsch, spanisch, französisch

35 mm/460 m

- 1) BDM und HJ im Landdienst
- 2) Das Schachdorf Ströbeck im Harz
- 3) Morgentraining in der Gymnastikschule Medau
- 4) Berlin. Ein Sonntag im fünften Kriegssommer
- 5) Ausritt eines Kosakenverbandes in deutschen Diensten
- 6) Ostfront: Eine Panzerwerkstatt im Wald
- 7) Übungsfahrt deutscher Schnellboote
- 8) Übungen in einer Fallschirmspringerschule in Deutschland

### Panorama 2

(Bundesarchiv, Bestand Film, Archivsignatur 3692)

ca. Dezember 1944

Deutsche Wochenschau GmbH

deutsch, ungarisch

35 mm/398 m

- 1) Wien: Morgentraining der Spanischen Hofreitschule
- 2) Heuernte in den deutschen Alpen
- 3) Albanien: Markt in einem Dorf
- 4) Deutschland: Übungen der Marine HJ
- 5) Ausschnitt aus dem Farbfilm „Große Freiheit Nr. 7“
- 6) Hindernisrennen deutscher Soldaten hinter der Front
- 7) Karpaten: Ungarische Artillerie-Kolonne
- 8) Waldbrand und zerstörte Stadt an der Westfront
- 9) Italien: Vierlingsflak im Abwehrkampf gegen Flieger
- 10) Nordmeer: Deutscher Geleitzug mit Flugsicherung
- 11) Ostfront: Deutsche Schlachtflieger auf einem Feldflugplatz

### Panorama 3

(Bundesarchiv, Bestand Film, Archivsignatur 727)

ca. Ende 1944

Deutsche Wochenschau GmbH

deutsch, spanisch, dänisch,  
norwegisch

35 mm/303 m

- 1) Weinlese am Rhein
- 2) Almabtrieb in den bayerischen Alpen
- 3) Deutsche Truppen beim Rückzug aus Finnland und Ankunft in Norwegen
- 4) Norwegen: Flakstellung in einem Fjord
- 5) Rückblick auf die Schlacht bei Solferino. Gründung des Roten Kreuzes
- 6) Potsdam: Rot-Kreuz-Schwester beim Packen von Kriegs-  
gefangenen-Paketen
- 7) Mittelmeer: Verwundete deutsche Soldaten
- 8) Verwundetenheim am Gardasee
- 9) Deutscher Luftwaffennachwuchs bei der Segelfliegerschulung

### Panorama 4

(Bundesarchiv, Bestand Film, Archivsignatur 3961)

ca. Ende 1944/Anf. 1945

Deutsche Wochenschau GmbH

deutsch (2 Varianten),  
französisch, spanisch, dänisch,  
neutraler Ton

35 mm/278 m

*[inhaltliche Unterschiede der Sprach-  
varianten kursiv; vollständig nur im  
Zusatzmaterial der Studien-DVD, nicht  
im Hauptteil]*

- 1) *Deutschland: HJ im Gebirge*
- 2) Deutschland: Glasbläserwerkstatt
- 3) Deutschland: Zirkus Busch  
[Bilder aus den Kriegsgebieten]
- 4) Italien: Adriaküste, Bunkerstellung
- 5) Italienische Alpen: Trägerkolonne im Schneesturm
- 6) Deutsche Alpen: Bergstellung der Gebirgspioniere
- 7) *Ungarn: Kämpfe im Vorfeld von Budapest*
- 8) a) Norwegen: Rückzugsgefechte in Nordnorwegen  
b) Norwegische Ortschaft nach einem sowjetischen Fliegerangriff
- 9) Netzleger der Kriegsmarine beim Auslegen von U-Boot-Netzen

der aus dem Reichsfilmarchiv und den Restmaterialien überlieferten entspricht: Panorama 2 aus der IWF-Zählung ist tatsächlich die Nummer 4; Panorama 4 aus der IWF-Zählung tatsächlich die 2. Dieses Versehen war schon Bengt von zur Mühlen oder der Firma unterlaufen, die für ihn die Erstkopierung der Materialien aus dem Staatlichen Filmarchiv vornahm: Auch eines von zwei in Koblenz als Panorama 2 angelieferten Internegativen enthält tatsächlich Panorama 4.

## Ende gut, alles gut

Da die beiden deutschen Filmarchive keinen offiziellen und direkten Kontakt miteinander hatten, funktionierte der Austausch nur einseitig: Panorama 3, die mit der Teilung Deutschlands in den Westen gelangte Ausgabe, gelangte nie in den Besitz des Staatlichen Filmarchivs der DDR.

Mit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten und der Inkorporierung des Staatlichen Filmarchivs in das Bundesarchiv kommt schließlich aber doch das Happy End: Zwischenegative und -positive beider Seiten aus den Transaktionen von zur Mühlens können mit den ursprünglichen Kopien aus dem Reichsfilmarchiv und allen überlieferten Ausgaben der Monatsschau in einem Bestand zusammengeführt werden. Die zusätzliche technische Befundung der in beiden Deutschlands überlieferten Filiationen der Filme erbringt den letzten Beweis, dass wirklich alles überall von den drei kombinierten Kopien aus dem Reichsfilmarchiv abstammt.

Für eine seit 2010 im Bundesarchiv vorhandene und verleihbare Studien-DVD, die das IWF in Synopse aller Panorama-Ausgaben technisch realisierte, wurden unter anderem die 35mm Benutzungskopien der Filme digitalisiert. Sie bleiben für Vorführungen oder Produktionszwecke auch einzeln weiterhin im Bundesarchiv verfügbar.

Produktionen der Deutschen Wochenschau GmbH als reichseigener Gesellschaft gehören heute zum Filmvermögen der Bundesrepublik Deutschland. Ihre gewerbliche Auswertung unternimmt die bundeseigene Transit Film GmbH

in München, die nichtgewerblichen Rechte liegen beim Bundesarchiv. Die Filmaufzeichnungen selbst sind im Sinne des Bundesarchivgesetzes Unterlagen einer Stelle des Deutschen Reiches und zählen zum Archivgut des Bundes.

## Vieltöniger Schlussakkord

Das Engagement der Chronos erklärte sich aus dem Interesse an den zur Entstehungszeit noch seltenen Farbaufnahmen für die Verwendung in historischen Dokumentationen. Da diese zufällig mit deutschen Tönen kombiniert vorliegen, die für ein deutschsprachiges Kinopublikum in neutralen, befreundeten oder besetzten Gebieten außerhalb des Deutschen Reichs bestimmt waren, ist das Vorhandensein weiterer, fremdsprachiger Tonfassungen zunächst nur von nachrangiger Priorität auch für die beiden Herkunftsarchive. Eigens für die Studien-DVD der Panorama-Ausgaben sind im Bundesarchiv nun alle bis dato nur auf hochentflammbarem Nitromaterial vorliegenden fremdsprachigen Töne auf Sicherheitsfilm umkopiert worden und erstmals seit ihrer Produktion zur Jahreswende 1944/1945 wieder öffentlich hörbar. Dazu gehören in unterschiedlicher Verteilung über die vier Ausgaben und deren einzelne Sujets spanisch, französisch, ungarisch, norwegisch und dänisch.

Zu Panorama 1 kann alternativ zum deutschen ein spanischer oder französischer Ton zugeschaltet werden. Der französische Ton ist einer in Bild und Ton kombinierten Kopie des Reichsfilmarchivs aus dem Staatlichen Filmarchiv entnommen (BCSP 2931). Ein gleichzeitig auf Nitrozellulose vorliegendes, ohnehin unvollständiges Tonnegativ war aufgrund von Stockflecken nicht mehr zu gebrauchen und wurde kassiert (BDNT 13530). Der spanische Ton wurde einer ebenfalls kombinierten Kopie entnommen, die 1985 aus der Stiftung Deutsche Kinemathek ins Bundesarchiv gelangte (K 140716) und nach der Tonsicherung kassiert wurde. Hier fehlt im Ton das im Bild überlieferte erste Sujet über die HJ im Landdienst.

Panorama 2 ist mit einem zusätzlichen ungarischen Ton überliefert. Rolle 1 dieses Tones ist

nicht vorhanden; Rolle 2 nur unvollständig für die Sujets 6-11. Das Tonnegativ stammt aus dem Reichsfilmarchiv und wurde nach der Tonsicherung kassiert (BDNT 13621/35 mm/179 m). Tonstörungen können durch Stockflecken auf der Kopiervorlage verursacht sein.

Panorama 3 weist die meisten fremdsprachigen Fassungen auf: norwegisch (BDNT 13622/35 mm/293 m), spanisch (BDNT 13431/35 mm/294 m) und dänisch (BDNT 13482/35 mm/294 m). Sie sind geringfügig kürzer als die deutsche Fassung, weil die einleitende Musik fehlt. Auch hier wurden die angegebenen Tonnegative aus dem Reichsfilmarchiv nach der Tonsicherung kassiert.

Panorama 4 ist anhand von Tonnegativen aus dem Reichsfilmarchiv zunächst in französisch (BDNT 13522/35 m/272 m), dänisch (BDNT 13495/35 mm/269 m) und spanisch (BDNT 13483/35 mm/278 m) nachweisbar. Im Hauptteil der DVD können französisch und dänisch zugespielt werden; eine Restaurierung des spanischen Tons war aufgrund von Feuchtigkeitsschäden nicht mehr möglich.

Zwei weitere Tonnegative zu Panorama 4 weisen Besonderheiten auf: Zum einen ist dies - wenn auch nicht auf der Studien-DVD hörbar - ein ausweislich der zeitgenössischen Randbeschriftung „Neutraler Ton“, im heutigen Sprachgebrauch auch „Internationaler Ton (IT-Band)“ genannt - ausschließlich Geräusche und Musik (BDNT 29332/35 mm/262 m; nach Tonsicherung kassiert). Er wurde für die Endfassung entweder mit einem sprachlichen Kommentar ergänzt, fand jedoch auch ohne zusätzlich eingesprochene Worte eigenständige Verwendung. So sind Aufnahmen aus den ohnehin nur sparsam kommentierten „Panorama“-Folgen zum Beispiel in der für Schweden produzierten „Auslandstonwoche“ nur mit neutralem Ton eingeschnitten, damit mehr auf das abgebildete Motiv, den ungewohnten Farbeindruck und die Musik setzend als auf einen erklärenden Sprecherton.

Zum anderen stellte sich ein zunächst als doppelt überliefert vermuteter deutscher Ton überraschend als deutsche Sprachvariante heraus (BDNT 29332/35 mm/274 m; nach Tonsiche-

rung kassiert): Neben dem in der kombinierten Kopie vertretenen Sprecher erscheint hier der in Panorama 1 auftretende und als Kommentator von „Die Deutsche Wochenschau“ bekannte Harry Giese. Er spricht nicht immer an der gleichen Stelle, aber doch im wesentlichen den gleichen Text (Variante im Zusatzmaterial der DVD).

Aus den fremdsprachigen Versionen und der deutschen Sprachvariante zu Panorama Nr. 4 lassen sich auch die in der Kopie aus dem Reichsfilmarchiv fehlenden Beiträge rekonstruieren: zu Beginn eine Gletscherbesteigung der HJ im Gebirge, Sujet 7 über Kämpfe im Vorfeld von Budapest und als erster Teil des achten Sujets über Rückzugsgefechte in Norwegen (jeweils im Zusatzmaterial der DVD).

Die fremdsprachigen Töne entsprechen im wesentlichen dem deutschen Kommentarton; vereinzelt lassen sich jedoch aus der Zielgruppe der jeweiligen Sprachfassung erklärbare Unterschiede feststellen. Dass beispielsweise in der französischen Fassung zu Panorama 1 im vierten Beitrag über einen Sommersonntag in Berlin der Satz „Die Uniform beherrscht das Straßenbild“ fehlt und in der deutschen Sprachvariante zu Panorama 4 im Unterschied zu der anderen deutschen Fassung ein Landschaftsbild als an Caspar David Friedrich erinnernd beschrieben wird, dürfte kein Zufall sein.

### **Ergänzende und parallele Überlieferung im Bundesarchiv**

Im Zusatzteil der Studien-DVD befinden sich weiterhin von dem PK-Filmberichter Gerhard Garms für „Panorama“ gedrehte, noch nicht geschnittene oder vertonte Farbmateriale, die ebenfalls ins Reichsfilmarchiv gelangten. Garms' Rohaufnahmen vom Einsatz einer U-Boot-Besatzung im Bataillon Dönitz an der Oderfront bei Alt-Rüditz im März 1945 fanden aufgrund des nahenden Kriegsendes keine Berücksichtigung mehr in einer Filmproduktion. Seine Aufnahmen von Schnellbooten 1944 wurden hingegen teilweise in Sujet 7 aus Panorama Nr. 1 eingeschnitten. Ein Vergleich lässt gut erkennen, dass für die Veröffentlichung nur

die eindrucksvollsten und dynamischsten Ausschnitte ausgewählt und durch eine verdichtende Montage ein zügiger und beeindruckender Ereignisablauf inszeniert wird, den das Ursprungsmaterial so nicht erzeugt.

Nicht auf der Studien-DVD, jedoch im Bundesarchiv getrennt zu sichten oder auszuleihen ist die Parallelüberlieferung in Wochenschauen, die für deutsche und ausländische Kinos bestimmt waren.

Die Farbaufnahmen wurden bildgleich und mit teilweisen Kommentarvarianten auch in der schwedischen Version der wöchentlichen „Auslandstonwoche“ zweitverwendet. In Nr. 700/1945 ist der Kosakenausritt aus Sujet 5 von Panorama 1 als Farbteil enthalten; die Übungsfahrt deutscher Schnellboote aus Sujet 7 derselben Panorama-Ausgabe findet sich wieder in der schwedischen Auslandstonwoche 701/1945 (Bundesarchiv, Bestand Film, Archivsignatur ATW 700 und ATW 701).

Aus Panorama 2 ist Sujet 10 über einen deutschen Geleitzug mit Flugsicherung und Abweichungen im Kommentar auch vertreten in der schwedischen Auslandstonwoche 704/1945 (Bundesarchiv, Bestand Film, Archivsignatur ATW 704). Panorama 3 schließlich ist mit Sujet 3 über den Rückzug deutscher Truppen aus Finnland und mit Sujet 4 über eine Flakstellung in Norwegen in je beide Male in den schwedischen Auslandstonwochen 702 und 703/1945 überliefert. (Bundesarchiv, Bestand Film, Archivsignatur ATW 702 und ATW 703).

Weitere Parallelaufnahmen finden sich in schwarz-weiß in der für den deutschen Inlandsmarkt produzierten Kinowochenschau „Die Deutsche Wochenschau“.

Erst kürzlich wurde bei der Aufarbeitung der wenigen, nicht durch Kriegsverluste zerstörten ungeschnittenen Restmaterialien der Deutschen Wochenschau, die in das Staatliche Filmarchiv gelangten, unter dem unverdächtigen Titel „Wochenschau-Ausschnitte“ ein noch nicht vertontes, auf Nitrozellulose gefertigtes 35mm-Originalnegativ in Farbe entdeckt. Es zeigt, beginnend mit einer ins Bild gehaltenen Agfa-

Grautafel zwei unterschiedliche Aufnahmen einer der muselmanischen Legionen der SS sowie der Insel Helgoland (BDN 14101).

Die Beiträge wurden getrennt, und sind inzwischen unter den Archivtiteln „Die Muselmanische Legion ‚Harun al Raschid‘“ (Archivsignatur 24613, 96m) und „Festung Helgoland“ (Archivsignatur 24625, 59m) als Farbkopie und DVD zugänglich. Ein im Gebet mit angetretenen Muslimen vereinter SS-Standartenführer Karl von Kremler vermittelt in ersterem dabei ein Bild, das für Auslandspropaganda nicht ungeeignet scheint. Die Aufnahmen können zudem auf 1944 datiert werden, so dass eine geplante Verwendung in der niemals fertiggestellten Panorama Nr. 5 nicht auszuschließen ist, auch wenn Beweise dafür fehlen.

#### **Kabinetstück, Zweiter Akt: Panorama – Überlieferung andernorts**

Vor kurzem gelangte die Videoaufzeichnung eines Filmes aus dem Bestand des russischen Filmarchivs Gosfilmofond in Belye Stolby in den Besitz des Bundesarchivs. Dort befinden sich noch einige tausend der von der Roten Armee bei Kriegsende beschlagnahmten deutschen Filme. Sie enthält in Bild und Ton die von Harry Giese eingesprochene deutsche Variante von Panorama 4, die als zweite deutsche Fassung also tatsächlich für den Kinoeinsatz vorgesehen war. Sie ist im Bild nicht ganz vollständig, aber doch aussagekräftig genug, um eine Vorstellung von den Bildteilen zu vermitteln, die im Bundesarchiv nicht überliefert und im Hauptteil der DVD nicht vorhanden sind.

Für das Zusatzmaterial wurde die variante deutsche Fassung entsprechend der Schnittvorlage der Videokassette aus verschiedenen Quellen neu zusammengesetzt. Aufgrund der schlechten Bild- und Tonqualität des Videos sind daraus lediglich die Aufnahmen entnommen, die im Bundesarchiv nicht vorhanden sind. Erkennbar ist dies an einem Balken, der den ursprünglichen Timecode abdeckt. Die restlichen Aufnahmen wurden aus dem bekannten Material ergänzt, der Ton nicht von der Videokassette, sondern von dem im Bundesarchiv befindlichen Ton-

negativ der Giese-Variante genommen. Sie erscheint daher nicht zuschaltbar bei der sprachlichen Synopse der vier Panorama-Ausgaben im Hauptteil der DVD.

Ein neuer „Wanderer zwischen den Welten“ konnte im deutschen Bestand von Gosfilmofond auch umfangreicher recherchieren und überließ dem Bundesarchiv neben der Videokassette sei-

ne Aufzeichnungen. Danach sind – zumindest im Vergleich mit dem hier überlieferten Bild – unbekannte Trägermaterialien aller vier Ausgaben von Panorama auch von russischen Truppen in die UdSSR verbracht worden.

*Martina Werth-Mühl*

#### **Anmerkung**

- 1) Es handelt sich um die gekürzte Fassung eines Beitrage in: Hans-Peter Fuhrmann, Die Panorama Monatschau 1944/45. Erschließung und kritische Filmanalyse, Kromsdorf/Weimar 2010.

## Akten des „Beratenden Finanzausschusses der Französischen Zone“

2010 übergab das Landesarchiv Speyer dem Bundesarchiv (der Abteilung B in Koblenz) die Akten des „Beratenden Finanzausschusses der Französischen Zone“ (im Folgenden: BFA), wo er seitdem unter der Signatur Z 50 geführt wird<sup>1</sup>. Diese Beständebereinigung trägt der Zuständigkeit des Bundesarchivs für die zonalen und überzonalen Vorgängerbehörden der Bundesrepublik Rechnung<sup>2</sup>.

Die bisherige Lagerung des Bestandes im Landesarchiv Speyer ergibt sich aus der Gründungsgeschichte des BFA: Ende 1945 von der französischen Militärregierung erstmals anvisiert, wurde er im Sommer 1946 als eine mit deutschen Fachleuten besetzte Einrichtung mit folgender Zweckbestimmung für die Länder bzw. Verwaltungsgebiete der französischen Zone (Rheinland-Hessen-Nassau, Hessen-Pfalz, Saargebiet, Baden, Württemberg-Hohenzollern) gegründet: „Seine Aufgabe besteht in einer gleichmäßigen Auswertung der Rechnungsprüfung der einzelnen Provinzen und in der Untersuchung finanzieller Fragen, die die Militärregierung verlangt. Der Ausschuss hat beratende Funktion und untersteht unmittelbar der Militärregierung.[...] Er besteht aus den Präsidenten der provinziellen Rechnungskammern und einem Stab von Sachverständigen, die von Fall zu Fall bestellt werden“<sup>3</sup>.

Das Zitat entstammt einer Pressemitteilung, die der erste Nachkriegs-Präsident der Rechnungskammer Speyer, Dr. iur. Heinz-Maria Oeftering (1903-2004), Ende März 1946 herausgab. Oeftering wurde zugleich zum Präsidenten des BFA berufen, der im Sommer 1946 in Speyer seine Arbeit aufnahm<sup>4</sup>. Bei der offiziellen Eröffnungsfeier am 25. Juli 1946 würdigte der Leiter der Generaldirektion für Wirtschaft und Finanzen bei der Militärregierung Baden-Baden, Colonel Caplain, auch die besondere Rolle des Ausschusspräsidenten Dr. Oeftering: „Durch diese Ernennung hat die Militärregierung einen Mann ausersehen, dessen Kompetenz und Staatssinn jedermann bekannt ist“<sup>5</sup>. So groß war das Vertrauen der Franzosen in Oeftering, dass sie im März 1949 auf eine weitere Kontrolle des BFA verzichteten<sup>6</sup>.

Tatsächlich spielte Heinz-Maria Oeftering als anerkannter und vom Nationalsozialismus nicht kompromittierter Finanzfachmann damals eine zentrale Rolle: Nicht nur war er spiritus rector des Beratenden Finanzausschusses, sondern auch (seit 1947) erster Präsident des im Oktober 1946 durch Zusammenlegung der Rechnungskammern Speyer und Koblenz gegründeten Landesrechnungshofes Rheinland-Pfalz<sup>7</sup>. Im Mai 1949 wurde der BFA in „Büro der Sachverständigen der Finanzminister (frz.)“ umbenannt, zum Jahresende stellte diese Einrichtung dann ihre Arbeit ein; Oeftering wechselte in das Bundesministerium für Finanzen<sup>8</sup>.

Durch die persönliche Rolle von Dr. Heinz-Maria Oeftering und durch die Unterbringung beider von ihm geleiteter Einrichtungen (Rechnungskammer bzw. Landesrechnungshof und BFA) in der Stadt Speyer ergab sich in späteren Jahren die Übergabe der Unterlagen des BFA an das dortige Landesarchiv. Hier fristete der Bestand (Signatur: L 5) leider einen Dornröschenschlaf, obschon von Walter Vogel im letzten Teil seiner Übersicht über die Vorgängerbehörden der Bundesrepublik 1983 vorgestellt und von Seiten der Deutschen Hochschule für öffentliche Verwaltung Speyer 2005 zum Gegenstand eines Forschungsprojektes gemacht<sup>9</sup>. So bleibt zu wünschen, dass dieser für die Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte der gesamten französischen Zone so wichtige Aktenbestand mit der Übergabe an das Bundesarchiv stärker als dies bislang der Fall war im Mittelpunkt von Forschungen zur Nachkriegsgeschichte stehen wird.

*Walter Rummel*

### Anmerkungen

- 1) Der vorliegende Bericht erscheint zugleich in: Unsere Archive. Mitteilungen aus den rheinland-pfälzischen und saarländischen Archiven, Nr. 56 (2011).
- 2) Vgl. Walter Vogel, Westdeutschland 1945-1950. Der Aufbau von Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen Teile I-III (Schriften des Bundesarchivs 2, 12 und 32), Boppard 1956, 1964 und 1983.
- 3) Heike Amos, Der „Beratende Finanzausschuss für die Französische Besatzungszone“. Aspekte seiner Tätigkeit 1946 bis 1948/49 (Speyerer Forschungsberichte 239), Speyer 2005, S. 9-27, hier: S. 26.

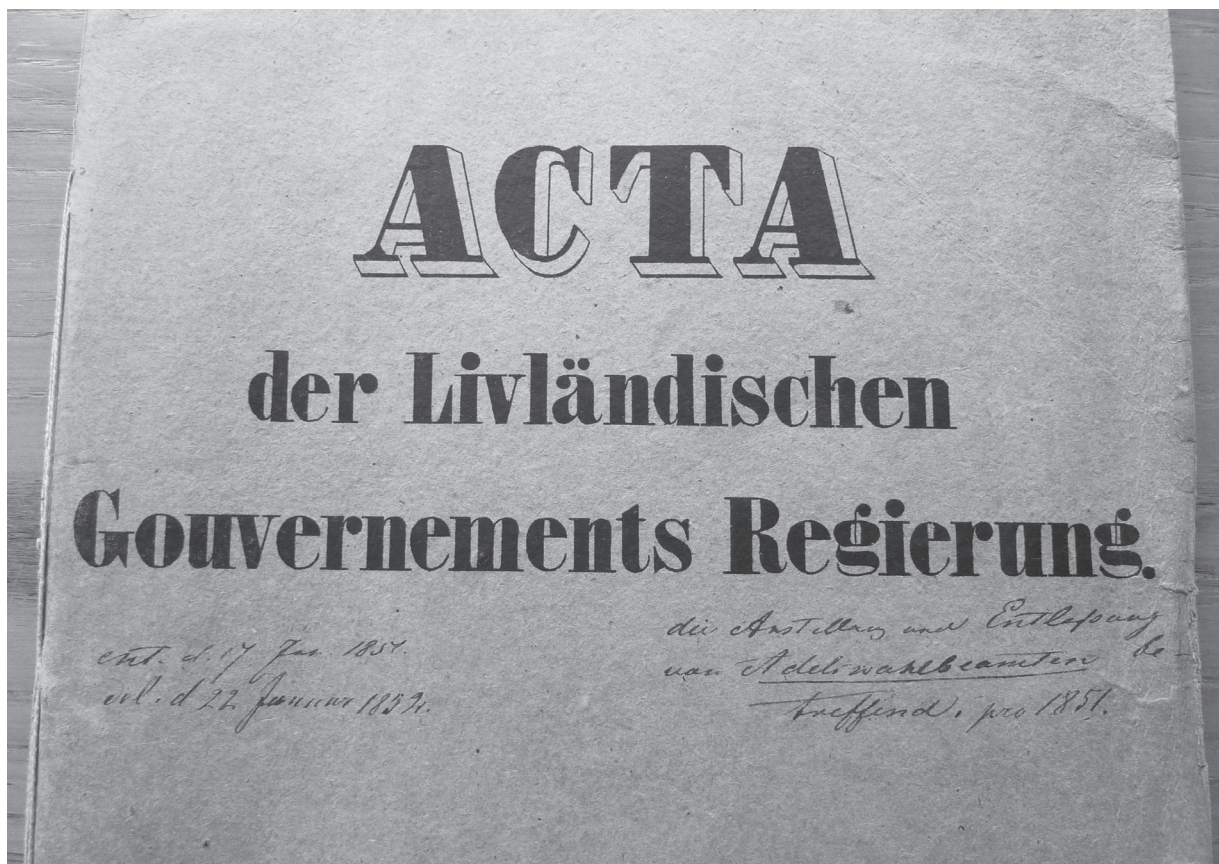
- 4) Zur Person ebenda, S. 12 f. sowie Walter Rummel (Bearb.), Die Protokolle des Ministerrats von Rheinland-Pfalz, Bd. 1: Provisorische Regierung Boden und erste Regierung Altmeier. 1-109. Ministerratssitzung (2.12.1946-29.12.1948) (Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz, Sonderreihe Ministerratssitzungen; 1), Koblenz 2007, S. 252, Anm. 25.
- 5) Amos, „Beratende Finanzausschuss“ (wie Anm. 3), S. 29.
- 6) Vogel, Westdeutschland (wie Anm. 2), Teil III: Einzelne Verwaltungszweige: Finanzen; Post und Verkehr; Arbeit und Soziales; Flüchtlinge; Suchdienst und Kriegsgefangene; Justiz; Inneres (Schriften des Bundesarchivs 32), Boppard 1983, S. 55, Anm. 9.
- 7) Rummel, Protokolle (wie Anm. 4), S. 252.
- 8) Ebenda, S. 252, Anm. 25.
- 9) Amos, „Beratende Finanzausschuss“ (wie Anm. 3); Vogel, Westdeutschland (wie Anm. 6), Boppard 1983, S. 52-55.

### Übergabe von Archivalien an die Generaldirektion der Lettischen Staatsarchive

Der damalige Präsident des Bundesarchivs, Prof. Dr. Hartmut Weber, übergab am 8. Oktober 2010

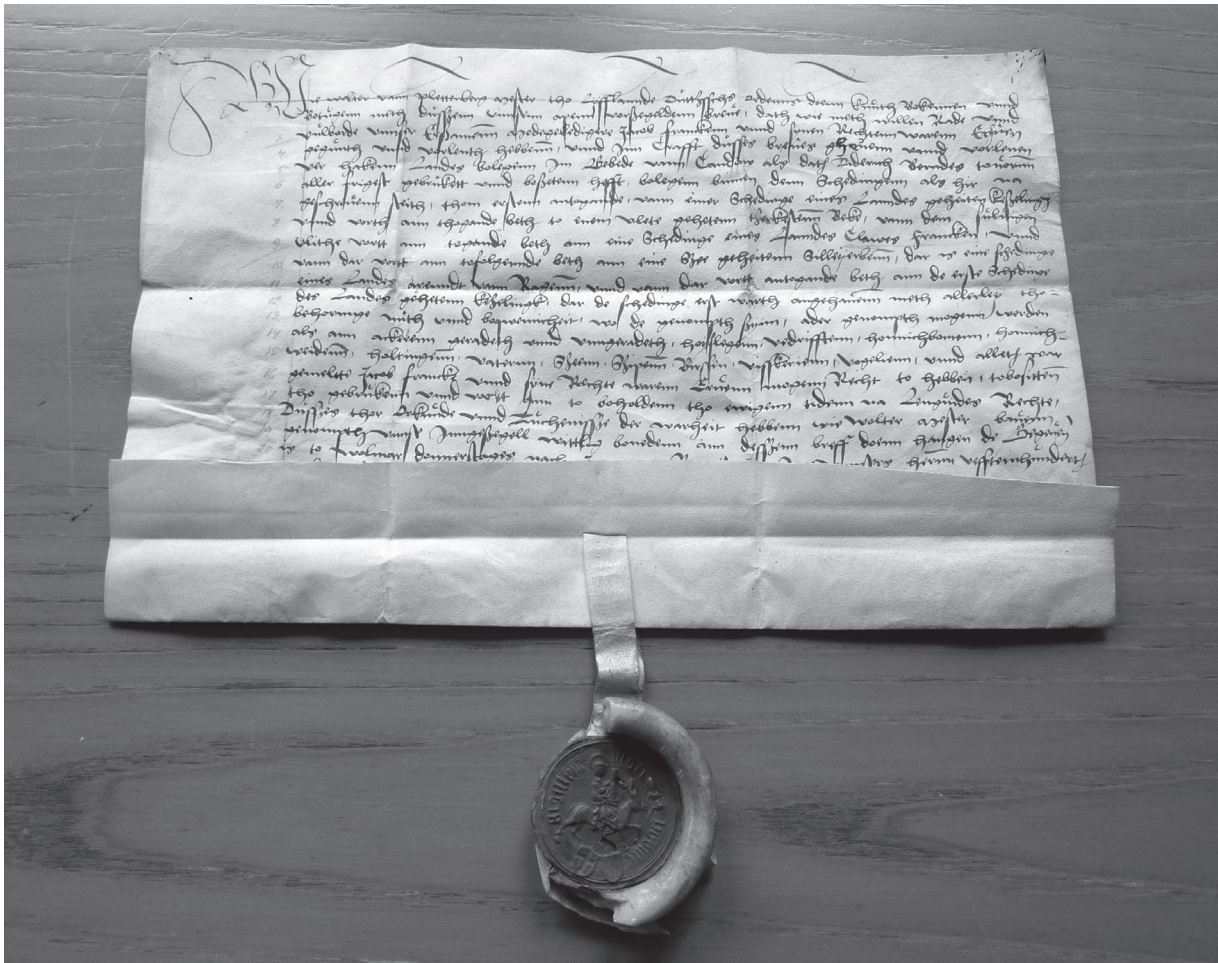
im Beisein des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Klaus Burkhardt, Archivgut lettischer Provenienz an den Leiter der Generaldirektion der lettischen Staatsarchive, Herrn Valdis Stals. Während der Feierstunde in den Räumlichkeiten des Historischen Staatsarchivs Lettlands sprachen darüber hinaus eine Vertreterin des Kulturministeriums Lettlands sowie der Direktor des Historischen Staatsarchivs, Nikolajs Rizovs. Beide betonten die besondere kulturpolitische Bedeutung der Rückgabe sowie den historischen Wert der Dokumente im Kontext der in Riga verwahrten archivischen Überlieferung.

Bei dem übergebenen Archivgut handelt es sich um insgesamt 26 Siegelurkunden, Akten und Einzelschriftstücke aus den Jahren 1516 bis 1919. Während ein Teil der Archivalien bei Ordnungsarbeiten im Institut für Auslandsbeziehungen in Stuttgart ermittelt wurde, sind andere Einzelstücke über verschiedene Archive der DDR sowie die Library of Congress, USA, ins Bundesarchiv gelangt.



Acta der Livländischen Gouvernements-Regierung, 1851-1852.

Bild: Bundesarchiv



Urkunde des Livländischen Ordensmeisters Wolter von Plettenberg, 1516.

Bild: Bundesarchiv

Wenn auch die Herkunft der einzelnen Dokumente sehr unterschiedlich ist, so werfen sie dennoch Schlaglichter auf die langen historischen Beziehungen zwischen Deutschland und Lettland.

Das älteste Dokument ist eine Urkunde des Livländischen Ordensmeisters Wolter von Plettenberg von 1516. Der in Westfalen geborene von Plettenberg war vierzig Jahre lang Landmeister des Deutschen Ordens in Livland und ermöglichte dort unter anderem die Einführung der Reformation. Am 22. Juli 1698 bestätigte König August II. von Polen, dessen Herrschaftsbereich bis weit ins Baltikum reichte, alle Rechte und Privilegien der Ritterschaft Kurlands. In der deutschen Geschichte ist derselbe Herrscher als Friedrich August I. von Sachsen, oder August der Starke, wohlbekannt. Zwei Bände der „Acta der Livländischen Gouvernements-Regierung, die Anstellung und Entlassung von Adelswahlbeamten

betreffend“ (1851-1852) erinnern daran, dass in der Verwaltung trotz der Zugehörigkeit zum Russischen Reich bis weit ins 19. Jahrhundert deutsch die vorherrschende Amtssprache war.

Die nun nach Lettland zurückgekehrten Dokumente sind somit nicht nur als Quellen zur Erforschung der Geschichte Lettlands zu sehen, sondern bieten gleichzeitig Gelegenheit, sich mit den Beziehungen zwischen beiden Ländern zu befassen, die viele Jahrhunderte zurückreichen.

Darüber hinaus wurden im November 2010 einige in Deutschland aufgefundene Schriftgutsplitter auf Arbeitsebene an die Nationalarchive Estlands, Luxemburgs und der Niederlande zurückgegeben.

Sabine Herrmann

### „Regie und Regiment. Deutschland und das Militär in dokumentarischen Filmen von 1914 bis 1989“

Unter diesem Titel waren 35 Filme aus dem Bundesarchiv-Filmarchiv ausgewählt worden, die den Stellenwert des Militärs sowie das Selbstverständnis von Soldaten und militärischer Führung hinterfragen.

Erstmals kuratierten das Bundesarchiv und das Militärhistorische Museum der Bundeswehr in Dresden gemeinsam eine Retrospektive, die im Oktober 2010 auf dem 53. Internationalen Leipziger Festival für Dokumentar- und Animationsfilm gezeigt wurde. Im Vorfeld hatte es Befürchtungen seitens des Festivals gegeben, dass durch die Beteiligung einer Institution der Bundeswehr die Retrospektive und damit das Festival als Image-Pflege für die Bundeswehr genutzt werden könnte. Daher gab es erstmalig keine gemeinsame Pressekonferenz in Leipzig, sondern ein von Bundesarchiv und Militärhistorischem Museum in Berlin veranstaltetes Pressegespräch mit anschließender Filmvorführung im Pei-Bau des Deutschen Historischen Museums.

Die Konzeption und die Präsentation der zum Teil erstmals öffentlich gezeigten Filme machten jedoch deutlich, dass die Filmdokumente sehr gut als Grundlage für eine unabhängige, vorurteilsfreie Diskussion geeignet waren. Je nach historischer Epoche und jeweiligem Gesellschaftssystem unterschieden sich die Position und Einbindung des Militärs und seine Beziehung zur Gesellschaft deutlich voneinander. Die Zusammenstellung lud dazu ein, Parallelen und Unterschiede zu entdecken und zu diskutieren. Erstmals wurde dieses Thema in einer Form und Ausführlichkeit behandelt, die es ermöglicht, die Einflüsse, denen Militär- und Zivilpersonen, der militärische Bereich der Gesellschaft und die Gesamtgesellschaft ausgesetzt sind, zu verdeutlichen.

Beginnend mit raren Bildern aus der Zeit des Ersten Weltkrieges, gehen die einzelnen Programme zunächst der individuellen und kollektiven Erfahrung von Krieg und Militär nach. Dazu gehören zunächst Filme zur Werbung und Ausbildung von Soldaten. Einbezogen wurden auch Beispiele, die die physischen und psychischen Leiden im und

am Krieg belegen sowie Versuche der Umdeutung und gezielten filmischen Instrumentalisierung. Zum anderen zeigt die Filmauswahl beispielhaft die unlösbare Verbindung zwischen Militär und Wirtschaft, Geschlechterrollen im Krieg und andere Themen, die deutliche Spuren in der filmischen Überlieferung hinterlassen haben.

Die Retrospektive, die inzwischen erfolgreich im Zeughauskino des Deutschen Historischen Museums in Berlin nachgespielt wurde, bereicherte sowohl aktuelle gesellschaftspolitische Diskussionen als auch das aktuelle Festivalprogramm um historische Aspekte.

Wie in jedem Jahr begleitete ein gleichnamiger Katalog die Retrospektive. Er ist online gestellt unter: [www.bundesarchiv.de/fachinformationen/02177/index.html](http://www.bundesarchiv.de/fachinformationen/02177/index.html)

Zum Preis von 3,00 Euro zuzüglich Portokosten ist diese Broschüre erhältlich beim Bundesarchiv-Filmarchiv, Fehrbelliner Platz 3, 10707 Berlin.

*Barbara Heinrich-Polte*

### Informationsforum „Massenhaft und heiß geliebt – Der Umgang mit dienstlichen E-Mails“

Am 24. November 2010 fand im Bundesarchiv in Koblenz wieder ein Informationsforum der Projektgruppe Behördenberatung elektronische Akte statt, in dem es dieses Mal um den Umgang mit dienstlichen E-Mails ging. Zu dieser siebten Veranstaltung kamen wiederum fast 100 Teilnehmer aus Stellen und Einrichtungen des Bundes. Als Gäste nahmen Karolina Simonkova und Zpysek Stodulka vom Tschechischen Nationalarchiv teil.

Nach der offiziellen Begrüßung durch den damaligen Leiter der Abteilung Bundesrepublik Deutschland Dr. Michael Hollmann, führte Dr. Andrea Hänger, Leiterin des Grundsatzreferates der Abteilung, inhaltlich in das Thema des Tages ein. In ihrem Vortrag ging sie unter anderem Fragen nach der Bedeutung von E-Mails in der modernen Kommunikation und den daraus erwachsenen Wirkungen für die Verwaltungsabläufe nach.

Zudem widmete sie sich den Geboten der Schriftlichkeit und damit auch der Transparenz und Nachvollziehbarkeit des Verwaltungshandelns unter dem Blickwinkel des E-Mail-Gebrauchs.

In zwei ausführlichen Beiträgen informierten Jutta Dahmen vom Bundesministerium des Innern und Michael Kellerhoff vom IT-Amt der Bundeswehr aus ihrer Praxis. Den Nachmittag eröffneten Stephan Lang, Bundeszentralamt für Steuern, Magdalena Hernandez, Eisenbahn-Bundesamt, und Jörg Korbel, Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, mit je zehnminütigen Beiträgen. Die Vorträge stehen auf der Internetseite des Bundesarchivs zum Download zur Verfügung.

### Die Workshops

Der zweite Teil des Nachmittags war intensiven Gesprächen in vier Workshops zum Umgang mit dienstlichen E-Mails vorbehalten. Die Teilnehmer diskutierten über (1.) das Praxisspektrum in der Bundesverwaltung, (2.) organisatorische und rechtliche Rahmenbedingungen, (3.) technische Fragen sowie (4.) Aktenrelevanz und Aussonderung.

Ziel des ersten Workshops „Praxisspektrum in der Bundesverwaltung“ war es, die in den Behörden immer wiederkehrenden Fragen bei der Nutzung von E-Mails im dienstlichen Kontext herauszuarbeiten. Dabei kristallisierten sich im Gespräch drei Grundthemen heraus, die bei der täglichen Arbeit der jeweiligen Bearbeiter als Anwender auffallen: Behandlung von E-Mails im Geschäftsgang, Ablage sowie die Aktenrelevanz von E-Mails. Innerhalb dieser drei Schwerpunktthemen wurden die ablauforientierte Bearbeitung der E-Mails, Fragen des persönlichen Postfachs und des Posteingangs überhaupt, das Anbringen von Aktenzeichen und Verfügungen, die Redundanz von E-Mails und Anhängen, die Zugriffsberechtigungen zu den abgelegten E-Mails, die Masse der E-Mails („Flut“) sowie die Geschwindigkeit der Bearbeitung und der dabei entstehende Druck auf die Bearbeiter, die Versionierung der E-Mails bei der Ablage (und dadurch häufig entstehende Redundanzen), die Überführung von E-Mails in ein bestehendes System sowie Dateianhänge und deren Ablage immer wieder als brennende Fragen angeschnitten.

Der zweite Workshop widmete sich den organisatorischen und rechtlichen Rahmenbedingungen, die die Nutzung des E-Mailverkehrs in der Bundesverwaltung tangieren. Dabei ging es zunächst um die Feststellung eines Ist-Zustandes in Bezug auf die in den Behörden zur Anwendung kommenden Rechtsvorschriften und sonstigen Regelungen. Von den Teilnehmern wurden hier in erster Linie die Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO) und die Registraturrichtlinie für das Bearbeiten und Verwalten von Schriftgut in Bundesministerien (RegR) benannt, aber auch eigene Geschäftsordnungen vieler Behörden sowie behördeninterne Handlungsanweisungen angeführt.

Im dritten Workshop wurde über technische Aspekte, die im Zusammenhang mit der Nutzung von E-Mails stehen, diskutiert. Grundlegend sind hier die Fragen nach dem jeweils eingesetzten E-Mail-System und der Einbindung oder Nicht-einbindung in ein Vorgangsbearbeitungssystem. Gesprochen wurde auch über XML-Schnittstellen der behördeneigenen Systeme, die Übernahmefähigkeit in das Bundesarchiv sowie die Nutzung des aktuellen Speicherformats PDF/A noch während der Aufbewahrungsfrist in der Behörde. E-Mail-Anhänge in Formaten, die nicht nach PDF/A konvertiert werden können, wie zum Beispiel dot, mp3 oder wmf, müssen im Originalformat vorgehalten und dem Bundesarchiv angeboten werden.

Im vierten Workshop standen die Themen „Aktenrelevanz und Aussonderung“ von E-Mails in Zentrum der Diskussion. E-Mails werden sowohl unmittelbar zur Übermittlung von Nachrichten, Vermerken, Anweisungen, Verfügungen usw., aber auch als Transportmedium für verschiedenartige Anhänge genutzt. Unabhängig davon, ob die Papier- oder die elektronische Akte die Führende ist, entscheidet der Bearbeiter über die Aktenrelevanz jeweils im Sachzusammenhang und verfügt die E-Mails auch diesem Kontext zu den Akten – oder er verwirft sie. Nur so ist die Nachvollziehbarkeit und Transparenz des Verwaltungshandelns gewährleistet. Eine Aussonderung von E-Mail-Konten ist daher nicht sachgerecht. Von den Teilnehmern wurde betont, dass es zunehmend wichtiger wird, qualifiziertes Personal in der Schriftgutverwaltung einzusetzen. Nur so können fach- und sachgerechte Aktenbildung, die

korrekte Zuordnung und Vergabe von Aktenzeichen, die weitestgehende Vermeidung von Redundanzen usw. sichergestellt werden.

Die Ergebnisse der Workshops wurden zum Abschluss der Veranstaltung im Plenum vorgestellt. Wie schon bei den Vorbereitungen wurde auch in

den Workshops deutlich, dass alle vier Themenbereiche einander stark berühren und kaum unabhängig voneinander zu betrachten sind.

*Kerstin Schenke*

## Impressum

Redaktion: *Gisela Müller*  
Umschlaggestaltung: *Ines Wegge-Schatz, DesignLevel 2, 42466 Neuss,*  
*Fotos: Bundesarchiv*  
Satz, Litho und Druck: *Fuck, Druckerei und Verlag, Koblenz*

ISSN 0945-5531

© Copyright Bundesarchiv, Koblenz 2011. Alle Rechte vorbehalten.  
Nachdruck der Beiträge mit genauer Quellenangabe.

[www.bundesarchiv.de](http://www.bundesarchiv.de)

